Nr. 272. Freitag, den 21. November 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) **Unter Kreuzband**, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn **2 Mark**, für das übrige Ausland **3 Mark pro Monat.**

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Wissenschaft und die Bourgeoisie.

Die ganze Kulturwelt ist von hoher Freude erfüllt ob der epochemachenden Erfindung des Dr. Koch. Durch all' den Jubel aber zieht sich, wenn auch unausgesprochen, der Gedanke, daß wir es endlich einmal wieder mit einem wirklichen, für die ganze Menschheit segensreichen Fortschritt zu thun haben. Wie hoch steht der Triumph des Geistes, den der schlichte Gelehrte errungen, über all' den Strategen, die eine neue Schlachtordnung konstruirt, über all' den Technikern, welche die Mordmaschinen verbessert haben! Wenn diesem Manne, der mit beispielloser Forscherarbeit einen der tückischsten Feinde des blühenden Menschenlebens mit Erfolg bekämpft hat, einst ein Denkmal gesetzt wird, dann wollen auch wir mit aufrichtigstem Herzen dazu beisteuern. Hier haben wir einen der wahren Heroen des deutschen Volkes vor uns, der es nicht nöthig hat, sich erst von dem Reptilienvolk als „Genie“ ausposaunen zu lassen.

An dieser Erscheinung wird so recht die armselige spießbürgerliche Auffassung zu Schanden, daß „ohne den Anreiz des Erwerbes“ und der „höheren Belohnung“ mit Geld und Gut kein Fortschritt und kein Schaffenstrieb vorhanden sei, ein staubiger Ladenhüter aus der weiland Schulze-Delitzsch'schen Waarensammlung, der neuerdings von den Pseudogelehrten Richter und Barth mit dem Anspruch aller verrotteten Gemeinplätze wieder vertheidigt worden ist. Nach dieser Theorie hätte ein Koch seine Forschungen zum Heile der Menschheit nur dann anstellen können, wenn ihm in der Ferne der nöthige „Unternehmergewinn“ als Lohn für seine Arbeiten gewinkt hätte. Der armselige Bourgeois-Krämergeist, den ein „wissenschaftliches“ Hohlkopfthum zur Grundlage seiner ökonomischen Weltanschauung gemacht hat, kann nicht verstehen, daß es auch einen höheren Anreiz giebt, als den Glanz des Mammons, den Anreiz, für die Menschheit und ihr Wohlergehen etwas zu leisten und in solcher Leistung Befriedigung zu finden. Diese Befriedigung ist für jeden wahrhaft gebildeten Menschen in der getreuen Pflichterfüllung enthalten. Die Bourgeoisie aber kann sich den Gelehrten nur als „bezahlten Lohnarbeiter“ denken, wie es im kommunistischen Manifest heißt, und wo sie kann, verwandelt sie ihn auch in einen solchen.

Darum ist auch der sogenannte Erfinder in der Bourgeois-Gesellschaft gar oft eine lächerliche Persönlichkeit. Hungernd und frierend brütet der Erfinder im Dachkämmerlein, bis endlich der große Gedanke kommt, der einschlägt. Kommt er aber nicht — und er kommt sehr häufig nicht, weil dem mittellosen Genie das Material zu Experimenten fehlt — so muß der Erfinder sich auslachen lassen und wird als „halber Narr“ behandelt. Man denke nur an Robert Mayer, den genialen Entdecker der Wärmetheorie, der ins Narrenhaus kam. Wenn Dr. Koch nicht zu einem Resultat gekommen wäre! Nun, dann wäre der selbstlose Arbeiter im Dienste der Menschheit, trotzdem seine Arbeiten nicht weniger opfervoll gewesen, von den Erwerbsmenschen und ihrem „gelehrten“ Lakaienthum verspottet worden.

Aber die Größe der That Koch's liegt ja gerade darin, daß er nicht durch eine zufällige Inspiration, nicht durch eine plötzliche Entdeckung, nicht durch Einwirkung irgend eines günstigen Ereignisses, sondern durch exaktwissenschaftliche und systematische Forscherarbeit zu einem Ziele gekommen ist, das er sich selbst gesteckt hatte. Darin liegt eine ernste Mahnung, die Forschung künftig zu organisiren und zu zentralisiren. Das ist Aufgabe des Staats. Wenn man die Forschung der Fürsorge der Bourgeois-Gesellschaft überläßt, so muß sie wie das elendeste Aschenbrödel hungernd am Herde sitzen und sich umsonst abquälen.

Edison war so ziemlich der erste, der die wissenschaftliche Forschung in ein System von größerem Maßstabe brachte. Das zünftige Professorenthum hat manche seiner Entdeckungen für Humbug erklärt. Dem mag sein wie ihm wolle; zweifellos ist, daß Edison durch seine Entdeckungen das Verkehrswesen vervollkommnet und die Elektrizität weiterhin nutzbar gemacht hat. Auch er hat neue Bahnen erschlossen, die noch zu großen Triumphen der Wissenschaft und Technik führen werden.

Die Bourgeois-Gesellschaft ist zu egoistisch, um hier planmäßig vorzugehen und die Mittel für großartige Forschungen zusammenzubringen. Aber Sache des Staats ist es unter allen Umständen, die systematische Forschung zu erleichtern. Es sollten Mittel ausgeworfen werden, um Laboratorien und ähnliche Anstalten in großem Maßstabe zu errichten, wo die Forschung gefördert werden kann. Ein systematisches und planmäßiges Vorgehen würde unsere ganze Entwicklung vorwärts bringen und wir hätten dann nicht mehr nöthig, abzuwarten, bis der oder jener Grübler zufällig auf einen neuen Gedanken kommt. Die systematische und zentralisirte wissenschaftliche Arbeit überwindet alle Schwierigkeiten leichter und führt eher zum Ziel.

Die höhere Leistung der Kollektivarbeit wird in der wissenschaftlichen Welt genau so zu Tage treten, wie in der ökonomischen. Die Gelehrten-Republik hat es nicht nöthig, ihre Kräfte zu zersplittern; sie muß dieselben zusammenfassen und wird, wenn sie dies gethan, von Triumph zu Triumph schreiten.

Wenn Dr. Koch nun nicht in der Lage gewesen wäre, seine Experimente zu machen? Wenn sein Vermögen oder die Vortheile seiner amtlichen Stellung nicht dazu ausgereicht hätten, wenn er ein armer Teufel ohne alle Hilfsmittel gewesen wäre, ein „gelehrter Proletarier“ vielleicht, ein Arzt, dessen Erwerbssorgen und sonstige ungünstige Verhältnisse ihm nicht erlaubt hätten, sich mit so tiefen bakteriologischen Forschungen zu beschäftigen? Dann würde die Schwindsucht heute noch eine so völlig unheilbare Krankheit sein wie bisher.

Das schmälert das Verdienst des großen Gelehrten nicht im Geringsten. Aber wie armselig müssen Einem da die landläufigen Bourgeois- und Krämerseelen-Sprüche vorkommen! Gottlob, daß es auch Menschen giebt, für die es nicht des „Anreizes“ eines in der Ferne strahlenden Geldsackes bedarf, um sie zu veranlassen, mit Fleiß, Ernst und Ausdauer zu schaffen an Werken, die der Gesammtheit zu Gute kommen!

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Im Düsseldorfer Geheimbunds-Prozeß, einem Nachzügler des verflossenen Sozialistengesetzes, fand am Montag Abend 7 Uhr die Urtheilspublikation statt. Es wurden die Genossen Fischer, Fingler, Roßmüller und G. Heine zu je einem Monat Gefängniß verurtheilt, zwei weitere Angeklagte aber freigesprochen. Damit wird sich nun hoffentlich auch der Düsseldorfer Sozialistentödter, Polizeikommissar Tilger, zufrieden geben, und keine Geheimbundsprozesse mehr einfädeln. Er läuft dann auch keine Gefahr mehr, beim Sozialistenfang im Uebereifer geheime Aktenstücke zu verlieren und damit sich selbst und seine Vorgesetzten mit zu blamiren.

* * *

Apolda, den 19. Nov. Gleich dem 20. Februar d. J. haben die hiesigen Arbeiter bei den am 15. d. M. stattgefundenen Gemeinderaths-Ersatzwahlen einen vollständigen Sieg über alle Parteien davongetragen. Sämmtliche von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten (8 an der Zahl) sind mit großer Majorität theils neu-, theils wiedergewählt worden.

Ein Bravo den Apoldaer Arbeitern!

* * *

Braunschweig, den 19. November. Wir sind' bei der Wahl unterlegen — ein Ausgang, bei dem wir leider nicht ohne Schuld sind. Ich will auf die Gründe nicht näher eingehen — genug, wir kennen sie, und Gleiches soll nicht wieder vorkommen. Haben wir uns hier eine Niederlage geholt, so haben wir dagegen in Schöningen, wo Genosse Wassermann gewählt wurde, glänzend gesiegt.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [45

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Sie ließ sie los und sprang empor, als wollte sie entfliehen, aber das krampfhafte Schluchzen, das sich ihrer Brust entrang und das sie nicht zu unterdrücken vermochte, schien ihre Bewegung zu lähmen.

Er hatte sich auf das Fensterbrett geschwungen und zog sie näher.

„Mili, was ist Ihnen? Was haben Sie, warum weinen Sie?“

„Lassen Sie mich weinen; ich möchte mich einmal ausweinen. Zu Hause sehen sie mich Alle so neugierig an und fragen immer, warum? Aber Sie sollten nicht so fragen, Sie nicht, Huber. —“ Und als ob das lang zurückgehaltene Weh plötzlich, alle Schranken durchbrechend, sich ergösse, brach sie in ein heftiges Weinen aus.

Die Thränen des jungen Weibes fielen dem Manne auf's Herz. Er glaubte zu fühlen, was sie an Mitleid und Selbstvorwürfen enthielten. Mit einem Ruck hatte er sie zu sich emporgezogen und sie saßen nun nebeneinander am Fensterbrett, er innerhalb, sie außerhalb des Zimmers.

Aber er wollte keiner unnöthigen Weichheit sich hingeben, er mußte kühl bleiben und besonnen für sie Beide. Er flüsterte einige Worte des Dankes und der Beruhigung.

Sie schüttelte den Kopf.

„Ich finde keine Ruhe seitdem und keinen Trost, und Sie auch nicht, Huber, o, ich weiß wohl, was Sie leiden, wenn Sie auch die Kraft haben, Ihren Schmerz zu verschließen. Ach, er hätte nicht sterben müssen, der arme Bub, wenn —“

Huber unterbrach sie mit einem „Pst!“

Es kam Jemand über die Brücke.

Sie hielten den Athem an und horchten.

In der Stille der Nacht hörte man deutlich Schritte, die sich dem Hause näherten.

„Der Vater!“ flüsterte Mili zusammenschreckend. Im nächsten Augenblick stand sie in Paul's Zimmer, und in ebenso rascher Weise, nur ihrem Instinkte gehorchend, löschte sie das Licht.

Und lautlos standen sie Beide, sich an den Händen haltend, die Blicke gegen das Fenster gerichtet.

Eine dunkle Gestalt trat jetzt vor die Oeffnung.

„Mili!“ rief der alte Brandhofer in seiner rauhen zornigen Weise, „mit mir spielst nicht Verstecken, das bild' Dir nicht ein, oder ich werd' Dir übel mitspielen.“

Ehe man sich's versah, war der alte vierschrötige Mann zum Fenster hineingesprungen.

„Licht machen!“ schrie er dem Huber entgegen, der ihm entgegentrat, „Licht! Licht! Ich weiß zwar, was ich zu sehen krieg, aber ich will's doch mit eigenen Augen sehen, weil ich's am End' sonst nicht glauben könnt'!“ Schon hatte er selbst ein Streichholz hervorgezogen und mit einem Strich an seinem Beinkleide entzündet.

Paul war bereits mit der Lampe beschäftigt. Seine Hand, die den Docht anzündete, war ruhig.

Alsbald war die kleine Stube hinlänglich erhellt und Vater Brandhofer konnte sich darin umsehen. Seine Tochter hatte sich soweit als möglich von ihm zurückgezogen und lehnte an einer wackeligen Kommode.

Paul blieb am Tische stehen, und die Arme verschränkend, blickte er den Eindringling fest und gleichsam herausfordernd an. Dies war nicht geeignet, den zornigen Mann zu besänftigen.

Er wandte sich zuerst seiner Tochter zu.

„So treibst Du's also? Läufst dem Manne des Nachts auf die Stube! Schämst Du Dich nicht, Du — pfui!“

Er spuckte auf die Seite.

„Vater!“ rief das Mädchen, halb unwillig, halb bittend, „lassen Sie sich doch sagen.“

„Der Alte fuhr mit der Faust gegen sie los, aber Paul trat dazwischen.

„Ihr Zorn ist ganz ungerechtfertigt, Herr Brandhofer, und Ihre Voraussetzungen sind grundlos. Ich muß Sie daher bitten, sich zu mäßigen und mich anzuhören.“ Er erzählte in kurzen Worten, wie Alles gekommen, aber Brandhofer war dadurch keineswegs gebändigt und bald sie, bald ihn apostrophirend, schrie er:

„Also an's Fenster bist Du gekommen; so, nur an's Fenster? Ei, aber mir ist das schon zu viel, wissen Sie? Und Du willst Dir auf Deinen Stolz was einbilden und gehst zu einem Arbeiter fensterln? Aber ich hab' mir's ja immer gedacht, zu was wären denn auch die Wasserwerke immer in Bewegung gewesen, wenn Dir der der Mensch so gleichgiltig gewesen wäre. Aber ich duld' keine Liebschaft mit Ihnen, hören Sie? und auf das Mädel machen Sie sich keine Hoffnung, mit der hab' ich andere Pläne.“

Paul verharrte in seiner ruhigen Stellung und verzog nur den Mund zu einem bitteren Lächeln. „Das würde mich wenig kümmern. Die Zustimmung des Familien-Ober-

Briefe aus Frankreich.

Paris, 8. November.

Nach dem Kongreß der Arbeiterpartei, d. h. des politisch organisirten französischen Proletariats, der Kongreß der Gewerkschaften oder Trades-Unions, wie die Engländer sagen. Der letztere wurde vom 13. zum 19. Oktober in Calais, als die Tüllarbeiter mitten im Streik standen, abgehalten; und was dem, der ihn äußerlich mustert, zuerst auffällt, das ist die große Zahl der beiden Kongressen gemeinsamen Delegirten. Erst später bemerkt er die Uebereinstimmung der in Calais und Lille angenommenen Resolutionen.

Die in einer Anzahl von mehr als 500 vertretenen Gewerkschaften haben die Fragen in Betreff des 1. Mai 1891 und des Generalstreiks des Hafenarbeiter, die auf der Tagesordnung standen, im Geiste, wenn nicht mit den Worten des Arbeiterkongresses beantwortet. Sie haben sich zu Gunsten aller der theilweisen und sofortigen Reformen, die im Programm der Partei stehen, ausgesprochen: Gesetzlicher Achtstundentag, Beseitigung des Rechtes der Unternehmer, Geldstrafen zu verhängen, Ueberwachung des Lehrlingswesens durch die Gewerkschaften, Unterricht und Unterhalt der Kinder durch die Nation, Haftpflicht der Unternehmer bei Unglücksfällen, und der Sicherheit halber Hinterlegung einer Kaution der Unternehmer in den Arbeiterkassen u. s. w.

Auch die letzten Forderungen der Arbeiterpartei wurden gestellt: Uebergang aller Produktionskräfte, wie Boden, Bergwerke, Eisenbahnen, Werkstätten, Maschinen u. s. w. in den Besitz der Allgemeinheit, und gleichzeitig wurde der Internationalismus betont, indem der Kongreß seine Betheiligung am internationalen Kongreß zu Brüssel (im nächsten Jahre) versprach und den englischen Trades-Unions und der deutschen Sozialdemokratie seine Glückwünsche sandte.

Das zeigt, daß der nationale Gewerkschaftsbund, dessen Kongreß zu Calais der 4. Jahreskongreß ist, sobgleich er 1886 zu Lyon auf durchaus korporativer Basis zusammentrat und nach seinen Statuten jedweder Politik entsagte, sehr bald vom Sozialismus ergriffen worden ist. Die Regierung hatte stark auf die Hilfe des Gewerkschaftsbundes gerechnet, um die Arbeiter Frankreichs den „Umtrieben der Revolutionäre" zu entreißen; sie hatte in der Hoffnung hierauf dem ersten Kongreß eine Unterstützung von 10 000 Fr. zukommen lassen, aber sie hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht, diesmal ohne die schon zur Partei zählenden Arbeiter, welche daraufhin die Nothwendigkeit begriffen in die Gewerkschaften einzutreten, und eintraten. Da dies die intelligentesten und thätigsten Arbeiter waren, so befanden sie sich natürlich bald in der Leitung ihrer resp. Körperschaften, die sie in sozialistischem Sinne lenkten, und so gut lenkten, daß unser Proletariat an Stelle der einen für seine Befreiung kämpfenden Armee jetzt zwei hat: die eine — die Arbeiterpartei — greift überall die politische Macht der Bourgeoisie an, dringt mit Hilfe des Stimmrechts in die wählbaren und leitenden Körperschaften und wartet, bis der Moment kommt, der ihr die Staatsgewalt in die Hände liefert; die andere — der Gewerkschaftsbund — mehr Gegner der Unternehmer, als der Regierung, gebraucht als Hauptwaffen den Streik und den Boykott.

Hier die Dienste, welche uns der Letztere leistet. Da die Gewerkschaften, aus denen er sich zusammensetzt, ihren Mitgliedern kein Programm auferlegen, weil sie allen Arbeitern desselben Gewerbes ohne Unterschied offen stehen, mögen diese nun Konservative oder Sozialisten, Monarchisten oder Republikaner sein. und da sie sich der Befriedigung ihrer gemeinsamen Interessen widmen, so kommen alle Arbeiter, die das Bedürfniß fühlen, sich zur Vertheidigung ihres mehr und mehr geschmälerten oder bedrohten Lohnes zu vereinigen, ohne Mißtrauen zu ihnen und lassen sich aufnehmen. Einmal in der Gewerkschaft, in täglicher Berührung mit dem sozialistischen Element, halten die Vorurtheile gegen den Sozialismus, die ihrer Unwissenheit oder den elenden Bourgeoisblättern, welche ihnen ihre tägliche Nahrung bieten, entsprangen, nicht Stand vor dem, was sie sehen und hören. Die Neutralität der Gewerkschaften wird so für uns zu einem mächtigen Rekrutirungsmittel.

Das haben die Opportunisten, die uns regieren, trotz ihrer Kurzsichtigkeit doch endlich eingesehen. Deshalb haben sie auch dieses Jahr einstimmig jede Unterstützung abgelehnt, die von den Generalräthen oder Stadträthen des Rhonedepartements, des Departments der Rhonemündung und anderer verlangt worden war, um Delegirte nach Calais zu entsenden. Das nennt man „den Brunnen zudecken, wenn das Kind hineingefallen ist".

Was der Kongreß von Calais Besonderes leistete, kann man wie folgt zusammenfassen:

Wie die vorhergehenden Kongresse von Bordeaux (1888) und Montluçon (1887) forderte er die Revison des Gesetzes über die Gewerkschaften, welches diese einer polizeilichen Kontrole unterwirft und fremde Arbeiter von ihrer Leitung ausschließt, und beantragte folgende Formulirung in einen einzigen Artikel:

„Die Richtung und Verwaltung der gewerkschaftlichen Gerichshöfe sind frei."

(La constitution et le fonctionnement des syndicats professionnels sont libres.)

Außerdem hat er eine vollkommene Umwälzung in der Rechtsprechung der Schiedsgerichte auf folgenden Grundlagen verlangt: 1. Alljährliche Ernennung der Schiedsämter zur Hälfte; 2. Entschädigung der Arbeitermitglieder mit dem höchsten ortsüblichen Lohn; 3. Wahlrecht und Wählbarkeit der Frauen; 4. Ausdehnung des Instituts dieser gewerkschaftlichen Gerichtshöfe auf alle Arbeitergruppen, welche es wünschen (Angestellte der Eisenbahnen, Magazine u. s. w.)

Er hat die öffentlichen Gewalten aufgefordert, die Inspektion der Hüttenwerke und Fabriken einer von den Gewerkschaften gewählten Kommission anzuvertrauen, die jetzigen Inspektoren zu entlassen und den neuen freie Fahrt auf allen Eisenbahnen zu gewähren.

Die Wünsche, welche er hat laut werden lassen, richten sich auf die Aufhebung des Gesetzes gegen die Internationale und der Artikel 919 und 915 des Strafgesetzbuches (Beschränkung der Freiheit der Arbeit); auf Unterdrückung der Stellenvermittelungs-Bureaus, und baldige Einberufung eines Sonderkongresses der Seearbeiter oder Matrosen der Kauffahrteiflotte.

Endlich hat er Marseille als Sitz für den nächsten Kongreß erwählt.

Gemäß den Statuten haben die Gewerkschaften der Stadt, in welcher der Jahreskongreß abgehalten worden ist, den Nationalrath zu ernennen, dessen Aufgabe es ist, die Geschäfte des Bundes für das laufende Jahr zu leiten.

Die Gewerkschaften von Calais, alle Anhänger unserer Partei, und von denen eine einzige — die der Tüllarbeiter — gegen 3000 Mitglieder zählt, werden also diesmal den Nationalrath für 1890/91 einsetzen.

Das wird die ökonomische und politische Thätigkeit des französischen Proletariats noch enger miteinander verbinden.

Es war der Bürger Luchize, der alte Sekretär der Weber von Cours, in den letzten Wahlen zum Deputirten gewählt, welcher den Kongreß schloß, indem er eine ungeheure rothe Fahne, „die Fahne der sozialen Vergeltung", unter dem brausenden Jubel der Delegirten und des Publikums entfaltete. Er vertrat die Gewerkschaften des Rhonedepartements, welche als Antwort auf den Vorwurf, den die Bourgeoispresse den streikenden Arbeitern Calais' machte, daß sie englisches Geld annähmen, erklärten, sie hätten während ihres letzten Streiks deutsches Geld angenommen, und sie seien stolz darauf, denn sie betrachteten die Arbeiter Deutschlands als ihre Brüder, die französischen Unternehmer aber als ihre Feinde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November.

Die Geldkrisis, deren Weiterentwickelung von allen Kapitalisten Europas und Amerikas mit ängstlichen Blicken, von den Sozialdemokraten mit wohlberechtigter Genugthuung, um nicht zu sagen: Schadenfreude — verfolgt wird, ist, wie jetzt hinterher auch von den Vertheidigern des kapitalistischen Produktionssystems zugegeben wird, kein zufälliges Ereigniß, sondern das nothwendige Resultat von Thatsachen, Vorkommnissen und Erscheinungen, die mit dem Wesen dieses Produktionssystems organisch zusammenhängen und von ihm untrennbar sind. Es ist thöricht — was bei jeder Krise und auch gegenwärtig geschieht — zu sagen, durch größere Vorsicht hätte der „Krach" vermieden werden können; man hätte nicht so toll überspekuliren und überproduziren sollen. Die Ueberproduktion und Ueberspekulation läßt sich von der kapitalistischen Wirthschaft einfach nicht trennen, sie ist das unvermeidliche Erzeugniß der Selbstsucht einer- und der Regellosigkeit andererseits, welche die Triebfeder und die Natur der herrschenden Gesellschaftsordnung bilden und deren verderbliche Wirkungen durch keine Vorsicht abgewandt werden können.

Die „Vossische Zeitung" bringt über die Krise einen Artikel, der zwar von den Illusionen des naiven, an die beste der Welten glaubenden Bourgois nicht frei ist, aber im Ganzen eine gute Uebersicht der finanziellen Situation bietet. Er beginnt mit einem gewissen Galgenhumor und lautet in seinen Hauptstellen wie folgt:

„Und scheint die Sonne noch so schön, einmal muß sie untergehn", das ist eine alltägliche Weisheit, und wer prophezeit, daß auf den Rausch der Katzenjammer folge, läuft Gefahr, gescholten zu werden, daß er mit Gemeinplätzen um sich werfe. Aber was so wahr ist, daß es nicht erst gesagt zu werden braucht, wird darum noch nicht immer beherzigt. Wäre es beherzigt worden, so blickte man heute nicht ängstlich über den Kanal und sorgte man nicht ob jeder neuen Meldung über die Wechsel von Baring Brothers und den Zinsfuß der englischen Bank und die Kuponszahlung von Argentinien und Uruguay. Die Kurse sinken, das Vertrauen schwindet, und eine gründliche Ernüchterung ist eingetreten, nicht nur in London und New-York, sondern auch hier zu Lande. Auf die Tage des überschwänglichen Uebermuthes scheinen die Tage der Enttäuschung folgen zu sollen, von denen nur zu viele Bürger sagen werden: „Sie gefallen uns nicht!"

„In welchem Maße muß die Spekulation alle berechtigten Grenzen überschritten haben, wenn ein Welthaus wie Baring Brothers genöthigt ist, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen! Derlei ist unerhört in der wirthschaftlichen Geschichte. Große Handelskrisen haben sich abgespielt, gewaltige Firmen sind zusammengebrochen. Aber was sind Overend, Gurney u. Comp., was Ouvrard und Comp., was Arnstein und Erkeles, was Bontoux und endlich Comptoir d'Escompte gegen Baring Brothers? Ein Haus, welches dem englischen Volke Unterhausmitglieder, Lords, Minister gegeben hat! Ein Haus, dessen Mitglieder spotten durften, daß sich jeder Lump, der einige Millionen habe, schon Millionär nennen wolle! Ein Haus, vor dem jeder Geschäftsmann in der ganzen weiten Welt den Hut zog! Der größte Geldgeber auf dem Erdenrund! Und nun plötzlich ist es vorbei mit Ruhm und Dasein dieses Hauses, das sicherer schien als der Fels im Meere! Aber ist dieses Ende ein Wunder? In den sechs Jahren von 1883 bis 1888 hat dieses eine Haus nicht weniger als 95 Millionen Pfund neuer „Werthe" auf den Markt gebracht, das sind rund zwei Milliarden Mark! Und welcher Art Werthe! Wie wenn man in die Zeiten John Law's zurückversetzt war, in denen die Aktien auf wahnsinnige Höhe stiegen, weil im Arkansasflusse ein Smaragdberg entdeckt sein sollte, begeisterte man sich für Argentinien, Uruguay und andere Länder und Ländchen, in denen Milch und Honig fließen sollten. In Argentinien sind in den Jahren 1882 bis 1889 neue Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 841,8 Millionen Pesos oder 3450 Millionen Mark gegründet worden! Man geberdete sich, als sei das Paradies gefunden! Nicht weniger als 200 Millionen Pfund, will sagen über vier Milliarden Mark argentinischer Anleihen wurden auf den europäischen Markt gebracht. Und dann begann man mit fieberhafter Aufregung den Goldkurs von Buenos-Ayres zu verfolgen, und nun weiß man nicht, „was werden soll", wenn die südamerikanischen Republiken erklären sollten, daß sie die Zinsen ihrer Schulden nicht mehr zahlen können.

„Der Rückschlag gegen die Ausschreitungen der Spekulation wäre freilich auch ohnehin nicht ausgeblieben. Man braucht nur zu sehen, was Max Wirth in seiner neuesten, soeben erschienenen Ausgabe der Geschichte der Handelskrisen zusammenrechnet, daß im Jahre 1886 auf dem internationalen Geldmarkt neue Emissionen im Betrage von 4000, 1888 im Betrage von 5500 und 1889 gar in Höhe von 7000 Millionen Mark gebracht worden sind! Deutschland hat zu diesem „Aufschwung" so redlich beigetragen, daß die Hälfte weniger noch immer zu viel gewesen wäre. Beiläufig sind in die obigen Ziffern die Konversionen nicht einbegriffen. Bei der Erinnerung an die Konversionen aber kann man nicht umhin, der Regierung einen neuen Vorwurf zu machen. Man setzte den Zinsfuß der Anleihen herab, man drängte eine Unmasse des angelegten Kapitals zwangsweise aus den sicheren Eisenbahnpapieren, man ertheilte den Provinzen, den Kreisen, den Städten die Ermächtigung, den Zinsfuß herabzusetzen, und trug so durch Verwirrung in die ruhigsten Kreise. Was Wunder, daß ein großer Theil des künstlich aufgestörten Kapitals Unterkunft in fremden Werthen, in zweifelhaften Gründungen suchte und fand, zumal man sich nicht überall mit dem vom Staate gebotenen und von den übrigen Körperschaften nachgeahmten niedrigen Zinsfuße begnügen konnte! Man schien sich an den entscheidenden Stellen einzubilden, Deutschland verfüge über unerschöpfliche Hilfsmittel; man bot niedrigere Zinsen und nahm um so mehr Anleihen auf, Hunderte und Hunderte Millionen, bis man plötzlich die unliebsame Entdeckung machte, daß auch hier ein Maß in den Dingen ist.

„Aber die Erkenntniß kommt nur zu oft zu spät. Verbert ging die Gründerära. Es ist der Natur der Sache gemäß, wenn Geschäfte, welche eine solche Ausdehnung gewonnen haben, daß des Besitzers Arbeits- und Kapitalkraft nicht mehr ausreicht, die Form der Aktiengesellschaften annehmen. In den letzten Jahren aber war es nicht dieses Bedürfniß, welches Aktiengesellschaften schuf, sondern das Bedürfniß der Gründer, sich zu bereichern. Man ging förmlich auf die Suche nach Geschäften, die sich in Aktienform bringen ließen; man legte auch verschiedene solcher Geschäfte, weil sie einzeln zu klein waren, geflissentlich zusammen; man zahlte ungeheuerliche Preise, steckte selbst ungeheuerliche Summen in die Tasche und hatte dann die eherne Stirn, die Aktien noch mit ungeheuerlichem Aufgelde den gutgläubigen Bürgern aufzuhalsen. Und was mußte nothwendig die Folge sein? Schon im vorigen Jahre hat eine hervorragende rheinische Eisenfirma geklagt, „daß sie das Mehrfache des Buchwerthes ihres Geschäftsbesitzes für denselben erhalten könnte, wenn sie sich zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft bereit finden ließe." Die Firma knüpfte an diese Mittheilung den Ausdruck schwerer Befürchtungen über die unausbleiblichen Folgen jenes Grün-

---

hauptes spielt nur bei Geldheirathen, wo es sich um die Mitgift handelt, eine Rolle, unter Besitzlosen ist sie nicht von Belang."

Der Alte glotzte ihn an, als hätte er nicht recht gehört.

„Wie meinen Sie das? Bei Ihnen hätt' also der Vater nichts drein zu reden; ah, das wäre neu, aber das giebt's nicht. Ich hab' das Recht, mein Kind vor einem Unglück zu bewahren, und das wär' das größte, was sie treffen könnt'."

Die bräunliche Wange des jungen Arbeiters erblaßte sichtlich.

„Ich will Sie nur beruhigen, Herr Brandhofer," sagte er nicht ohne eine gewisse Hoheit; „ich denke nicht daran, Ihr Kind unglücklich zu machen. Ich habe ihr gegenüber niemals den Bewerber gespielt, und sie hat mich auch niemals dazu ermuthigt. Sie können sich daher Ihre Winke und zarten Andeutungen ersparen."

„Wer's glaubt," brummte der Brandhofer in den Bart. Aber im Ton und Wesen des jungen Mannes war etwas, das ihm unwillkürlich imponirte. Der Huber war freilich nur ein Arbeiter, aber doch eigentlich ein anständiger Kerl, und als solcher mußte er begreifen, daß ein Bürgermädchen nicht für ihn passe. Aber sie war die Tolle, die ihm nachlief, und ihretwegen war er keineswegs beruhigt.

„Soll mich freuen, wenn Sie ein Einsehen haben, Huber," sagte er mit einer gewissen Gutmüthigkeit, „aber dann setzen Sie ihr nur gleich selber den Kopf ordentlich zurecht. Die Weibsbilder müssen immer von uns Männern zur Vernunft gebracht werden, das ist eine alte Geschichte; und wenn die Mili auch sonst sehr gescheidt ist, und das hat sie von mir, so kommt über jedes Frauenzimmer doch einmal der Raptus, das ist wie eine Kinderkrankheit, und da heißt's zurückhalten, denn die Reue kommt hinterher, aber zu spät, und daher sagen Sie ihr nur ganz offen und ungenirt, daß — daß —"

„Daß sie für mich viel zu gut wäre," ergänzte Paul mit einem kurzen Lachen, das gleichwohl die ganze Aufregung seines Innern verrieth. „Nicht wahr, das meinen Sie doch, daß ich ihr sagen soll?" Und in einem schneidenden Ton, der humoristisch klingen sollte, „nun, Sie verlangen gerade nicht wenig von mir, dem Arbeiter, dem Proletarier. Aber das ist die beliebte Weise, die man überall uns gegenüber in Anwendung bringt. Man verweist uns auf die niedrigste gesellschaftliche Stufe und stellt zugleich an unsere Mäßigkeit, an unsere Klugheit und Ehrenhaftigkeit die höchsten Ansprüche. Man erlaubt uns, Helden zu sein, wo es sich um Entsagung handelt. Also Fräulein Mili, ganz ungenirt und ohne Umstände, ich warne Sie vor mir. Lassen Sie sich's ja nicht einfallen, einen Kerl zu lieben, wie ich bin, der in seiner Miserabilität es weder zu hoffen wagte, noch auch nur wünschen möchte, daß Sie seine Frau würden."

„Da hörst Du's," rief Brandhofer, der nur den Schluß aufzufassen vermochte.

Mili hatte ihre Augen nicht von Paul abgewandt, der so hoch aufgerichtet dastand, in seiner schönen jugendkräftigen Gestalt, und dessen ausdrucksvolles geistig belebtes Gesicht, mit den dunkelblitzenden Augen, in einem schreienden Mißverhältniß zu seinen Worten stand.

„Sie thun mir weh, Huber!" sagte das Mädchen in einem tief vorwurfsvollen Ton, „und Sie wollen mir absichtlich weh thun, denn so denken Sie nicht, so fühlen Sie nicht."

„Ei, Fräulein Mili, wer fragt denn danach, was wir denken und was wir fühlen? Bei uns armen Teufeln handelt sich's nur darum, was wir dürfen."

„So ist's; ganz Recht hat er," sekundirte der Sattler.

Paul fuhr in gesteigerter Leidenschaftlichkeit fort: „Wir dürfen uns eine Dirne beigesellen, das ist erlaubt; wir dürfen auch ein Mädchen heirathen, das durch die Entbehrungen, die es von Jugend an erduldet, bereits verkommen und geistig und körperlich siech ist, Niemand hat etwas dagegen einzuwenden, aber auf ein gesundes wohlerzogenes Wesen, das noch frisch und frei in die Welt sieht, auf ein solches dürfen wir keinen Anspruch erheben."

„Auch nicht, wenn dieses Mädchen Sie liebt?" fragte Mili mit bebender Stimme.

„Nein, Mili, denn wir gehören zu jenen Enterbten, die kaum auf irgend ein Gut mehr Anspruch haben, denen nur die Arbeit geblieben ist, als die einzige Pflicht, als das einzige Recht. Und wollen Sie wissen, was Sie mit ihm bringt? Haha! Sie haben sich ja schon einmal bei uns umgesehen, Sie wissen ja, was ich besitze, wollen Sie vielleicht diesen Besitz mit mir theilen? Haha, theilen! Warum lachen Sie nicht, Mili, es ist doch sehr lächerlich — oder schaudern Sie bei dem bloßen Gedanken nur an eine solche Existenz?"

„Es wär auch schauderhaft!" rief der Vater dazwischen, „so ein Arbeiter, es ist traurig genug, aber der hat ja heutzutage gar keine Existenz mehr."

„Und darum, Emilie, wenn Sie mir auch wirklich gut wären, und wenn ich mit allen Fasern meines Herzens Sie liebte, so würde ich doch über diese Liebe triumphiren, denn sie bedeutet nicht nur Ihr Unglück, sie wäre Ihre Verdammung."

„Das freut mich, das ist schön von Ihnen," rief der Sattler in lebhafter Zustimmung. „Und jetzt könnten Sie ihr auch sagen, daß sie nicht länger eigensinnig sein und eine gute Partie, die sich bietet, von sich weisen soll."

„Eine gute Partie? ah!" Eine dunkle Röthe stieg in Paul's eben noch so blasses Gesicht.

„Der Birnstengel hat um sie angehalten. Es ist eine große Ehre für sie, denn ich kann ihr nichts mitgeben, und sie ist 24 Jahr alt; sie soll sich nur nicht zieren, die Gamsel und Gott danken, daß sie so einen Mann kriegt, der sie versorgt und glücklich macht."

Obwohl in der dritten Person sprechend, richtete der Sattler diese Worte direkt an seine Tochter.

„Glücklich mit diesem Birnstengel!" rief diese, und sie schüttelte den Kopf, wie von dem Gedanken empört.

„Versorgt!" höhnte Paul, „bei dem!"

„Was giebt's da zu lachen? Ein Bürgersmann ist immer eine Garantie."

„Bei einem Kleinbürger ist ihr auch nichts verbürgt als Sorge und Elend," erwiderte Paul kurz.

„Oho, es giebt Wohlhabende genug unter uns!"

(Fortsetzung folgt.)

dungstreibens. „Einige Jahre würden die neuen Gesellschaften vielleicht hohe Dividenden geben, aber alsdann würde ein Rückschlag eintreten, der, wie in den siebenziger Jahren, viele kleine Leute treffen und ins Verderben stürzen müßte. Allmälig wurde, vermöge des Zusammenhanges zwischen den einzelnen Gebieten des Erwerbslebens, die Gesammtheit wie vom Taumel ergriffen. Die Kurse erreichten schwindelhafte Höhen, und der Warner predigte tauben Ohren. Schien doch ein goldenes Zeitalter für alle Welt angebrochen! Ringe und Konventionen feierten Triumphe. Der Bodenwerth stieg außerordentlich. Was die großen und selbst kleine Häuser anfaßten, schien Gold zu werden, ob es Kohlenaktien, oder transatlantische oder anatolische Bahnen, oder Serben, Portugiesen, Argentinier, Mexikaner, Kalifornier — unglaublich, aber wahr, kalifornische Wasserwerke, deren erste Hypotheken in Amerika 6 pCt. zahlen, konnten ihre zweiten vierprozentigen Hypotheken zu 96 auf dem hiesigen Markte absetzen — oder südafrikanische Goldspares waren, deren Kurse sich manche Börsenblätter Tag für Tag von London melden lassen.

„Aber ein Jegliches hat seine Zeit! Es kamen die Revolutionen in Südamerika, die Krisis in Portugal, das amerikanische Silbergesetz, dieses Musterwerk rücksichtsloser Ausbeutung der Gesammtheit durch einen Ring von Bergwerksbesitzern, das Mac Kinley-Gesetz, der Umschwung bei den Wahlen in der Union, — aber ist es nöthig, die Ursachen der heutigen Lage zu nennen? Und sind das wirklich die Ursachen und nicht vielmehr nur die äußeren Anläße, welche den Rückschlag anzeigen? Wäre dieser Rückschlag nicht, vielleicht einige Wochen, vielleicht einige Monate später eingetreten, auch wenn Baring Brothers ihren Verpflichtungen aus eigener Kraft hätten genügen können? Der Rückschlag mußte kommen, weil der Taumel nicht ewig währen kann; er mußte kommen, wie noch auf jede maßlose Uebertreibung der Spekulation der Krach gefolgt ist. Und damit sei dem alten guten Bürgermeister Brokes das Wort gegeben, der die furchtbare Lücker Handelskrisis vom Anfang des siebzehnten Jahrhunderts erlebt hatte und nun ehrsam und fromm in seinem Tagebuche die Beschreibung jener Zeit mit der Mahnung schließt: „Darum, meine Kinder und Erben, habe ich dies zu einem Spiegel und Exempel geschrieben, daß ihr Gott fürchtet und nicht nach ausgebreiteteren Geschäften ausguckt, ehe Gott es euch geben will. Denn die mit Gewalt und hastig reich werden wollen, bekommen gewöhnlich Armuth und Bankerott."

Dies der Artikel, aus dem wir nur einige Absätze, welche den Antheil der deutschen Regierungen und des Reichs an dieser wirthschaftlichen Ueberanspannung berühren, weggelassen haben, und zwar deshalb, weil sie viel zu allgemein und diplomatisch gehalten sind. Wir werden uns mit dieser Seite der Frage noch besonders und eingehend zu beschäftigen haben.

Man sieht, der „Vossischen Zeitung" kommt der Gedanke gar nicht, daß der Zustand, aus welchem die Krise hervorgegangen ist, ein ungesunder, ein unsinniger sein muß. „Auf den Rausch folgt der Katzenjammer" — „auf Sonnenschein Regen" u. s. w. Das ist der Trost und die Weisheit. Und selbstverständlich kommt ihr auch nicht die Frage auf die Zunge: muß das so sein?

Gewiß, es „muß" sein und ist „unvermeidlich", so lange der Kapitalismus auf dem Thron sitzt — aber ist der Kapitalismus ein „ehernes Muß"?

Die Frage ist gleichbedeutend mit der anderen: Sind die Menschen unvernünftige Thiere, die nicht im Stande sind, ihre Existenzbedingungen zu regeln?

Als eines bemerkenswerthen Momentes sei noch der großen Rolle erwähnt, welche die sonst so belanglosen südamerikanischen Staaten in der gegenwärtigen Krisis spielen. Es erklärt sich dies aus demselben Umstand wie die Kolonialpolitik. Der Kapitalismus hat die zivilisirte Welt schon so ausgeplündert, daß er nun in die unzivilisirte flüchtet, um seine Raubinstinkte zu befriedigen. Wenn der Teufel Hunger hat, frißt er Mücken — sagt das Sprichwort. —

Die **Stadtverordneten-Wahlen** haben unserer Partei viele Siege gebracht. Nur eine alte Position haben wir verloren, manche neue erobert und im Allgemeinen also Fortschritte gemacht. Und die noch ausstehenden Wahlen werden uns jedenfalls noch weitere Erfolge bringen.

Vor allen gegnerischen Blättern ist die „Kreuz-Zeitung" das einzige, welches die Fähigkeit, oder die Ehrlichkeit besitzt, die Situation richtig zu beurtheilen. Unter der Ueberschrift: „Ein neuer Vorstoß der Sozialdemokratie" schreibt das Junkerorgan:

„Die Sozialdemokratie versteht geschickt zu arbeiten. Nachdem sie durch ihre stramme Organisation und Agitation bei den Reichstagswahlen und in einzelnen Städten bei den Gemeindewahlen erhebliche Erfolge erzielt hat, benutzt sie die gewonnene Stellung, um für ihren Zukunftsstaat allmälig Stimmung zu machen. Im Reichstage werden allerdings vorläufig ihre Reden zum Fenster herausgesprochen sein. Denn die Sozialdemokraten selbst machen kein Hehl daraus, daß sie nicht einmal dann die Reichsregierung für ihre Pläne wirksam beeinflussen könnten, wenn sie dort in starker Mehrheit erscheinen würden. Ganz anders jedoch ist ihre Stellung in den städtischen Gemeindevertretungen. Diese sind zwar an sich keine eigentlichen Verwaltungs-Körperschaften. Sie wählen aber die Obrigkeit der Stadt, den Magistrat, und haben dadurch fast überall einen hervorragenden Einfluß auf die Verwaltung erlangt. Außerdem sind nach den Vorschriften der Städte-Ordnung in allen größeren Städten für einzelne Zweige besondere Verwaltungs-Deputationen gebildet, in welchen auch Stadtverordnete Sitz und Stimme haben. Deshalb wird ein Magistrat Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung, welche der Verwaltung nach bestimmten Richtungen hin Wünsche unterbreiten, viel schwerer entgegentreten können, als dies die Staatsregierung oder die Reichsregierung einem Beschlusse des Landtages oder des Reichstages gegenüber vermag. Sitzen nun einmal in einer städtischen Gemeindevertretung Sozialdemokraten in nennenswerther Zahl, so können sie darauf rechnen, daß ihren Anträgen, sofern sie nicht von vornherein auf den Umsturz berechnet sind, namentlich dann ein gewisses Wohlwollen entgegengebracht wird, wenn die Mehrheit ihrer Amtsgenossen der „liberalen" Partei angehört. In solchen Fällen geht ihr Streben dahin, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat unmerklich vorzubereiten und der Bürgerschaft an demselben allmälig, so zu sagen, Geschmack abzuringen. Sie rechnen darauf, daß, wenn der erste und kleine Schritt auf diesem Wege gethan ist, den größeren und folgenreicheren ein geringer Widerstand entgegengesetzt werden kann.

„In Berlin sind nach der bezeichneten Richtung in der letzten Zeit zwei bemerkenswerthe Vorstöße von der Sozialdemokratie gemacht worden. Der erste zielte auf die Beseitigung der Unternehmer bei der Verdingung von Maurerarbeiten. Die Freie Vereinigung der Maurer und Fachgenossen Berlins hatte gefordert, daß die städtischen Bauten fernerhin, mit Umgehung von Unternehmern und ohne Submission, von Arbeitern oder Arbeitsgruppen unmittelbar unter Leitung von städtischen Beamten ausgeführt werden, daß die Bezahlung dieser Arbeiten nach festen mit den Arbeiterkörperschaften auf Grund eines Mindestlohnes vereinbarten Preisen erfolgen und daß für die Ausführung der Arbeit ein neunstündiger Arbeitstag als Regel angenommen und eingehalten werden solle. Diese Forderungen haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu der ihrigen gemacht. Daß sie als ein erster, wenn auch bescheidener Schritt zu dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu betrachten sind, liegt auf der Hand. Das angebliche „Elend" der Berliner Maurer, wie es in einer von diesen Herren verfaßten Resolution hieß, sollte dazu herhalten, um den verhaßten Meister zu beseitigen und durch eine korporative Genossenschaft von Arbeitern zu ersetzen. Das hat denn auch die Berliner Stadtverordneten-Versammlung durchschaut, denn mit großer Mehrheit hat sie das Ansinnen der Sozialdemokraten abgelehnt. Selbst der Hinweis des Herrn Singer auf eine damals bevorstehende Stadtverordnetenwahl — bei welcher der Kandidat der Bürgerpartei gegen einen „Liberalen" in Stichwahl stand — vermochte sie nicht zu erweichen. Da es den Genossen der liberalen Herren an den Geldbeutel zu gehen drohte, wurden sie sogar der Sozialdemokratie gegenüber widerstandsfähig. Herr Singer war großmüthig genug, sie das nicht entgelten zu lassen, denn trotz ihrer ablehnenden Haltung kommandirte er seine Bataillone zur Stichwahl für den liberalen Kandidaten. Hatte sich doch auch dieser Letztere in einer liberalen Wählerversammlung für die sozialdemokratische Forderung ausgesprochen. Das wirkte.

„Jetzt ist nun ein neuer, wie es scheint, noch bedeutsamerer Vorstoß von der Sozialdemokratie gemacht worden. Die Stadtverordneten-Versammlung wird in ihrer nächsten Sitzung über einen Antrag zu verhandeln haben, welcher dahin geht, den Schülern sämmtlicher Gemeindeschulen die erforderlichen Lehrmittel auf Kosten der Stadt zu beschaffen."

Was die „Kreuz-Ztg." über den letzteren Antrag sagt, hat hier kein Interesse für uns. Jedenfalls zeigt sie ein sehr richtiges Verständniß für die Bedeutung der Gemeindewahlen. Und die nebenfächliche Erwähnung des „Zukunftsstaates" enthält zwischen den Zeilen eine ganz hübsche Lektion für die Zukunftsstaatsmänner — die freilich der Belehrung wohl kaum zugänglich sind.

Ein Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist beiläufig schon wiederholt im sächsischen Landtag von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt, jedoch stets als „umstürzlerisch" und „sozialdemokratisch" abgelehnt worden. In den meisten Staaten der nordamerikanischen Republik werden die Lehrmittel bekanntlich seit Jahrzehnten aus öffentlichen Geldern geliefert, ohne daß der Staat in Gefahr gekommen wäre.

Einen lichten Augenblick hat übrigens auch das Organ der sächsischen Konservativen, das „Vaterland". Es schreibt mit Bezug auf die Gemeindewahlen, die Stadt- oder Gemeindevertretung dürfe nicht zu Allem, was die Regierung wolle, Ja sagen, und müsse sich vor Ringbildung und Versumpfung hüten.

Vortrefflich! Und deshalb müssen Sozialdemokraten gewählt werden — denn sie allein sind keine servilen Jasager und unerbittliche Feinde der Ringbildung und Versumpfung.

Die letzte Pariser Wahl ist zwar infolge der Zersplitterung unter den Arbeitern resultatlos gewesen, hat aber doch wenigstens den Vortheil gehabt, daß der **Tod des Boulangismus** festgestellt werden konnte. Die paar Lumpen niederster Sorte, die noch durch gemeinsame Schwindeleien an den „braven General" gefesselt sind, konnten es nicht einmal zu einer Kandidatur bringen.

Freilich, wenn die Republik sich nicht bald ihrer sozialen Aufgaben bewußt wird und ernst an ihre Lösung geht, dann kann gelegentlich wieder ein beliebiger Boulanger auftauchen.

Der **russische Polizeispion** in Paris ist wohl unzweifelhaft ein Opfer — der politischen Nemesis. Die Polizei hat schon mehrere Verhaftungen vorgenommen, scheint jedoch ziemlich unsicher zu sein, da der auch in Deutschland bekannte Mendelsohn, der ebenfalls unter den Verhafteten ist, dem Nihilismus fern steht, was ja auch bei dem Pariser Nihilistenprozeß im vorigen Sommer klar zu Tage trat.

Natürlich wird von den Vertheidigern der herrschenden Ordnung wieder der Versuch gemacht werden, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, und für eine antirevolutionäre Gewaltpolitik Stimmung zu machen. Nun — gerade der hoffnungslose Kampf, den der Zarismus gegen den Nihilismus führt, sollte die Anhänger der Gewalttheorie von der Thorheit derselben überzeugen. Wo ist die Regierungsgewalt so unbeschränkt, die Polizeimacht so absolut, wie in Rußland? Und was der Erfolg? Der Zar kann keine Nacht ruhig in seinem Bett schlafen; wenn er eine Reise machen will, müssen ganze Armeen ihn bewachen; — und die Polizei ist vollständig lahmgelegt. Die Allmacht des Despotismus ist in Ohnmacht umgeschlagen. Was nützt es, daß Karawanen um Karawanen „Mißliebiger" nach Sibirien „verschickt" werden? Daß der Galgen in Permanenz „arbeitet"? Der unterdrückte Geist schnellt auf — der getretene Wurm sticht, wie es in der Bibel heißt, und auf das brutale Kneblungs- und Erdrosselungssystem des Zarismus giebt der Nihilismus die Antwort mit Dolch, Revolver und Bombe. Das mag man beklagen, allein kein Denkfähiger, der die menschliche Natur kennt, wird sich darüber wundern. Der Nihilismus ist die nothwendige Frucht des Zarismus und er wird erst mit diesem verschwinden.

Die Kampfmittel der Unterdrückten entsprechen an Gewaltsamkeit denen der Unterdrücker. Hätte der russische Spitzel in Paris seinen Zweck erreicht, so wären einige Nihilisten in Rußland gehängt worden — er fiel seinen Feinden in die Hände, und sie hatten so wenig Mitleid mit ihm als er mit ihnen gehabt hätte. Im Krieg hängt man die Spione — zum Hängen hat man in diesem unterirdischen Minenkampf der Nihilisten gegen die Polizeispitzel keine Zeit — der Revolver macht kürzere Arbeit.

Jedenfalls bleibe man uns mit heuchlerischer Entrüstung vom Halse. Wer Lust hat sich zu entrüsten, der wende seinen sittlichen Zorn gegen den zarischen Despotismus, der dem russischen Volk die Maske des Zellengefangenen überstülpt und die brutale Barbarei des Mittelalters mit der raffinirten Korruption des neunzehnten Jahrhunderts vereinigt, um die schlechteste, schmachvollste, grausamste Regierung zu bilden, welche die Welt je gekannt hat. Und das soll das russische Volk demüthig ertragen? Dann würde es sich ja selbst den Todtenschein ausstellen. Wer sich entrüsten will und wer den Nihilismus begreifen will, der lese die Schilderungen Kennan's über die sibirischen Greuel, und der lese die Details des jüngsten Prozesses in Petersburg, wo wieder drei Nihilisten, darunter eine Frau, zum Tode verurtheilt worden sind — und den Tod auch erleiden werden. Und wer will sagen, daß das Blut jenes russischen Spitzels reiner war, als das Blut dieser neuen Märtyrer.

Kossuth, einst der vergötterte Nationalführer der Magyaren, vor Kurzem noch Gegenstand der begeistertsten Ovationen in seinem Heimathland, ist durch den Bankrott einer Sparkasse, in welcher er sein kleines Vermögen angelegt hatte, zum Bettler geworden, und muß — der 89jährige! — sich als Zeitungsschreiber mühsam sein Brot verdienen. Wir wollen hoffen, daß die jetzt erst bekannt gewordene Thatsache die noch immer zahlreichen Bewunderer Kossuth's, der — was auch immer seine Fehler gewesen sein mögen — viel für sein Volk gethan hat und ein Stück Weltgeschichte in sich verkörpert, an die Pflicht erinnert hat, ihre Bewunderung werkthätig zu äußern. Patriotische Ovationen bringen und den Gefeierten verhungern lassen — das ist doch eine etwas zu starke Charakter- und Gedankenlosigkeit.

Die Zivilisation ist ein sehr barbarisches Ding, wenn sie mit der Barbarei in Berührung kommt. Sie scheint dann den Nachweis liefern zu wollen, daß sie noch barbarischer sein kann als die Barbarei. Was in Afrika die Zivilisation geleistet hat, das sehen wir soeben mit Schaudern und Ekel. Und in Amerika stehen uns ähnliche Schauspiele bevor. Die armen Sioux-Indianer, die sich nicht ruhig drein fügen wollten, von der Erdoberfläche wegzivilisirt zu werden, lehnten sich gegen gewisse Verwaltungsmaßregeln auf, es ist zu Thätlichkeiten gekommen und nun sind Truppen gegen sie geschickt worden. Das rauchlose Pulver wird also demnächst dort Wunder der Zivilisation verrichten. Ist der letzte Indianer-Wigwam verbrannt und der letzte Indianer todtgeschossen, dann wird die heuchlerische Bourgeoiswelt einen Lobgesang anstimmen auf die „Segnungen der Zivilisation".

* * *

Neueste Nachrichten. Die Londoner Geldmänner geben sich nach wie vor alle erdenkliche Mühe, gegen die andringende Sturmfluth der Krise Dämme zu errichten. Zugestanden wird von allen Seiten, daß bei keinen früheren Krisen ähnliche Riesensummen ins Spiel gekommen sind. Es ist auf dem finanziellen Schlachtfeld wie auf dem militärischen der Gegenwart, — welch' letzteres hoffentlich Hypothese bleibt —: es wird mit vorher unbekannten Massen gearbeitet. Und darum ist auch jede Berechnung erschwert. Gewiß ist nur, daß die Schlachten und Krisen auch entsprechend mörderischer und verheerender sein müssen als früher.

Die russischen Wühlereien auf der Balkan-Halbinsel und im Orient werden immer unverschämter. Ob es denn gar nicht möglich ist, gegen diesen barbarischen Raubstaat, der den Frieden der Welt fortwährend bedroht, eine europäische Polizei zu organisiren? —

In Belgien streikt wieder ein Theil der Bergarbeiter. An solche Nachrichten aus dem Pfaffenparadies, wo die Schützlinge der „Germania" die soziale Frage nach ihrer Façon lösen, sind wir gewöhnt. —

Der Telegraph kann auch Späßchen machen. So meldet er aus **Brüssel**, daß „Krupp dem Könige Leopold eine Batterie von 6 Kanonen zum Geschenk gemacht und dagegen vom Könige mit der Lieferung der gesammten Artillerie für den Kongostaat beauftragt worden sei." Und um den Scherz noch etwas zu würzen, fügt der Telegraph mit komischem Ernst hinzu, „der zweite Theil der Nachricht sei nach authentischen Mittheilungen falsch." Nun, wenn der erste richtig ist, dann wird auch der zweite es sein. Wenn Herr Krupp Kanonen verschenkt, dann wirft er mit der Wurst nach der Speckseite.

Arbeiterschutz-Kommission. Die Diskussion über § 153 wird fortgesetzt.

Der Handelsminister vertheidigt die Regierungsvorlage, welche den bisher nicht angefochtenen Gedanken des § 153, den einzelnen Arbeiter gegen den Zwang seiner Arbeitsgenossen zu schützen, verfolge. Die Vorlage stehe auf dem Boden der bestehenden Gewerbe-Ordnung und beantrage nur Strafverschärfungen, was nothwendig sei, um dem öffentlichen Wohl den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Der Redner trägt, indem er sich gegen die gestrigen Ausführungen der Abgg. Hirsch und Bebel wendet, eine vervollständigte Nachweisung der ohne Kündigung erfolgten Arbeitseinstellungen vor, aus welcher er folgert, daß ein sehr großer Theil der Arbeiter, um sich materielle Vortheile zu schaffen, vertragsbrüchig wird. Der Minister bestreitet auch, daß es sich bei der Regierungsvorlage um eine Gelegenheits-Gesetzgebung handelt, nach seiner Meinung sind es dauernde Mißstände, die das verschärfte Eingreifen der Gesetzgebung nothwendig machen. Der Redner giebt den Vorwurf der Einseitigkeit dem Abg. Bebel zurück; die Regierung sei nicht von dem Unternehmergesetz besessen, wie die Sozialdemokratie es ihr vorwerfe, sie wolle durch ihre Vorlage den Arbeiter, der nicht streiken wolle, Schutz gewähren gegen den Zwang, der von den Genossen ausgeübt wird.

Der Redner erklärt den Antrag Hirsch-Gutfleisch, den er für eine Verschlechterung hält, für völlig unannehmbar, die Regierung würde auf diesen Antrag nicht eingehen. Zum Schluß empfiehlt der Minister die Regierungsvorlage, welche Gleichberechtigung beiden Theilen gewähre, aber das Gemeinwohl vor Ausschreitungen schütze. Den Antrag Hitze bittet der Minister lieber bei anderer Gelegenheit aufzunehmen, jetzt würde derselbe die Verhandlungen erschweren.

Abg. v. Kleist-Retzow glaubt, daß durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes eine Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 nothwendig werde; auch die von Bebel angeführte Vermehrung der Strafurtheile aus dem § 153 ist dem Redner Beweis dafür, daß eine schärfere Gesetzgebung geboten sei; nachdem Redner resignirt gemeint, daß die Regierungsvorlage wohl abgelehnt und der bestehende Zustand aufrecht erhalten bleiben würde, wendet er sich doppelt lebhaft gegen den Antrag Hirsch-Gutfleisch, den er ganz im Sinne des Ministers als unannehmbar erklärt.

Abg. Hitze zieht die von ihm eingebrachte Resolution zurück, behält sich jedoch vor, bei geeigneter Veranlassung darauf zurück zu kommen.

Abg. Letocha macht längere juristische Ausführungen, in denen er den Hirsch-Gutfleisch'schen Antrag theilweise vertheidigt, andererseits auch sich geneigt erklärt, Erweiterungen des § 153 vorzunehmen; gegen die Festsetzung einer Minimalstrafe erklärt sich Redner; ebenso halte er es für unthunlich die Aufforderung zu einer an sich nicht strafbaren Handlung unter Strafe zu stellen. Der Redner kündigt einen Antrag für die zweite Berathung an, welcher die von ihm gewünschte Ausdehnung und Strafverschärfung für die Fälle von Kontraktbruch formuliren werde.

Abg. v. Stumm wendet sich zunächst gegen einige Aus-

führungen Bebel's; Redner steht der Regierungsvorlage sympathisch gegenüber; in dem Maße wie durch die Arbeiterschutz-Gesetzgebung die Autorität des Arbeitgebers geschwächt werde, müsse das Gesetz an die Stelle der Autorität der Arbeitgeber treten; die Vorwürfe Bebel's, daß eine Klassen-Gesetzgebung gemacht werde, müsse Redner zurückweisen, im Gegentheil, wenn man davon sprechen wolle, so könne man nur sagen, daß Klassengesetze für die Arbeiter erlassen werden; denn alle bisher beschlossenen Aenderungen bedeuten Nachtheile für die Unternehmerklasse. Die Festsetzung einer Minimalstrafe wünsche er ebenfalls nicht, der angekündigte Antrag Letocha erscheine ihm richtiger. Nach Ansicht des Redners müsse die von der Regierung gewünschte Ausdehnung, wobei er zunächst von der Strafhöhe absieht, eintreten; den Antrag Hirsch bekämpft der Abg. von Stumm sehr lebhaft und eingehend; derselbe schütze nicht das Koalitionsrecht, sondern er statuire den Koalitionszwang; das Recht der Unternehmer, sich zu koaliren, werde dadurch vernichtet. Der Redner verbreitet sich nun noch über französische und englische Zustände und meint, daß auch die englischen Arbeiter einem Zustand, wie der Antrag Hirsch ihn herstellen würde, nicht zustimmen würden, weil sie die Freiheit Anderer achten. Redner stimmt für die Regierungsvorlage, glaubt aber, daß auch bei Ablehnung derselben die Gewerbe-Ordnung gangbar bleiben wird. In zweiter Berathung denke er dem Antrag Letocha seine Zustimmung zu geben. Was aber auch aus den gestellten Anträgen werden möge, auf keinen Fall könne der Antrag Hirsch-Gutfleisch Gesetz werden, denn dieser liefere die Arbeiter mit gebundenen Händen der Sozialdemokratie aus, weil er den Koalitionszwang einführe und die Unternehmer rechtlos mache.

Abg. Dr. **Hartmann** beantragt einen Zusatz, wonach bei mildernden Umständen auf Gefängniß bis zu drei Monaten erkannt werden kann.

Abg. **Molkenbuhr** wendet sich gegen die ausgesprochenen Ansichten, daß die Korporativbewegung ein Ausfluß der Sozialdemokratie sei. Diese Bewegung sei ein Schutz der anständigen Unternehmer gegen die unanständigen. Die jetzige Gewerkschafts-Organisation sei gerade so nothwendig, wie die Zunft im Mittelalter. Die Koalitionsfreiheit existire nicht so lange man die Arbeiterorganisationen verfolge, aber die Unternehmerorganisationen schütze. Herr v. Stumm sei im Irrthum zu glauben, die Arbeiter könnten machen was sie wollten, sie seien stets aufs strengste polizeilich überwacht. Die Verrufserklärungen der Unternehmer blieben unbehelligt, die Arbeiter würden verfolgt. Es handle sich bei dem Paragraphen nicht um Arbeiter-, sondern um Unternehmerschutz, die ganze soziale Lage der Arbeiter werde durch Annahme des Paragraphen herabgedrückt. Der Paragraph werde nur ein Schutz für Lumpengesindel. Der Paragraph erzeugt nur Haß und die Regierung partizipire an diesem Haß. Die Massen suchen in den Verurtheilten nicht einen Verbrecher, sondern ein Opfer der Klassenjustiz.

Abg. Dr. **Hirsch** hält die vom Minister gegebenen Nachweisungen nicht für ausreichend, um die Ueberzeugung, daß es nicht nothwendig sei, die Aufforderung zum Kontraktbruch unter Strafe zu stellen, abzuschwächen. Bei der enormen Zahl der Arbeiter bewiesen die von dem Minister vorgelegten Zahlen nicht die Nothwendigkeit, Strafverschärfungen im § 153 vorzunehmen. Es handle sich bei der relativ hohen Zahl von Kontraktbruch um eine vorübergehende Erscheinung, für die man kein Gesetz zu machen hat. Der Redner vertheidigt in sehr eingehender Weise seinen Antrag und führt Beispiele an, wonach die Unternehmer sich strafbar machen, indem sie die Arbeiter zwingen, ihren Koalitionen und Vereinen zu entsagen. Nachdem Redner noch eine Lanze für die Gewerkvereine gebrochen, empfiehlt er seinen Antrag, der den sozialen Frieden fördern werde, man solle die Arbeiter durch Versagung des Rechtsschutzes nicht zu Sozialdemokraten machen. Auch die Preßfreiheit sei durch die Regierungsvorlage gefährdet, die Presse, welche ein Bild des öffentlichen Lebens sein soll, könne ihrer Aufgabe nicht nachkommen, wenn die Vorlage angenommen wird. Der Redner warnt dringend im Interesse der bestehenden Gesellschaftsordnung davor, die Vorlage anzunehmen.

Reg.-Kom. Geh. Rath **Hoffmann** findet, daß die Konsequenzen des Hirsch-Gutfleisch'schen Antrages weit über die Intentionen der Antragsteller hinausgehen; die Annahme des Antrages müsse zu Urtheilen führen, welche Dr. Hirsch gewiß nicht will; der Redner sucht an einigen Beispielen nachzuweisen, daß die Annahme des Antrages eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechts zur Folge haben werde; auch bei verwerflichen Verabredungen biete der Antrag Hirsch Schutz und der Redner warne dringend vor der Annahme desselben.

Abg. **Bebel** wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Hirsch bezüglich der Gewerkvereine; die Sozialdemokratie mache den Gewerkvereinen viele Mitglieder abspenstig, die Vereine aber haben kaum einen einzigen Sozialdemokraten für sich erobern können, daher käme es auch, daß die Gewerkvereine die Sozialdemokraten mit Verlust ihrer Kassenrechte aus ihren Vereinen ausgeschlossen haben; die ökonomische Entwicklung und mit ihr alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens, als auch die Gewerkvereine bereiten den Sozialdemokraten den Boden.

Der Redner geht nun auf die Ausführungen des Handelsministers ein, dem gegenüber er seine Behauptung, die Vorlage sei der Ausdruck der einseitigsten, gegen die Arbeiter gerichteten Klassengesetzgebung, in vollem Umfange aufrecht erhält; die Ausführungen des Handelsministers hätten nicht den geringsten Nachweis für die Nothwendigkeit der Vorlage gebracht; ebenso wenig die Ausführungen des Abg. Letocha, der als Richter ganz besonders verpflichtet gewesen wäre, nachzuweisen, daß der jetzige § 153 nicht ausreiche.

Selbst der Abg. v. Stumm, dem man doch gewiß auf diesem Gebiet weder Erfahrung absprechen, noch Sentimentalität zutrauen könne, hat erklärt, daß die jetzigen Bestimmungen allenfalls ausreichen, wenn die Regierung eine Untersuchung über die Ursachen des Kontraktbruches vorgenommen hätte, dann würde sie sicher gefunden haben, daß, wenn nicht in allen, so doch in unendlich vielen Fällen, die moralische Verantwortung für den Kontraktbruch die Unternehmer trifft. Hiernach liegt nicht der geringste Grund vor, die Strafbestimmungen zu verschärfen; der Eigenthumsfanatismus komme in der Vorlage zum schärfsten Ausdruck. Das heutige Eigenthum solle mit Strafbestimmungen geschützt werden, welche weit über die zum Schutz von Personen gesetzlich bestehenden Vorschriften hinausgehen.

Die Ansichten des Ministers, bezüglich der englischen Verhältnisse seien nicht zutreffend; aber selbst dort besteht — wenn man sich einmal auf den Regierungsstandpunkt stellen wolle — keine Möglichkeit, auf so hohe Strafe zu erkennen; das dort geltende Strafmaß besteht in 3 Monaten Gefängniß oder Geldstrafen bis zu 20 Pfund; die Regierung habe eine hochgradige Empfindung für den Schutz der Unternehmer, das bewiesen die Ausführungen des Ministers und des Geh. Raths Hoffmann, welche die Herren gegen den Antrag Hirsch-Gutfleisch gemacht haben; der Antrag Hirsch und der von Bebel u. Gen. böte soweit das möglich ist, eine Sicherheit gegen den Mißbrauch der sozialen Uebermacht der Unternehmer; der sozialdemokratische Antrag sei durchaus nothwendig, denn er allein böte genügende Sicherheit gegen die übermäßige Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft; Redner fordert nachdrücklich die Ablehnung der Regierungsvorlage, zu deren Annahme nicht nur kein Grund vorliegt, sondern die den permanenten Kampf schüren müsse, und empfiehlt den Antrag Hirsch-Gutfleisch sowie den sozialdemokratischen Antrag zur Annahme.

Abg. Dr. **Böttcher** hält die Ausführungen des Abg. Molkenbuhr für unzutreffend; die Beispiele, welche dieser angeführt hat, fallen nicht unter den Paragraphen; auch die Erörterungen des Abg. Bebel haben den Redner nicht wankend gemacht in der Ueberzeugung, daß die Aufforderung zum Kontraktbruch im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt unter Strafe gestellt werden muß; Redner glaubt aber, daß es bei den jetzigen Bestimmungen belassen werden kann und wird, in Erwartung des Antrags Letocha zunächst für das Amendement Dr. Hartmann stimmen.

Dem Grundgedanken des Antrages Hirsch stimmt der Redner zu, derselbe muß aber einen Zusatz bekommen, wonach die Inaussichtstellung der Kündigung keine Drohung ist; ohne einen solchen Zusatz kann dem Antrag nicht stattgegeben werden.

Abg. **Letocha** verwahrt die Richter dagegen, als ob dieselben einen dem Unternehmerthm günstigen Standpunkt einnehmen; das sei nicht der Fall, die Richter urtheilen objektiv; der Redner halte gerade im Interesse der Arbeiter, welche nicht streiken wollen, eine Strafverschärfung für nothwendig, deshalb habe er seinen Antrag in Aussicht gestellt. Redner stimmt für den Antrag Hirsch-Gutfleisch, aber gegen die Regierungsvorlage, während er in zweiter Berathung natürlich für seinen Antrag — den er für erschöpfender hält — stimmen wird.

Der Handelsminister berührt nochmals die von ihm vorgelegten Erhebungen. Derselbe wünscht ebenfalls eine genaue Untersuchung über die Ursachen der Arbeitseinstellungen, die, wie er hofft, durch die Vermehrung der Fabrikinspektoren sich ermöglichen lassen wird. Redner empfiehlt die Regierungsvorlage, welche nur aus dem Bedürfniß entstanden sei.

Abg. **von Stumm** behauptet, daß beim Kontraktbruch der Arbeiter eine besondere Garantie nothwendig sei, weil in allen anderen Fällen durch Konventionalstrafen Vorsorge getroffen werden kann; Redner sei auch nicht der Ansicht, daß die Regierungsvorlage abzulehnen ist, er glaubt nur, daß allenfalls auch der bestehende Zustand ausreichende Garantien bietet.

Abg. **Hitze** erklärt gegen die Regierungsvorlage stimmen zu wollen, kann auch den Antrag Hirsch nicht annehmen, nach den Bedenken, die dagegen geltend gemacht sind.

Abg. **Singer**: Der Antrag Letocha gehe von der irrigen Ansicht aus, daß andere Strafgesetz-Paragraphen in Anwendung nicht kommen könnten, das sei irrig; er erinnere nur an den Nöthigungsparagraphen. Auch werde der Richter, wenn das Strafmaß erhöht werde, im Allgemeinen zu höheren Verurtheilungen kommen. Im Uebrigen werde er für den abgeänderten Antrag Hirsch stimmen. Wenn Abg. Letocha drei Monate Gefängniß für eine zu niedrige Strafe hält, so läge das wohl daran, daß Herr Letocha noch nicht eine solche Strafe erlitten hat. Was es für eine Familie heißt, den Ernährer für eine an sich doch nicht unmoralische That auf drei Monat entbehren zu müssen, darüber sollte sich der Abgeordnete Letocha einmal bei den oberschlesischen Bergarbeitern erkundigen; es sei kein Vorwurf für die Richter, wenn er sage, in dem Maße, wie das Strafmaximum erhöht wird, in demselben Maße steigen die Strafen überhaupt, und so werde der Erfolg des Antrages Letocha dahin führen, ganz allgemein auf Grund des § 153 höhere Strafen herbeizuführen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen nimmt der Referent Abg. Dr. **Hartmann** das Wort, um gegen die Bebel'schen Ausführungen zu polemisiren; Bebel hätte übertrieben, auch die Behauptungen bezüglich der Rechtsprechung sächsischer Gerichte müsse er zurückweisen; der Redner empfiehlt seinen Antrag, der dem Richter gestatte, mildernde Umstände und dementsprechende Strafermäßigung anzunehmen; mit diesem Amendement aber müsse er die Annahme der Regierungsvorlage empfehlen, da es sich um die Bekämpfung von Zuständen handle, welche weite Kreise der Bevölkerung schwer schädigen, und das öffentliche Rechtsbewußtsein verwirren und entsittlichend beeinflussen; im Gegensatz zu dem Referenten für die Petitionen giebt der Abg. Dr. Hartmann Kenntniß von den aus Unternehmerkreisen eingegangenen Petitionen, welche allesammt die Annahme der Regierungsvorlage bezüglich des § 153 verlangen; der Referent empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage mit seinem Amendement, während er den Antrag Bebel und Genossen und Dr. Hirsch in seinem zweiten Theile abzulehnen erbittet.

Der Korreferent Abg. Dr. **Gutfleisch** theilt mit, daß aus Arbeiterkreisen gegen die Verschärfung des § 153 Eingaben an den Reichstag eingegangen sind; die Bedenken, welche er gegen die Regierungsvorlage habe, seien durch die Debatte nicht behoben; die in Frage stehenden Delikte entständen doch nicht aus gemeinen Motiven, und um deswegen empfehle es sich nicht, so hohe Strafen zu statuiren; die Bezugnahme auf § 110 des Strafgesetzes seitens des Referenten sei nicht zutreffend. Der Kontraktbruch kann nicht mit dem Strafrecht, sondern muß mit dem Zivilrecht verfolgt werden; der Redner bittet seinen und des Abg. Hirsch Antrag anzunehmen, dagegen die Regierungsvorlage abzulehnen; Kontraktbruch kommt bei Arbeitern nicht öfter vor, als bei den anderen Bevölkerungsklassen; ein Erfolg seines Antrags werde darin liegen, daß der Begriff „Drohungen" definirt werden müsse, dies könne in zweiter Berathung geschehen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bebel und Genossen gegen 3 Stimmen abgelehnt; der Antrag Hirsch-Gutfleisch in seinem zweiten Theile abgelehnt; unter den Gegnern desselben befindet sich der **Volksparteiler Hähnle**; der ganze Antrag Hirsch wird gegen 9 Stimmen abgelehnt; hierauf wird die Regierungsvorlage mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt und damit bleibt der jetzige § 153 in Kraft.

Die Berathung wendet sich zum Artikel 6 der Vorlage; derselbe bestimmt, daß die Befugnisse der Polizeibehörden, in Betrieben, welche unter Reichs- und Staatsverwaltung stehen, den vorgesetzten Dienstbehörden übertragen werden.

Die Abgg. **Hitze** und Dr. **Hirsch** haben Bedenken dagegen, die Reichs- und Staatsbetriebe der Aufsicht der Fabrikinspektoren zu entziehen.

Abg. **Schmidt** wünscht ebenfalls, daß die Aufsichtsbeamten mit der Inspektion dieser Betriebe betraut werden, schon um deswegen, weil, wenn es sich um Musteranstalten handelt, dies für die Aufsichtsbeamten sehr instruktiv sein würde; auch andere Vorkommnisse im Staatsbetrieb lassen es wünschenswerth erscheinen, den Aufsichtsbeamten das Recht, Anordnungen zu treffen, zu gewähren.

Der Handelsminister vertheidigt die Regierungsvorlage; es sei zu vermeiden, daß verschiedene Beamte in den staatlichen Betrieben Anordnungen treffen; das könne zu Kollisionen führen.

Abg. v. **Kleist-Retzow** will in Rücksicht auf die ministerielle Ausführung für den Artikel stimmen, macht jedoch darauf aufmerksam, daß sich manche Schwierigkeiten daraus ergeben können. Nach längerer Diskussion wird der Artikel 6 der Regierungsvorlage angenommen, dabei aber den Aufsichtsbeamten das Recht, Anordnungen zu erlassen, gewahrt.

Artikel 7, Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes und Uebergangsbestimmungen, wird bis zur zweiten Berathung zurückgestellt.

Hiermit ist die erste Lesung beendet; es soll eine Pause eintreten bis zum 1. Dezember, um inzwischen einer aus Vertretern aller Parteien bestehenden Kommission Gelegenheit zu geben, vielleicht eine Einigung über verschiedene Differenzen herbeizuführen.

Abg. **Singer** kann prinzipiell dem Vorschlage nicht zustimmen; für sich und seine Freunde lehnt er es ab, an solcher Kompromißarbeit theilzunehmen. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte wird beschlossen, die nächste Sitzung am Montag, den 1. Dezember, Vormittags 10 Uhr, zu halten.

* * *

In den Verhandlungen über den § 153 der Gewerbeordnung hatte der Abgeordnete Bebel unter anderem auch eine scharfe Kritik an der Rechtsprechung der sächsischen Gerichte einschließlich des Oberlandesgerichts geübt, insofern diese Gerichte den Boykott, von Arbeitern begangen, als groben Unfug bestrafe, das gleiche Vergehen der Unternehmer gegen die Arbeiter aber gänzlich unbeachtet ließen, auch wenn die Thatsachen durch die Presse öffentlich bekannt geworden und damit auch zur Kenntniß der Staatsanwaltschaften gekommen seien. Daß letzteres der Fall sei, dafür hatte Bebel angeführt, daß die Staatsanwälte den Inhalt der sozialdemokratischen Presse genau verfolgten und von den dort veröffentlichten Kritiken Kenntniß erlangten. Außerdem habe die gesammte gegnerische Presse von jenen Koalitionsbestrebungen der Unternehmer gegen die Arbeiter mit Genugthuung Kenntniß genommen und Berichte hierüber erstattet.

Der Abgeordnete Dr. Hartmann, bekanntlich Oberstaatsanwalt im Plauen'schen, behauptete den Anklagen Bebel's gegenüber, daß die Staatsanwälte so mit Arbeiten überhäuft seien, daß sie von jenen Vorgängen in der Presse keine Kenntniß erlangt hätten. Sei man aber der gegentheiligen Meinung, **so möge man den Beschwerdeweg gegen die Staatsanwälte betreten, nöthigenfalls bis ans Ober-Landesgericht, dann werde sich zeigen, daß auch die Unternehmer nicht ungestraft den Boykott verhängen könnten.**

Wir rathen unsern sächsischen Parteigenossen, diesen Winken des Abg. Dr. Hartmann zu beachten und ihm nachzukommen; man wird ja sehen, ob Dr. Hartmann Recht hat. Im Reichstag kommt das Verhalten der sächsischen Staatsanwälte und Gerichte sicher noch zur Sprache. Angeführt sei, **daß bisher kein deutsches Gericht, außer den sächsischen, sich fand, das in einem Boykott groben Unfug entdeckte und ihn als solchen bestrafte.** Auch hat in der gestrigen Sitzung der Arbeiterschutzgesetz-Kommission der preußische Handelsminister Ansichten über den Boykott entwickelt, die mit den Anschauungen der sächsischen Gerichte sehr schwer in Einklang zu bringen sind.

Briefkasten der Redaktion.

F. F. Greiz. Wir können derartige Abrechnungen nicht im redaktionellen Theil veröffentlichen. Senden Sie Ihre Abrechnung noch einmal an die Expedition. Ihre Briefmarken sind dort ebenfalls deponirt.

Ph. J., Wiesbaden. Wir bedauern Ihnen hierüber keine Auskunft ertheilen zu können.

Nr. 100 F. L. Wenn Ihnen im Kontrakte Mitbenutzung des Waschhauses gewährt, ein solches aber im Hause nicht vorhanden ist, und Ihnen auch auf Erfordern vom Wirth nicht geeignete Waschgelegenheit geboten wird, so können Sie die Wäsche anderweit waschen oder waschen lassen und den Wirth auf Ersatz des dafür Gezahlten verklagen. Den Betrag von der Miethe abzuziehen, rathen wir aber nicht. Auch sind Sie nicht berechtigt, deshalb auszuziehen.

Zwei Streitende. Es bestehen keinerlei gesetzliche Vorschriften über die Berechtigung zur Führung des Meistertitels. Wer ein selbstständiges Gewerbe betreibt, ohne dasselbe angemeldet, begeht eine Gewerbe-Kontravention, ob er sich nun Meister nennt oder nicht.

C. L., Oranienbrücke. 1. Lassen Sie die Versicherungspolize auf Ihren Namen schreiben und sich ferner über die an Ihre Verwandte oder für dieselbe gezahlten Beträge jedes Mal Quittung geben. Dann kann Ihnen das Sterbegeld nicht abgenommen werden. 2. Sie können nur die 3 M. verlangen. Denn außer diesem Betrage verschuldeten Sie noch die Gerichts- und Zustellungskosten für den Zahlungsbefehl. Die Kasse war also berechtigt, auch nachdem Sie die 3 M. gezahlt hatten, wegen der entstandenen Kosten Ihnen den Gerichtsvollzieher zu schicken. Die Pfändungskosten aber sind die gleichen, ob es sich nun um 1 oder um 4 M. handelte.

A. S. 100. Nach § 4 des preußischen Vereinsgesetzes muß den eine Versammlung überwachenden Polizeibeamten ein angemessener Platz, d. h. also ein solcher eingeräumt werden, von dem sie die Versammlung überblicken und sich Notizen machen können; dazu gehört Tisch und Stuhl.

E. T. Man kann gleichzeitig in mehreren Orts-Krankenkassen sein. Jedoch darf das gesammte Krankengeld den täglichen Arbeitsverdienst nicht übersteigen.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 272. Freitag, den 21. November 1890. 7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung am 20. November, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Caprivi, v. Bötticher, von Goßler, Miquel, Herrfurth, v. Heyden und Kommissarien.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Entwurfs eines Einkommensteuer- und Erbschaftssteuer-Gesetzes. Die Besprechung über beide Theile wird getrennt erfolgen.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Die Grundlinien des Gesetzes sind schon bekannt, es erübrigen nur wenige Erläuterungen. Der Minister betont, daß er schon vortreffliche Vorarbeiten vorgefunden habe, und dankt seinem Vorgänger, sowie dem General-Steuerdirektor Burghardt und sämmtlichen Beamten für die bewiesene Sorgfalt und Arbeit. Die gemeinsame Vorlage der innerlich zusammenhängenden Entwürfe werde das Verständniß für dieselben im Lande erleichtern. Die Reform sei infolge der begründeten Beschwerden nöthig gewesen, namentlich sei die Ungleichheit der Besteuerung mehr als die Höhe derselben mit Recht beklagt worden, da gerade die kleinen und mittleren Vermögen zu Gunsten der größeren zu stark belastet seien. Abhilfe sei möglich, also auch eine Pflicht der gesetzgeberischen Faktoren, und die Grundlagen des Steuersystems könnten trotzdem die alten bleiben. Daß der neue Entwurf diesem Grundsatze gerecht werde, beweise die Entwicklung unseres Steuersystems seit 1820. Daß die Entwicklung der Verhältnisse Aenderungen nach und nach begründet habe, könne hierbei nicht in Betracht kommen. Die Ungleichheit der Vertheilung zeige sich aber auch darin, daß die Staatssteuer mehr und mehr den Charakter der Personalsteuer annehme, ohne Rücksicht auf die Quelle des Einkommens. Ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege sei unmöglich. Wie soll aber die weitere Gestaltung der Objektsteuer vor sich gehen? Wir sind uns darüber einig, daß die Grund- und Gebäudesteuer möglichst ganz zur Kommunalsteuer gemacht werden muß. (Sehr gut!) Wir sind nicht in der Lage, das Staatseinkommen allein auf die Einkommensteuer zu basiren, aber wir können wenigstens einen Schritt in dieser Richtung thun, der für die Zukunft ein Fortschreiten ermöglicht. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden sei dieser erste Schritt. Die Gewerbesteuer mit ihrem Satze von 10 pCt. komme nicht in Betracht, obwohl sie auch eine Objektsteuer sei. Eine Revision der Grundsteuer sei unmöglich, schon der Kosten wegen, darum empfehle sich die Ueberweisung an die Gemeinden, ihrem ganzen Wesen nach eigne sie sich auch viel mehr als Kommunalsteuer. Die Regierung habe eigentlich zugleich mit dem vorliegenden Entwurfe dies ausführen wollen, habe aber aus finanziellen Gründen vorläufig davon abgesehen, denn ohne Ersatz könne der Staat auf diese sichere Einnahme nicht verzichten. Der Endabschluß des letzten Jahres weist einen Ueberschuß von 97 Millionen auf und mußte zur Schuldentilgung verwandt werden. Man dürfe aber nicht dauernd auf solche hohen Ueberschüsse rechnen. Die Quelle dieser Ueberschüsse werde nicht beständig so reichlich fließen. (Der Minister giebt eine zahlenmäßige Uebersicht über die einzelnen Posten.) Die Annahme, daß wir im Gelde schwömmen, sein ungerechtfertigt, ein Rückblick auf die letzten 8 Jahre beweise dies. In dieser Zeit sind an Schulden getilgt 391 Millionen, während die gesammte Staatsschuld 5 Milliarden 800 Millionen beträgt. (Bewegung) Dies klingt schlimmer, als es ist, da das Staatsvermögen dem gegenübersteht. Trotz alledem gehe der Segen der Eisenbahn-Verstaatlichung deutlich aus dieser Schuldentilgung hervor, welche ohne dieselbe nicht möglich gewesen sei. Durchschnittlich stellt sich in diesen 8 Jahren der Tilgungssatz also nur auf etwas über 1 pCt. Das Jahr 1889 mit seinen mehr als 3 pCt. ist nur eine Ausnahme und darf nicht zu optimistischer Beurtheilung berechtigen. Auch die Rücksicht auf das Reich nöthige uns zur Vorsicht; für die Bedürfnisse desselben trugen wir mindestens zwei Fünftel bei. Wenn der Staat also keine Vermehrung der direkten Steuern erstrebe, so könne er auch keine Verminderung vertragen. Ueber die Ergebnisse der Steuerreform kennen wir bis jetzt nur die Mindererträge aus den Steuererleichterungen, über die zu erwartenden Mehreinnahmen sei keine Annahme sicher und zulässig. Bis zur Entscheidung müsse also mit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer gewartet werden. Die Regierung werde jedenfalls die größtmöglichsten Garantien geben. (Bravo!) Auf Einzelheiten werde er (der Minister) heute natürlich nicht eingehen. Wenn man gemeint habe, daß eine Reform der Kommunalsteuer viel nothwendiger sei, so müsse er bemerken, daß eine Reform der Staatssteuer unter allen Umständen vorausgehen müsse. (Sehr richtig! links.) Neue Objektsteuern seien nicht beabsichtigt, daher könne die Kapitalrentensteuer — so berechtigt sie auch sein möge — nicht eingeführt werden. Mit den bisher beabsichtigten Reformen werde die Unzufriedenheit über ungleiche Besteuerung verschwinden. Ueber den Deklarationszwang bemerkt der Minister, derselbe sei schon im Jahre 1847 angeregt und mit Wohlwollen begrüßt worden, mit nur geringer Majorität wurde er abgelehnt. Zwei Jahre darauf lehnte die Erste Kammer den abgeschwächten Entwurf gleichfalls ab, welchen die Zweite Kammer angenommen hatte. Später verschwand der Plan vollständig. Der preußische Bürger werde, wenn er auf Ehre und Gewissen gefragt werde, in der Regel die Wahrheit sagen, bei dem jetzigen System brauche man nur zu schweigen, und das werde nicht als Sünde betrachtet. Wir seien hinter den meisten deutschen Staaten zurück, welche fast sämmtlich die Deklarationspflicht mit bestem Erfolge eingeführt hätten. Jede mögliche Milderung sei im Gesetze vorgesehen, soweit die Sache nicht dadurch berührt werde; wenn eine Schätzung nicht möglich sei, genüge die Mittheilung der Voraussetzungen an die Behörde, welche dann schon selbst die Schätzung vornehmen werde. Seit vierzig Jahren kennen wir die Mängel unseres bisherigen Einschätzungs-Verfahrens, da sei eine Abhilfe doch gewiß berechtigt. Gegenüber der Art der Deklarationspflicht anderer Staaten müsse man zugeben, daß die Regierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurfe nicht zu viel verlange. Der Minister verbreitet sich des weiteren über die Art der Einschätzungs- und Veranlagungs-Kommissionen; daß die Landräthe denselben vorsitzen sollten, sei natürlich, denn wer solle es sonst thun? In einzelnen Fällen würden allerdings die Landräthe entlastet werden müssen, aber jedenfalls habe die Regierung keine Veranlassung, mit der bisherigen Gesetzgebung zu brechen, schon der Gleichmäßigkeit der Veranlagung wegen. Die Frage der Berufsinstanzen sei so praktisch erledigt, daß die Klagen wesentlich vermindert werden würden. Was die bisherige Steuerfreiheit der Standesherren betrifft, so werde dieselbe von der Regierung als ein Privileg betrachtet, welches nur gegen Entschädigung aufgehoben werden könne. Bis zum Jahre 1894 werde es gelingen, die Frage dieser Entschädigung zu regeln. Schwieriger sei die Frage der Besteuerung der Aktien- und Kommandit-Gesellschaften. Die Gründe für und gegen kenne er, von einer Doppelbesteuerung könne nicht die Rede sein; manche deutschen Staaten besteuerten solche Gesellschaften bis zum vollen Betrage, gingen also viel weiter als wir. Er hoffe, daß eine Verständigung auch über diesen Punkt erzielt werden würde. In Betreff des Steuertarifs betont der Minister die Erleichterung, die in der Unterscheidung zwischen kinderlosen und kinderreichen Leuten liege, auch die kleinen Stufen zwischen der Höhe der einzelnen Einkommen sei eine erhebliche Milderung. — Die Einkommensteuer könne nun aber nicht ohne die Erbschaftssteuer verstanden werden, welche freilich vielfach auf Abneigung stoße. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben aber doch schon eine Erbschaftssteuer, und die etwas größere Ausdehnung derselben sei doch nicht so ungeheuerlich! Auch bilde diese Steuer eine wesentliche Handhabe zur richtigen Besteuerung des Einkommens, so daß eine Lostrennung sehr tief in das Wesen der Steuerreform einschneiden und diese schädigen werde. Was endlich die Gewerbesteuer betrifft, so wolle die Regierung damit keine einseitige Sozialpolitik treiben, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit üben, hierzu sei die Reform der Gewerbesteuer dringend nöthig und nicht länger zu umgehen. Die früheren Gesetze seien durch zu gründliche Durchberathung von Einzelfragen erschwert worden, man möge über denselben nicht das Ganze vergessen. Er hoffe, daß das Haus in diesem Sinne die Berathung behandeln und zu einem gedeihlichen Ende führen werde. (Bravo!)

Abg. Dr. **Reichensperger** (Zentr.) — bei großer Unruhe des Hauses auf der Tribüne kaum verständlich — erklärt, nur in seinem Namen zu sprechen. Redner bemängelt die Besteuerung der Aktien-Gesellschaften und wünscht, daß das aus persönlicher Arbeitsthätigkeit entspringende Einkommen geringer besteuert wird, als das aus Kapitalbesitz stammende. (Die Ausführungen im Einzelnen sind auf der Tribüne in ihrem Zusammenhange nicht verständlich.) Die Bestimmung, daß bei einem Einkommen unter 3000 M. für jedes minderjährige Kind 50 M. von dem steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden solle, habe gar keine Bedeutung, wenn man bei einem Einkommen von etwa 2700 M. nicht mindestens 6 Kinder habe, von einer Erleichterung könne also nur in seltenen Fällen die Rede sein. Der Deklarationstwang in der beabsichtigten Form werde die Staatsfinanzen mehr schädigen als heben. Ferner sei es in höchstem Grade bedauerlich, daß die Steuerfreiheit mit einem Einkommen von 900 M. schon aufhöre, man hätte mindestens bis 1200 M. gehen müssen, jedenfalls sei es unbegreiflich, wie man hierbei von einer Verbesserung reden könne. Die Einschätzungsweise, wie sie bisher bestanden, sei allerdings gleichfalls in hohem Grade bedenklich gewesen, und das Beispiel von Bochum beweise, daß man das Einkommen häufig nicht habe treffen wollen, indessen würden dieselben Uebelstände nur in verstärktem Maßstabe bei dem neuen Verfahren bestehen bleiben, da es genug Mittel und Wege zulasse, das Einkommen zu verschweigen, ohne Gefahr zu laufen, der Strafe zu verfallen. Die in entfernte Aussicht gestellte Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer werde gar nichts helfen, so lange die Kommunen in der bisherigen Weise für Luxusbauten und dergleichen ihr Geld verschleuderten.

Abg. **v. Rauchhaupt** (kons.) erklärt, daß seine Partei trotz allen Undankes redlich mitgearbeitet habe, die Steuerreform durchzuführen; das besagt schon ihr Steuerprogramm. Unser betreffender Rechenschafts-Bericht scheint von dem Verfasser der Motive zu diesem Gesetzentwurf sogar benutzt worden zu sein, so sehr decken sich die beide in ihren Grundsätzen. Damals trat das Haus unserem Antrage nicht bei, dann folgte die mühselige Kommissionsarbeit mehrerer Jahre, heute ernten wir den Lohn für unsere Arbeit. An Hülfe und Mitarbeit werden wir es auch jetzt nicht fehlen lassen und wenn wir auch in kleineren Punkten abweichen, sind wir doch in den Grundzügen mit der Regierung einig. Die Deklarationspflicht hat allerdings ihre Bedenken, ist aber immer noch das beste System; versucht muß es jedenfalls werden. Der Vorredner sieht wohl zu schwarz betreffs der Folgen des Deklarationszwanges, die Verhältnisse sind bisher nicht so verlockend gewesen, um die Beibehaltung des bisherigen Systems besonders zu rechtfertigen. (Redner verliest aus einer Broschüre einige bezeichnende Stellen.) Allerdings genügt die Deklaration allein nicht, wenigstens in der Zeit wird die Einschätzungs-Kommission in Thätigkeit bleiben müssen, um Mißstände zu vermeiden.

Abg. **Rickert** (dfr.): Ich erkenne dem Finanzminister ohne Weiteres an, daß die Reform der direkten Steuern in Preußen eine dringliche ist. Sie ist seit einer Reihe von Jahren vom Abgeordnetenhause verlangt worden, und obwohl alle Parteien bereitwilligst mitgearbeitet haben, ist ein erhebliches Resultat bisher nicht zu Stande gekommen. Die Landgemeinde-Ordnung war noch dringlicher. Wir haben das feierliche Versprechen der Regierung von 1869, daß die Voraussetzung, von welcher die ganze linke Seite des Hauses ausging, als sie die Kreisordnung beschloß, nämlich, daß die Landgemeinde-Ordnung unmittelbar darauf folgen würde, zur Wahrheit werden würde. Sie wissen, in welcher Weise die Gesetzgebung in Preußen im letzten Jahre versumpfte. Sie brauchen nur an die Vorgänge im Herrenhause mit Geheimrath Rommel zu denken, und an Herrn v. Puttkamer, der das Bedürfniß einer Landgemeinde-Ordnung überhaupt verneinte. Daß das Schulgesetz von Dringlichkeit ist, hat man uns schon vor 40 Jahren gesagt. Kein einziger Minister hat eine derart weitgehende Vollmacht, eine Verfügung über derartige große unkontrolirbare Pauschquanta, wie der Kultusminister. Deshalb ist das Schulgesetz dringend nothwendig; freilich das konnten wir uns nicht denken, daß das Schulgesetz, welches die Regierung jetzt vorlegt, sich lediglich darauf beschränken würde, diese weitgehende Vollmacht der Schulverwaltung auf die Dauer zu verlängern und zu verstärken. Wir werden an allen Gesetzen mitarbeiten nach dem Programme des Herrn Ministerpräsidenten, welcher die Liebe zum Vaterlande, das sich Heimischfühlen im Vaterlande hier ins Feld geführt hat. Wir akzeptiren dieses Programm, werden uns aber nicht der Verpflichtung entziehen können zu prüfen, in wie weit die Vorlagen der Staatsregierung geeignet sind, diese Liebe zum Vaterlande, dieses sich Heimischfühlen herbeizuführen.

Eins der wichtigsten Hilfsmittel für die Gesetzgebung ist eine zuverlässige Einkommensteuer-Statistik. Eine solche giebt einen Einblick in die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates und seiner einzelnen Glieder. Manche Utopien, manche Irrthümer würden beseitigt werden können. Je größer aber die Schwierigkeiten sind für die Einführung einer solchen Selbsteinschätzung, um so vorsichtiger muß die Gesetzgebung dabei sein und namentlich in dem einen Punkte. Man soll allerdings das Gewissen der einzelnen Censiten schärfen, daß das Steuerzahlen eine der ersten Pflichten ist, aber man soll auch das Gewissen der maßgebenden Faktoren schärfen, daß das Gesammteinkommen aus den Steuern mit peinlichster Sorgfalt verwaltet und verwendet wird, und daß kein Jahr nur ein Heller mehr eingenommen und ausgegeben wird, als nöthig ist. Dazu ist aber die Mitwirkung der Volksvertretung bei der Steuerbewilligung durchaus nöthig. Die preußische Regierung verweigert aber der Volksvertretung, was der kleinste Staat der Seinigen gewährt, das Recht der Steuerbewilligung, obwohl seit Dezennien alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen erklärt haben, im Interesse einer geordneten Finanzwirthschaft ist die Quotisirung der Einkommensteuer nothwendig. Der gegenwärtige Finanzminister hat im Reichstage selbst gesagt, daß eine solche Quotisirung nothwendig sei. Es ist mir absolut unbegreiflich, warum die Regierung sich weigert, dieses Recht za gewähren. Dieser Mangel eines beweglichen Faktors gerade war es, der allein die Schuld trug, daß die preußische Steuerreform zurückblieb.

Die Entlastung ist bei der Klassensteuer minimal. Der Ausfall wird im ganzen 1 200 000 M. betragen. Er wird aber reichlich aufgehoben durch die strengere Einschätzung; es kommt aber sogar ein Plus heraus. Auch die mittleren Einkommen sind zu hoch besteuert. Man glaubt, die Leute mit Einkommen über 3000 M. sind äußerst wohlhabend, aber gerade diese Familien, meistens Beamtenfamilien, haben durch die Lebensmittel-Theuerung viel zu leiden gehabt. Hier muß die bessernde Hand angelegt werden. Auch mit der Skala bin ich nicht ganz einverstanden, ich halte die Zwischenräume für zu klein. Es ist oft ganz unmöglich, das Einkommen so genau abzuschätzen. Die Regierung wird sich die Einführung der Selbstdeklaration bedeutend erleichtern, wenn sie größere Zwischenräume, namentlich bei den größeren Einkommen festsetzt: es wird auch wesentlich zur Beruhigung der Zensiten dienen. Ich halte bei dieser Gelegenheit auch eine Veränderung des Wahlrechts für unerläßlich. Wir müssen dahin dringen, daß das Reichstags-Wahlrecht auch für die Wahlen zum preußischen Landtag gilt. (Widerspruch rechts.) Für die Dauer sind derartige Wahlrechte neben einander unhaltbar. Jedenfalls aber müssen wir dafür sorgen, daß eine Verkümmerung des Wahlrechts der wenig vermögenden Klassen nicht stattfindet. Wir haben hier ein Mittel in der Hand, die Verschiebungen, welche früher stattgefunden haben, wett zu machen, damit eine größere Anzahl von Wählern in die zweite und eine geringere in die dritte Abtheilung kommt.

Was die Reichsunmittelbaren angeht, so meine ich, daß in Verfassungsstaaten derartige Privilegien nicht bestehen dürfen. Die Herren hätten schon längst auf ihr privilegium odiosum verzichten sollen, für das ein Rechtsanspruch nicht vorhanden ist. Eine Entschädigung für die Aufhebung des Privilegiums zu geben, liegt kein Grund vor, man würde damit das Volksgefühl verletzen. Ich bin überzeugt, daß die Herren es gar nicht annehmen würden, wie denn sogar sich bereits Freiwillige zur Besteuerung gemeldet haben.

Für den Erfolg der Vorlage ist die Art der Veranlagung von großer Bedeutung. Bei Fehlgriffen der betreffenden Behörde wird das Gesetz nicht populär werden können. Ich habe auch das Vertrauen, daß die deutschen Zensiten ihrer Pflicht gemäß sich richtig einschätzen werden, und meine überhaupt, daß die ganze Durchführung des Gesetzes von der bereitwilligen Mitwirkung der Zensiten abhängt. Aber das hier vorgeschlagene Verfahren hat in der That eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Strafprozeß. Der Zensit erscheint wie ein Angeklagter. Ich verlange nicht, daß man sanft mit denjenigen, die sich einer dolosen Hinterziehung schuldig gemacht, umgehe, aber ein derartiges Inquisitionsverfahren halte ich nicht für gerechtfertigt. Man kann doch unmöglich der Behörde das Recht zugestehen, einfach die Angaben der Zensiten zu ignoriren. Um so weniger ist ein so weitgehendes Recht zuzulassen, als die Kommissionen durchaus noch nicht die nöthige Schulung haben, mit den Zensiten in richtiger Weise umzugehen. Ebenso bedenklich sind die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Einschätzungskommission. Es ist ganz undenkbar, daß man der Regierung zugestehen soll, die Hälfte der Mitglieder der Kommission nach Belieben zu ernennen.

Ganz unerklärlich ist es mir, warum Herr v. Rauchhaupt den Landrath bei der Einschätzung haben will. Wie soll er die Arbeit bei der Masse der Geschäfte bewältigen? Neben dem Staatskommissar würde er eine sehr unselige Figur spielen. Dazu kommt, daß der Landrath ein politischer Beamter ist, wir aber wollen unpolitische Beamte haben. Nehmen Sie ihm dieses Odium. Nun sagt der Finanzminister, wir haben keine Beamten. Sie brauchen gar keine Beamten, Sie können ja andere Leute nehmen. Im Uebrigen glaube ich, die Fähigkeit, Beamte zu finden, wird die Regierung hier wie anderwärts auch sehr gut bewähren. In den Motiven heißt es, die Regierung verlangt eine gründliche Vorbereitung zur Veranlagung durch gut geschulte Beamte, die ihre Kräfte möglichst allein darauf verwenden können. Das kann doch nicht der Landrath sein, der hat doch andere Dinge zu thun.

Wir werden den Reformen nur dann freundlich gegenüberstehen, wenn die konstitutionellen Bedingungen erfüllt werden, daß bei einer Finanzlage wie der heutigen, kein Pfennig mehr bewilligt wird, denn das wäre das Unverantwortlichste von allem. Wenn wir mehr Geld von den Steuerzahlern erheben würden, als unbedingt erforderlich ist, die Tendenz der Vorschläge, die Schwachen zu entlasten, erkennen wir aufs Wärmste an, aber die einzig wirksame Finanzpolitik zur Durchführung einer wirklichen Entlastung sehen wir nur in der Aufhebung der Lebensmittelzölle, in einer Aenderung der seit 1879 inaugurirten Wirthschaftspolitik. Wir sind ganz einverstanden mit dem Ministerpräsidenten, wenn er meinte, die Schäden müßten von innen heraus geheilt werden. Es kommt darauf an, daß alle Glieder des Staates von der Ueberzeugung getragen werden, daß Gerechtigkeit besteht und namentlich auch in der Besteuerung, daß Raum sei für eine jede ehrliche Ueberzeugung, zu wirken für das Wohl des Staates. Die Tage der alten, verbrauchten Staatsweisheit, die nur mit Diplomatie, Polizei, Bureaukratie und Bevormundung auszukommen wußte, sie sind vorüber und können nimmermehr wiederkehren. Wir acceptiren das Programm, das der Ministerpräsident aufgestellt hat, daß die Gesetze derartig gestaltet sein sollen, daß sich die Liebe der Staatsangehörigen zu dem Staatswesen befestige, kräftige und belebe. Dazu gehört auch eine Steuergesetzgebung, welche die Zufriedenheit im Lande, welche das Bewußtsein hervorruft, daß ausgleichende Gerechtigkeit herrscht. Der frühere Reichskanzler hat uns einmal vorgeworfen, daß die Opposition ein Bedürfniß nach Unzufriedenheit habe. Noch niemals ist eine so ungerechte Anklage gegen die Opposition erhoben (Widerspruch rechts), wie diese. Wenn wir einen Bedarf an Unzufriedenheit hätten, dann hätten wir nicht gewarnt vor jener Zoll- und Steuerpolitik, vor anderen. Maßregeln, von denen sich schon herausgestellt hat, daß sie nicht zum Heil des Vaterlandes dienen. (Unruhe rechts.) Wir leugnen jedes Bedürfniß nach Unzufriedenheit. Allein das Bedürfniß haben wir, unsere Pflichten als Volksvertreter ernst zu nehmen und die Vorlagen daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sind, die Liebe zum Vaterland zu kräftigen. Diesem Programm werden wir treu bleiben, wie man auch über uns denken möge. Wir streiten nicht mit Ihnen, ob alter oder neuer Kurs — das sind für uns gleichgiltige Redensarten. Wir sind bereit mitzugehen, wenn Sie vorwärts gehen, rückwärts nicht einen Schritt. (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 20. November.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gelangen zunächst die beiden dringlichen Anträge zur Berathung, die wir gestern mitgetheilt haben. Der erste von den Stadtverordneten Hellriegel und Genossen eingebrachte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, Herrn Professor Dr. Robert Koch das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen und den Magistrat zu ersuchen, diesem Antrage beizutreten. Wir bitten um Verhandlung in öffentlicher Sitzung."

Stadtv. Hermes: Die höchste Auszeichnung, welche die Stadt zu verleihen hat, das Ehrenbürgerrecht, soll, so will es der Antrag, unserm großen Mitbürger, dem Professor Koch, verliehen werden. Die Augen der ganzen Welt sind auf den Forscher gerichtet, der den Wohlthätern der Menschheit zuzurechnen ist. Wir ehren uns nur selbst, wenn wir ihn ehren. (Beifall.)

Stadtrath Straßmann glaubt versichern zu dürfen, daß der Magistrat dem Antrage sich anschließen werde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der zweite von den Stadtv. Meyer I und Genossen eingebrachte Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, dem um die Menschheit und vorzugsweise um unsere Stadt hochverdienten Forscher Herrn Professor Dr. Robert Koch zur Fertigstellung der ihm vom Staat zugesicherten Klinik diejenigen Räume, deren er zur Förderung seiner neuesten Entdeckung bedarf, möglichst sofort zur Verfügung zu stellen und den bezüglich der Aufnahme von Kranken und sonst von ihm etwa zu stellenden Bedingungen ohne Rücksicht auf die bisherige Verwaltungspraxis des Magistrats stattzugeben. Die Versammlung stellt alle zu obigem Zweck erforderlichen Mittel zur Verfügung des Magistrats. Bezüglich der geschäftlichen Behandlung dieses Antrages beantragen wir:

denselben durch einen vom Vorstand sofort zu ernennenden Ausschuß von 10 Personen vorberathen zu lassen und dem Ausschuß aufzugeben, noch in derselben Sitzung Bericht zu erstatten.

Stadtv. Meyer I: Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel. Jeder einzelne Tag ist werthvoll für die Leidenden. Die Räume zur Behandlung der Kranken müssen für Professor Koch sofort hergegeben werden. Wenn die Verwaltung auch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, die Begeisterung müsse darüber forthelfen. Alle kleinlichen Bedenken müssen schwinden der großen Aufgabe gegenüber.

Stadtrath Straßmann erklärt, daß der Magistrat am 18. November beschlossen habe, dem Professor Koch sofort 5 Baracken mit 150 Betten zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Spinola: Es handelt sich bei dem Wunsche des Professors Koch, in einem städtischen Krankenhause Kranke zur Behandlung zu erhalten, nicht um die Tuberkulose. In Sachen der Tuberkulose hält Professor Koch seine Arbeiten für abgeschlossen. Die Ausführung überläßt er den Aerzten. Bei seinem Wunsche handelt es sich um Versuche, die er zur Bekämpfung anderer Infektionskrankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Typhus, Carcinom (Krebs) anzustellen wünscht. (Bewegung.)

Stadtv. Singer: Ich kann nur empfehlen, den Antrag anzunehmen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Magistrat den Nutzen der epochalen Entdeckung des Prof. Koch, welche der Menschheit zum Segen gereicht, den weitesten Kreisen, auch den ärmsten Kreisen der Bevölkerung zugänglich machen wird. Es ist eine Ehrenpflicht für die Stadt, den Kranken den Weg zu öffnen zur Gesundheit.

Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, theilt mit, daß die Stadt dem Professor Koch das Gut Malchow, das schon früher zur Errichtung eines Sanatoriums für Schwindsüchtige bestimmt war, mit Baracken und allen übrigen Hilfsmitteln zur Verfügung gestellt habe, damit dort auch den Aermeren, was der Stadtverordnete Singer mit Recht verlangt hatte, die Wohlthat der Koch'schen Erfindung zu Theil werde.

Die Einsetzung eines Ausschusses zur sofortigen Berathung des Antrages wird hierauf einstimmig angenommen. Der Vorstand setzt den Ausschuß aus folgenden Personen zusammen:

Langerhans, Meyer I, Spinola, Haß, Hermes, Hellriegel, Schwalbe, Kyllmann, Neumann I und Singer.

Es folgt die Berathung über die Petition der am 15. Oktober dieses Jahres in Joel's Saal, Andreasstraße 21, abgehaltenen Volksversammlung, betreffend die Uebernahme der Sanitätswachen in die städtische Verwaltung.

In der von zirka 1000 Personen besuchten Volksversammlung wurde bekanntlich die Resolution gefaßt, die Stadtvertretung Berlins zu ersuchen, schnellstens die bisherigen Sanitätswachen in die städtische Verwaltung zu übernehmen.

Das Bureau der Volksversammlung theilte der Stadtverordneten-Versammlung diese Resolution unter Hinweis auf die Nothwendigkeit der Sanitätswachen mit und bemerkte zur Begründung des Antrages ferner, daß die bestehenden, auf freiwilligen Beiträgen basirten Wachen nicht ausreichten und betreffs ihrer Erhaltung seit Jahren mit materiellen Sorgen kämpften. Die Volksversammlung spreche sich gegen einen weiteren Zuschuß an dieselben aus, da mit einem solchen wohl eine Frist, aber keine Hilfe geschaffen werde, während die Arbeiter bei Uebernahme der Wachen seitens der Stadt jede Ausgabe gut heißen würden.

Der Ausschuß beschloß, der Versammlung zu empfehlen, die Petition dem Magistrat in der Voraussetzung zur Verfügung zu überweisen, daß derselbe dem Antrage der Subkommission für das Rettungswesen vom 7. Oktober d. J., in den Spezialetat Nr. 53 unter D 2 der Ausgabe, statt der bisherigen 10 000 M. vom 1. April 1891 ab 40 000 M. einzustellen, Folge giebt.

Hierzu beantragen Stadtvv. Vogtherr u. Gen., dem Antrage des Ausschusses den Zusatz zu geben:

... und die Uebernahme der Sanitätswachen in die städtische Verwaltung in die Wege zu leiten.

Stadtv. Cassel u. Gen. beantragen, dem Magistrat die Petition zur Erwägung zu übergeben.

Stadtv. Reichnow begründet den Standpunkt des Petitions-Ausschusses.

Stadtv. Cassel: Bei den Sanitätswachen liegt ein Bedürfniß der öffentlichen Wohlfahrt vor, für welches die städtische Verwaltung zu sorgen hat.

Stadtrath Straßmann: Die Sanitätswachen genügen und funktioniren seit 18 Jahren gut. Sie werden vom Wohlthätigkeitssinn getragen, und es liegt kein Grund vor, ihren privaten Charakter aufzuheben.

Stadtv. Friedemann: Es sei sehr zweifelhaft, ob das Bedürfniß nach Sanitätswachen gegenwärtig genügend befriedigt sei.

Stadtv. Vogtherr: Die Gründe, welche die Petition der Volksversammlung für die Uebernahme der Sanitätswachen in städtische Verwaltung geltend macht, sind nicht widerlegt. Von den 10 000 M., die bisher den Sanitätswachen zur Verfügung standen, ist nur die Hälfte für sie verwandt worden. Die 15 bestehenden Sanitätswachen müssen nicht nur reformirt, auch müssen 15 neue noch errichtet werden. Dazu reichen die 40 000 M. nicht aus. Durch Uebernahme der Sanitätswachen in städtische Verwaltung werden sie der Bürgerschaft erst recht gegeben. Bis jetzt sind sie auf private Hilfe angewiesen und können nicht alles leisten. Das ist ihrer nicht würdig. Es ist der Stadt Berlin nicht würdig (Große Unruhe), daß sie eine so wichtige Sache auf die Privathilfe angewiesen hat. Die Sanitätswachen ermangeln des einheitlichen Betriebes. Die eine wird um 7, die andere um 10 Uhr Abends geöffnet. Das sind unwürdige Zustände. Die Sanitätswachen dürfen nicht fortvegetiren, sie müssen von der Stadt übernommen und gefördert werden.

Stadtv. Dinse vertheidigt die bisherige Einrichtung der Sanitätswachen.

Der Antrag Vogtherr und der Antrag Cassel werden abgelehnt und der Antrag des Petitionsausschusses angenommen.

Der in dieser Sitzung eingesetzte Ausschuß hat seine Berathungen beendet. Sein Berichterstatter, Stadtv. Dr. Schwalbe theilt mit, daß der Ausschuß dem Antrag des Stadtv. Meyer I. und Genossen noch folgenden Satz hinzugefügt habe:

„... Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat, schleunigst Einrichtungen zu treffen, um das Koch'sche Heilverfahren gegen die Tuberkulose der gesammten Bevölkerung möglichst bald nutzbar zu machen."

Der so veränderte Antrag Meyer I. wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrages der Stadtv. Stadthagen und Genossen, die Beschaffung der Lehrmittel für die Gemeindeschüler auf Kosten der Stadt und die unentgeltliche Verabfolgung derselben an die Schüler zu beschließen.

Stadtv. Friedemann beantragt, den Antrag durch einen Ausschuß vorberathen zu lassen.

Stadtv. Stadthagen: Die Politik hat mit diesem Antrage nichts zu thun. Freilich erstreben wir, daß die Gesellschaft dem Einzelnen die Möglichkeit gewährt, seine Fähigkeiten frei zu entwickeln und auszubilden. Aber mit diesem Endziel hat der Antrag nichts zu thun. Er ist zunächst nichts weiter, als die Bitte, zu erfüllen, was die Verfassung der Gemeinde auferlegt. Im Artikel 25 heißt es ausdrücklich, daß der Unterricht in der Volksschule unentgeldlich sein soll. Das heißt nicht nur, daß das Schulgeld fortfallen soll, sondern auch, daß die Unterrichtsmittel frei geliefert werden sollen. Nach dem Wortlaut kann nichts anderes darunter verstanden werden. Aber selbst der Fortfall des Schulgeldes ist erst spät eingetreten, obwohl das Landrecht schon die Gemeinden verpflichtete, den Bedürftigen freien Unterricht zu gewähren, 1826 wurden in Berlin Kommunal-Armenschulen errichtet, bei denen nicht nur das Schulgeld fortfiel, sondern auch die Lehrmittel frei geliefert worden. Auf die rein juristische Seite lege ich nicht den Hauptwerth. Auch allgemeine Gründe weisen die Nothwendigkeit unserer Forderung nach. Bei der Erziehung kommt es doch jedem darauf an, daß der Zweck der Erziehung erreicht werde. Gäbe es auch nur ein Kind, dessen Erziehung scheitert, weil seine Eltern nicht die Lehrmittel beschaffen können, so müßte das bereits ein Grund sein, die Lehrmittel allgemein umsonst zu liefern. Ein Almosen wäre unwürdig für den Empfänger und den Geber. Sittlichkeit und Gerechtigkeit verlangen gebieterisch, daß für alle Kinder die Lehrmittel umsonst geliefert werden. Gegenwärtig dauert es 8—10 Wochen, bevor ein armes Kind ein Lehrbuch umsonst erhält; so lange dauern die Recherchen nach der Bedürftigkeit. Nicht um einen Tag sollte dem Kind das Recht verkümmert werden. (Unruhe.) Was die Mittel betrifft, die bei der Durchführung unseres Antrages erforderlich sind, so sage ich: und wenn es auch Millionen kostete; das darf uns kein Grund sein, das Recht zu brechen. In Wirklichkeit ist aber nur eine geringfügige Summe erforderlich: an Lehrbüchern pro Kopf etwa 10—15 M. in den acht Jahren des Unterrichts, für ein Jahr also 1—2 M. Dieselbe Summe wäre für Schreibbücher erforderlich. Zusammen wären demnach für den Kopf des Schülers jährlich 3—4 M. erforderlich. 172 416 Schüler und Schülerinnen sind vorhanden. Das ergiebt 500 000—700 000 M. jährlich. Davon würden noch die Prozente abgehen, welche bei solchem Bezuge der Stadt von den Verlegern und Papierhändlern gewährt werden würden, und es würden sich höchstens 400 000 M. jährlich erforderlich erweisen. Die gleiche Summe haben wir bezahlen müssen, um zu sehen, welcher Schütze die meisten Löcher in die Luft schießt (Heiterkeit), um einen Straßenzug bei einer vorübergehenden Gelegenheit für eine Persönlichkeit herzurichten. (Unruhe.) Paris giebt viel mehr für die Volksschule her als wir. Obwohl Paris ein Drittel weniger Schüler in die Volksschule schickt, als Berlin, giebt es ein Drittel mehr aus für sie als Berlin (12 gegen 8 Millionen Mark). Aus dem allgemeinen Steuersäckel werden die Zuschüsse für die höheren wie für die niederen Schulen bestritten, und es fällt auf den Kopf des höheren Schülers ein jährlicher Zuschuß von 90 M., für den Gemeindeschüler nur ein Zuschuß von 44 bis 47 M. Und da sollen nicht 3, 4 M. mehr ausgegeben werden können, um die Lehrmittel umsonst zu liefern? Wie kommen wir dazu, für den Sohn des Reicheren 90 M. jährlich zu leisten, und für den Sohn des Armen soll eine geringe Mehrausgabe nicht angängig sein?! Die Einwürfe, die gegen unseren Antrag geltend gemacht werden, können nur geholt sein aus der reaktionären Rüstkammer der Mühler und Genossen, die sich gegen die Aufhebung des Schulgeldes erklärten, weil die Erziehung nicht Sache des Staates, sondern der Familie sei. Die freie Lieferung der Lehrmittel liegt aber auch im pädagogischen Interesse. Es kann nur zum Nutzen der Schule sein, wenn die Lehrmittel gleichmäßig in ihr vorhanden sind. Ganz ohne Rücksicht darauf, daß Sozialdemokraten den Antrag gestellt haben, ganz ohne Rücksicht auf die verschiedenen Endziele in Sachen der Schule sollten Sie sagen: Wir wollen die Bildung für alle!

Stadtschulrath Bertram: Der Vorredner hat die finanzielle Bedeutung seines Antrages doch unterschätzt. In Paris werden den Kindern Lehrmittel, Bücher, Schreibhefte und Federn geliefert und man rechnet auf 4 Franks pro Kopf. Das würde für uns eine halbe Million Mark jährlich ausmachen. Und wir sind in der Verwaltung doch immer noch gewöhnt, eine halbe Million als eine recht beträchtliche Summe zu betrachten. So sind für das ganze Fortbildungsschulwesen nur 400 000 M. ausgeworfen. In Frankreich reicht die Schulpflicht nur bis zum vollendeten 13. Jahre, und wenn die Gemeindeschüler-Zahl in Paris so gering ist, so heißt das: der Sinn für das Gemeindeschulwesen ist in Paris nicht so verbreitet wie in Berlin. Bei weitem über die Hälfte der Berliner Gemeindeschüler stammt aus wohlsituirten Familien, denen die freie Lieferung der Lehrmittel unangenehm wäre. Auf anderen Gebieten des Volksschulwesens haben wir näherliegende Aufgaben. Das Kindergartenschulwesen muß ausgedehnt, die Frequenz der Schulklassen herabgesetzt werden. Kein Mensch hat bisher den Artikel 25 der Verfassung so verstanden, wie der Vorredner. Es ist in ihm nur die Aufhebung des Schulgeldes gemeint. Gleich ist in der Schule für alle der Unterricht, verschieden die Begabung. Ihr Ziel ist, die Kinder zu Persönlichkeiten zu erziehen. Das beste Mittel hierzu ist, den Begriff des Eigenthums in ihnen zu wecken, das Verständniß für Mein und Dein. (Rufe: Sehr richtig.) Der Sinn für das Eigenthum, der Sinn für Sparsamkeit und Ordnungsliebe beginnt beim Kinde beim eigenen Buche. Das würde ihnen verloren gehen, wenn der Antrag angenommen würde. In dem Antrage liegt der Anfang einer neuen Wirthschaftsweise. Wünschenswerth wäre nur, den Fonds zu vergrößern, aus dem armen Kindern auch Schreibhefte umsonst geliefert werden. Die Gemeinde ist gern bereit, zu helfen, aber nicht so, wie es der Antrag will, der auf eine Schädigung der Schule hinausläuft.

Stadtv. Bergemann vertritt denselben Standpunkt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Für den Antrag waren folgende Redner eingeschrieben: Friedemann, Schwalbe, Zubeil, Stadthagen; gegen den Antrag: Hermes, Horwitz und Meibauer.

Durch eine lange Geschäftsordnungs-Debatte wird festgestellt, daß der Antrag von einem Ausschuß geschäftsordnungsmäßig geprüft werden muß. Der Ausschuß wird aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt.

Unter großer Unaufmerksamkeit der Versammlung wird hierauf der Antrag des Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreters Dr. Langerhans und Genossen berathen, den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit der Versammlung an den Herrn Reichskanzler die Bitte zu richten, darauf hinzuwirken, daß eine Verbilligung von Fleisch und Brot durch Aufhebung der noch bestehenden Einfuhrverbote und baldige Herabsetzung und demnächstige Beseitigung der Zölle eintritt, welche die nothwendigsten Lebensmittel vertheuern.

Stadtv. Dr. Langerhans begründet den Antrag. Man solle erbitten, was man möglicher Weise erlangen könne und deshalb die allmälige Herabsetzung der Zölle verlangen. Wenn er Premierminister wäre, würde er sie freilich sofort aufheben.

Stadtv. Singer beantragt, die Worte: „Herabsetzung und demnächstige" in dem Antrag Langerhans zu streichen. Einen Zustand, in dem Langerhans Premierminister ist, kann Redner nach der Begründung, die Langerhans seinem Antrage habe zu theil werden lassen, nicht für wünschenswerth erachten. Eine Partei, die, wie die deutschfreisinnige, die Getreidezölle so oft als die höchste Unsittlichkeit bezeichnet hat, hat das Recht verwirkt, nur ihre „baldige Herabsetzung" zu beantragen. Zerbrechen wir uns doch nicht den Kopf der Regierung. Wenn die Zölle dem Volke die nothwendigsten Lebensmittel vertheuern, müssen wir ihre sofortige Aufhebung verlangen. Nur so erfüllen wir unsere Pflicht.

Das Amendement Singer wird abgelehnt; der Antrag Langerhans in namentlicher Abstimmung mit 78 Stimmen angenommen.

Nunmehr vertagt sich die Versammlung.

Schluß 9½ Uhr.

Lokales.

Um Zug in das stockende freisinnige Parteileben hineinzubringen, hat der deutschfreisinnige Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis zu einem neuen und merkwürdigen Mittel gegriffen. Auf letzten Mittwoch veranstaltete er eine Vorstellung im Konzerthause Sanssouci, bei der es auf eine Parodirung der politischen Parteien abgesehen war. Den meisten Beifall entfesselte ein bekannter Komiker. Da er unter einem Pseudonym (Waldow) auftrat, so ahnte das Publikum zuerst nicht, welcher Genuß ihm bevorstand. Aber nach den ersten Witze erscholl aus dem Hause der Ruf „Bendix!" und nun erkannte Alles den „Urkomischen". Wahre Lachsalven rief er hervor mit folgenden Späßen: Ich war schon ein Politiker, als Ihr noch alle auf Mutter's Schooß saßet. Kinder, folgt Liebknechten nicht, denn er ist ein Verführer; er hat gesagt: det eherne Lohngesetz is jut zum Ajitiren, aber richtig is et iebrijens nich. Und macht nich, det Mutter wat von Euren Zukunftsstaat und der jroßen Eßanstalt gewahr wird, denn sonst liejt ihr in det Essen, wat Euch die jroße Eßanstalt kochen soll! Ick jloobe, Ihr werdet Euch darum kloppen, indem Jeder die vernunftgemäßeste Portion haben will; das erste Mal jeht's am Ende noch ruhig ab, aber schonst det zweete Mal fiebt et mächtige Holzschuhe. Bendix forderte schließlich auf, das nächste Mal nicht „Singern", sondern Eugen Richter zu wählen; man erfuhr hieraus, daß der Urkomische Deutschfreisinnig ist. Genug; der Urkomische erntete selten solch stürmischen Beifall, wie am Mittwoch Abend. Das Publikum setzte sich aus Freisinnigen und ganz wenigen Sozialdemokraten zusammen; aber diese grimmigen Gegner waren diesmal einig in dem ungetrübten Genuß der tollen Komik auf der Bühne. Nach Herrn Bendix vermochte Herr Simonetti die allgemeine Heiterkeit freilich nicht mehr auf derselben Höhe zu erhalten. Mit Bezug darauf, daß Herr Simonetti neulich als Ruhestörer aus einer sozialdemokratischen Versammlung hinausgewiesen werden mußte, meinte er: Die Sozialdemokraten stören mich jedesmal in meinen Versammlungen. Die Plätterinnen (sagte er weiter) behaupten, sie verdienten keine 10 Mark die Woche; in den Plättanstalten, die ich kenne, kriegen sie 35 und 40 Mark die Woche; in der guten Zeit aber fünfzig. (Ruf: Wollen Sie uns nicht sagen, wo denn?) Simonetti rief: „Ich verzichte aufs Wort" und schwang sich von der Bühne herab unter das Publikum.

Nur Eines befremdete. Man hatte nämlich die starke Taktlosigkeit begangen, dem Ulk einen Vortrag eines angesehenen Reichstagsabgeordneten vorangehen zu lassen. Derartiges wird man hoffentlich künftig vermeiden. Im Uebrigen steht zu erwarten, daß ähnliche Vorstellungen unter Leitung des Herrn Direktors Schulz hinfort noch stärkeren Besuch finden werden.

Die „Volks-Ztg.", ehemals ein achtungswerthes Organ der bürgerlichen Demokratie, ist nunmehr glücklich zum Beschützer von Zuhältern und Kupplern geworden. Vor einigen Tagen ist der „Geschäftsführer" eines der in dem „feinen" Theile der Friedrichstraße belegenen Bordelle zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt worden, weil er sich für Dienste, die er den unglücklichen Geschöpfen, die ihre Körper den „feinen Herren" der Friedrichstadt feilbieten müssen, leistete, in ganz unverschämter Weise bezahlen ließ. Dieser Herr gab sich damit ab, daß er den Mädchen galante und noble Herren vom Schlage des Grafen Kleist zuwies, und er ergaunerte dann von dem „Sündengelde" einen nicht unbedeutenden Prozentsatz. Das Gericht konnte sich nicht zu der Höhe der Auffassung, wie sie jetzt in der „Volks-Ztg." herrscht, aufschwingen und sperrte den wackeren Herrn auf vierzehn Tage ein. Darüber ergrimmt die „Volks-Ztg." und sie bricht für den Louis eine Lanze, und alle Zuhälter und Kuppler Berlins werden eine helle Freude haben, wenn sie lesen, wie sie von einem einstmals demokratischen Blatt in Schutz genommen werden.

Die „Volks-Ztg." schreibt:

„An der Friedrichstraße, im belebtesten Verkehr, liegt das Café National, Tags öde und langweilig, Nachts pikant und überfüllt. Alle Welt kennt es, alle Welt weiß, wer dort verkehrt; Polizei, Lebemänner, Biedermänner, kurz alles, was sich für das Café interessirt, und die hohe Obrigkeit duldet das Café, aus welchen Rücksichten, ist ihre Sache, aber sie duldet es, sie erhebt von den Damen, die da verkehren, Gewerbesteuer.

Die Damen aber wollen leben, und dazu gehören Bekanntschaften und Empfehlungen. Wer gut empfohlen wird, kommt im Leben weiter. Thut das dieser oder jener Hinz oder Kunz, so macht das nichts. Er leistet einen Freundschaftsdienst, das ist alles; die Moral kommt dabei nicht in Gefahr.

Aber Hinz läßt sich von den Damen dafür zahlen, daß er ihnen Kundschaft zuweist, und nun ist nicht allein die öffentliche Moral verletzt, sondern auch der Strafrichter [illegible] und Hinz — er heißt in dem Falle Braun — erhält [illegible] Wochen Gefängniß.

Herr Brausewetter aber hält dazu vor dem Landgericht als Präsident folgende erbauliche Rede: „Der Charakter des Café National, sowie ähnlicher Lokale ist der Behörde bekannt. Die Behörde weiß, daß dort vorwiegend Damen verkehren, die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehen, und es ist zweifelhaft, ob nicht die Besitzer dieser Häuser und die Pächter solcher Lokale wegen Kuppelei zur Verantwortung gezogen werden können."

Und die Polizei, die diese Lokale duldet, die Steuerbehörde, die sie besteuert, wie steht's mit denen, Herr Präsident? Ob auch sie schuldig sind, da sie zu

Wissenden gehören? Hinz aber geht auf 14 Tage ins Gefängniß und das von Rechts wegen, denn er nahm Geld."

Der Ausfall auf die Polizei und den Richter — den wir besonders zu streicheln wahrhaftig keine Veranlassung haben — soll natürlich nur den eigentlichen Kern des Artikels verdecken. Die anständigen und vornehmen Regungen der „Volks-Zeitung" sind dahin: der Geist des profitwüthigen Unternehmers durchweht das ganze Blatt, und da darf es denn nicht Wunder nehmen, wenn jede Art der Ausbeutung gutgeheißen wird. Die „Volks-Ztg." wird wahrscheinlich in nächster Zeit dafür plaidiren, daß der wackere Zuhälter, sobald er seine Strafe verbüßt hat, an den Thoren von Rummelsburg von zwanzig weißgekleideten „Ehrenjungfrauen" aus dem Café National empfangen und im Triumph an die Stätte seines bisherigen segensreichens Wirkens zurückgeführt wird.

Wenn Stöcker auch nicht mehr Hofprediger ist, so wollen seine Freunde doch nicht auf den Genuß „des von ihm gepredigten Wortes Gottes" verzichten. Er soll nämlich seine Privatkirche haben. Seine Freunde wollen ihm, nach einem „Eingesandt" des Blattes „Volk" eine besondere Kirche bauen. Dazu soll beitragen, „wer Leid empfindet über die schmerzliche Heimsuchung, die den großen Mann betroffen, der über ein Jahrzehnt im heiligen Kampfe für Christenthum und Monarchie gestanden". Jeder soll nach seinem Vermögen dazulegen, „daß über Jahr und Tag in dem kirchenarmen Berlin ein neues Gotteshaus dastehe, das unserem Stöcker zeitlebens gehöre. Was für Büchsel und Cassel möglich war, sollte es nicht auch für Stöcker gelingen?" Der Einsender, der gleich eine kleine Erstlingsgabe verspricht, möchte die Kirche, weil Niemand anders darin zu Worte kommen sollte, als der Friedensfürst, „Friedenskirche" genannt wissen. — Wenn in dieser Kirche auch Bier verzapft wird, werden wir die bekannten antisemitischen Radaufzenen sich hier in ihrer ganzen Wildheit wiederholen sehen.

Zu neuesten Heft der von Sanitätsrath Dr. Guttmann redigirten „Deutschen medizinischen Wochenschrift" berichten die Herren Dr. O. Fränkel, Dr. William Levy, Oberstabsarzt Dr. R. Köhler und Stabsarzt Dr. Westphal über die Erfahrungen, die sie bei der Anwendung des Koch'schen Heilmittels gegen die Tuberkulose bei innern wie bei äußern Krankheiten gemacht haben. Wir beschränken uns zunächst darauf, die Ergebnisse mitzutheilen, zu denen Prof. Fränkel bei Behandlung der Lungenschwindsucht gelangt ist. Er legt seinen Ausführungen die Ergebnisse von vier Fällen weit vorgeschrittener Lungenschwindsucht und acht Fällen weniger vorgeschrittener Lungenschwindsucht zu Grunde. Das Ergebniß der vier Fälle weit vorgeschrittener Lungenschwindsucht war Folgendes: „In allen diesen Fällen wurde das Fortschreiten des Prozesses durch Injektionen des Koch'schen Mitttels nicht aufgehalten; doch reagirten drei Fälle durch Temperaturerhöhungen. Bei zwei Fällen ergab die Obduktion keine Heilungsvorgänge (Schrumpfung) in den Lungen, wie bei dem kurzen Verlauf auch nicht zu erwarten war, wohl aber fanden sich in den Kavernen ausgesprochen schmierige Massen." Das Gesammtergebniß, zu dem Herr Prof. Fränkel bei allen diesen Kranken nach 15 bis 56 tägiger Behandlung gelangt ist, ist folgendes: „Die Höhlen in den Lungen werden durch das Koch'sche Mittel theilweise unbeeinträchtigt bleiben, und wenn auch die kleinen nach mehr oder weniger gründlich erfolgter Beseitigung der Bazillen leicht vernarben, so werden doch die großen Höhlen meist bestehen bleiben, sich nicht genügend reinigen können und durch ihre reichliche Eitersekretion und den Inhalt an verschiedenen anderen Mikroorganismen den Körper des Kranken rasch so weit erschöpfen, daß der Tod eintritt. Deswegen erschien es von vorn herein äußerst unwahrscheinlich, daß in Fällen, wo schon große Höhlenbildungen in den Lungen statthatten, und der Kranke recht erschöpft war, das Koch'sche Heilmittel noch große Erfolge erzielen würde. Die Anwendung des Mittels bei derartigen Kranken hat unsere aprioristische Annahme bisher bestätigt. Weitere Untersuchungen werden uns darüber belehren, wie weit wir bei der vorgeschrittenen Lungentuberkulose noch gewisse Erfolge werden erwarten können. Aber auch bei den weit weniger vorgeschrittenen Fällen von Lungenschwindsucht sind derartige Fälle von Heilung, wie wir sie bei dem tuberkulösen Lupus sehen, meist nicht vorauszusehen. Bei Lupus sterben die infiltrirten Stellen einfach ab und werden ausgestoßen. In den Lungen sterben die tuberkulösen Gewebe auch ab und werden ausgestoßen, bleiben aber zunächst im Lungengewebe, in der Regel eingebettet in schmierige käsige Massen, wie wir sie bei der letzten Autopsie gesehen haben, liegen und warten ab, ob sie bei Gelegenheit aus den Lungen herausgelangen. Diese Expektoration ist oft sehr schwierig, das eine Mal gelingt sie leicht, und werden sehr reichliche Mengen der Bazillen mit dem tuberkulösen Gewebe expektorirt, das andere Mal wird durch die eigenthümliche Höhlenbildung und andere Hemmnisse in den Lungen der Auswurf sehr erschwert, und bleiben die abgestoßenen Massen, die verkümmerte, aber lebensfähige Bazillen enthalten, in den Lungen liegen, die Bazillen können sich, sobald die Einwirkung des Koch'schen Mittels aufhört, von neuem zu stärkerer Kraft entwickeln und den Organismus von neuem infiziren. So sehen wir, daß Menschen, die vorher auf das Koch'sche Mittel bei Injektionen gar nicht mehr reagirt haben, auf einmal von neuem reagiren. Daraus muß gefolgert werden, daß sie direkt von den in ihrem Körper ruhenden verkümmerten, nicht expektorirten Massen von neuem infizirt sind. Immerhin ist daraus der Schluß zu ziehen, daß man solche Tuberkulöse zunächst einer längeren Kur unterziehen und dann in späteren Zeiten immer wieder von neuem in bestimmten größeren Intervallen durch Injektionen prüfen muß, ob sie gegen das Koch'sche Spezifikum immun geblieben sind. In Bezug auf diese Frage bleibt bei der verhältnißmäßig kurzen Dauer der Versuche, die so erfreuliche Resultate und keine nennenswerthen, auf das Mittel zurückzuführenden ernsteren Komplikationen ergeben haben, der Zukunft noch viel vorbehalten. Wer aber von der Gegenwart bis zur fernsten Zukunft hin zu diesen Fragen das Wort ergreifen wird, dessen erstes Wort wird stets ein Dank sein für Robert Koch." — Die von den Herren Dr. William Levy, R. Köhler und Westphal behandelten Fälle von Tuberkulose sind ausschließlich chirurgischer Art, und hier sind die Ergebnisse ganz ungleich günstiger als bei Lungenschwindsucht. „Nach den Untersuchungen des Herrn Geh.-Rath Koch," sagt Dr. W. Levy u. a., „wird unsere Aufgabe eine völlig andere. Wir werden ja ebenso wie früher schmerzhafte Glieder immobilisiren, Wunden verbinden müssen ꝛc.; aber zunächst müssen wir jeden operativen Eingriff möglichst einschränken. Unsere erste Pflicht ist es, bei dem Kranken die tuberkulöse Infektion zu heilen. Hoffen wir, daß es uns auch beim Menschen gelingt, durch diese Verbandlung zugleich Immunität gegen den Tuberkelbazillus zu erreichen".

Ins Ungeheuerliche gehen die Angebote fremder Aerzte für das Heilmittel des Professor Koch, das weder durch die besten Empfehlungen, noch durch die Mitwirkung der Gesandtschaften zu erlangen ist. Ein italienischer Arzt bot gestern einem deutschen Kollegen für ein einziges Fläschchen 5000 M., aber diesem war das begehrte Mittel ebenso unerreichbar wie jenem.

Viele Hunderte von Menschen füllten an einem der letzten Tage den Platz vor dem „Viktoria-Theater", die Münz- und die angrenzenden Straßen während mehrerer Tagesstunden. Was war geschehen? Ein Unglück etwa? Handelte es sich um eine tumultuarische Zusammenrottung? Nichts von alledem. Diesen Auflauf hatte vielmehr eine kleine Annonze von zwei Zeilen bewirkt, laut welcher „einige Statisten für die neue Feerie des Viktoria-Theaters gesucht wurden". All' die Hunderte aber hatten sich auf jene Annonze hin gemeldet — wahrlich ein trauriger Beweis der Arbeitsnoth in Berlin bei Eintritt des Winters!

Polizeibericht. Am 19. d. M. Morgens fiel der Maurer Schöpe vor dem Hause Madaistr. 11 plötzlich nieder und erlitt dabei eine Verletzung am Kopfe, so daß er bewußtlos liegen blieb und nach dem Krankenhause am Friedrichhain gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Maxstraße, erhängt vorgefunden. — Als zu derselben Zeit die beim Abbruch eines Wagenschuppens auf dem Potsdamer Innen-Bahnhofe beschäftigten Arbeiter Töpfer Lindner, Arbeiter Nikolaus und Maler Büttner einen etwa 6 Meter langen Balken, welcher auf den beiden Außenwänden und einer aus Fachwerk hergestellten Mittelwand lag, durch Umkanten fortbewegen wollten, fiel die Mittelwand um und riß die Arbeiter mit herunter. Hierbei erlitten die beiden Ersteren, außer mehreren äußeren Quetschungen, anscheinend schwere innere Verletzungen, während Letzterer nur über Brustschmerzen klagte. Lindner wurde nach dem Lazarus-Krankenhause und Nikolaus nach dem St. Hedwigs-Krankenhause gebracht. — Am 19. d. M. Nachmittags, in der darauf folgenden Nacht und am 20. d. M. Morgens fanden vier kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Kaufmann Ewald Vogtherr hatte sich vorgestern vor der Potsdamer Strafkammer wegen Gotteslästerung und öffentlicher Beschimpfung der evangelischen Landeskirche zu verantworten. Am 14. August dieses Jahres fand in Potsdam eine von den dortigen Sozialdemokraten einberufene öffentliche Versammlung zum Zwecke der Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins statt, zu welcher sich 78 Männer und 23 Frauen eingefunden hatten. Als Referent fungirte Herr Vogtherr, welcher über das Thema: „Kirchliche und elterliche Erziehung" sprach. Redner kritisirte in seinem Vortrag in sehr scharfer Weise den Inhalt der Bibel und die Lehren der christlichen Kirche. Unter Anderem äußerte er: Das Ammenmärchen von der sechstägigen Schöpfung und das „Phantom Gott" sei jedem geistigen Fortschritt zuwider. Schließlich forderte Vogtherr zum Austritt aus der Landeskirche auf. Vogtherr erblickte in seinen Ausführungen nur eine sachgemäße Kritik, während der Staatsanwalt wegen Gotteslästerung und Beschimpfung der evangelischen Kirche 6 Monate Gefängniß beantragte. Der Gerichtshof fand in der Anwendung des Ausdrucks „Phantom" keine Gotteslästerung, wohl aber in den übrigen Redewendungen eine Beschimpfung der christlichen, nicht der evangelischen Kirche und erkannte dieserhalb auf sechs Wochen Gefängniß.

Versammlungen.

Freie Vereinigung der Lohngerber und Lederzurichter Berlins. Versammlung am Sonntag, den 22. November, Vormittags 10½ Uhr, Weinstraße 11 bei Feindt (Herberge).

Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Zahlstelle Rixdorf und Umgegend. Versammlung am Sonntag, den 22. November, Vormittags 11 Uhr, im Riefegks Lokal, Bergstraße 129. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Opposition der Berliner Zahlstellen gegen den Vorstand; Referent: Kollege Jonas. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß ein jeder Kollege erscheint. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, E. H. zu Hamburg, sowie Zentral-Kranken- und Sterbekasse Vulcan, Filiale Berlin 6. Versammlung am Sonnabend, den 22. November, Abends 9 Uhr, bei Zemter, Münzstraße 11.

Achtung, Handlungsgehilfinnen! Sonntag, den 23. November, Nachmittags 5 Uhr, findet in Grawell's Bierhallen, Kommandantenstraße, eine große öffentliche Versammlung aller in kaufmännischen Geschäften angestellten Frauen und Mädchen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Mißstände im kaufmännischen Beruf. Referent: Albert Auerbach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht Eurer gedrückten Lage, die es Euch höchstens an einem Sonntag Nachmittag ermöglicht, in eine Versammlung zu kommen, ist es Pflicht einer jeden Gehilfin, dort zu erscheinen, wo sich Alle über das, was sie drückt, offen und frei werden aussprechen können.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstraße 24. Sonntag, den 22. November, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn E. Vogtherr: Zum Todtenfest. — Zweiter Vortrag Große Frankfurterstraße 117 10 Uhr von Herrn Dr. Bruno Wille über: „Der Tod vom freireligiösen Standpunkte". Gäste sehr willkommen.

Der gesellige Klub „Proletariat" veranstaltet am Sonntag, den 22. November, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Krüger, Große Frankfurterstraße 99, ein geselliges Beisammensein. Freunde und Genossen sind willkommen.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. „Karl Marx", Abends 9 Uhr, bei Schönfeld, Marienborferstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Freie Kritik", Abends 8½ Uhr im Restaurant Stockfisch, Fischerstr. 41, Freunde willkommen. — „Süden", Abends 8½ Uhr bei Schwarzkopf, Stalitzerstr. 11. Gäste willkommen.

Berliner Sängerbund Berlins und Umgegend Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia", Restaurant Reichenbergerstr. 18. — Gesangverein des „Fachvereins der Putzer Berlins und Umgegend" „Gemüthlichkeit", Seydelstraße 31 bei Preußer. — „Buchbinder-Männerchor" Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein. — Männer-Gesangverein der „Berliner Schmiede", Koppenstr. 58 bei Schirmer. — Arbeiter-Gesangverein „Nord", Brunnenstr. 38 bei Gnadt. — Gesangverein „Lorbeerkranz", Restaurant Weinstr. 11. — „Kaiser'scher Männerchor", Schönhauser Allee 28 bei Nürnberg. — Gesangverein „Wiederhall", Köpnickerstr. 191 bei Joge. — Gesangverein „Esmeralda", Große Frankfurterstr. 18 (8 Uhr). — Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung", Friedrichshberg, Friedrich Karlstr. 11 bei Lippe.

□ **Gesang-, Turn- und gesellige Vereine.** Freitag. Arbeiter-Gesangverein „Wilhelm Seeger'sche Liedertafel", Abends 9 Uhr bei Trucks, Reichenbergerstraße 83, Uebungsstunde, Aufnahme neuer Mitglieder. — „Männerchor Berliner Mechaniker", Abends 8½ Uhr, im Restaurant Müller, Johannisstr. 20. — Männer-Gesang-Verein „Union", Abends 9 Uhr, in der Berliner Bock-Brauerei.

Vergnügungsverein „Glückauf", Abends 8½ Uhr, Sitzung bei Möwes, Fichtestr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Veilchen", Sitzung mit Damen von 8½ Uhr ab, Adalbertstr. 38 bei Lülow. Gäste willkommen. — Geselliger Verein „Immergrün" Abends 9 Uhr, im Restaurant Heinicke, Oranienstr. 38. — Verein ehem. Schüler der 38. Gemeinde-Schule, Sitzung, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume" (Inh. Otto Roll), Andreasstr. 3. Gäste willkommen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Warschau, 20. November. Im Kurierzuge der Warschau-Wiener Eisenbahn wurden in der Nähe der Station Kutno zwei Passagiere der zweiten Wagenklasse ermordet. Man vermuthet, es liege ein Raubmord vor.

Rio de Janeiro, 20. November. Die Regierung hat das Verbannungsdekret gegen den früheren Minister Dom Pedros, Vicomte Ouropreto, sowie gegen den früheren Präsidenten der Provinz Rio, Affonso, und den vormaligen Präsidenten der Provinz Rio Grande, Silveiro Martins, widerrufen.

Albert Auerbach.
Rottbuser Damm 7 (nahe der Rottbuser Brücke).
Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.
Spezialität: **Herrenstiefel,** genagelt und auf Rand.
Große Auswahl in Filzschuhen und Filzpantoffeln.

Genossen empfehle mein Hutgeschäft. **Arbeite nur mit Fabrikanten,** welche sich der **Kontrolmarken deutscher Hutmacher angenommen haben.** Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.
Adolph Kehr.

Der Ausverkauf
des
Manasse'schen Waarenlagers, Breitestr. 17,
bestehend aus **Kleiderstoffen,** findet werktäglich Vormittags von 9—12 Uhr u. Nachmittags von 2—6 Uhr statt zu festen 617
Taxpreisen.
Der Verwalter.

Emil Tiersch
Uhrmacher
21—22 Brunnenstr. 21—22
(neben Greifenhagen)
empfiehlt sein großes Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren u. Ketten zu soliden Preisen. 804
Reparaturen unter Garantie!

429] Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- u. Bairisch Bier-Lokal.
Alb. Nemitz, Gr. Frankfurterstr. 27, Eingang Lebuserstraße.

Zahn-Atelier
Andreasstrasse 60 1 Treppe
Eingang Kleine Andreasstraße
Otto Arendt.
Schmerzloses Zahnziehen, Nervtödten, Plombiren, Anfertigung ganzer Gebisse und einzelner Zähne unter Garantie guter Ausführung bei solidesten Preisen.

Mehlhandlung
L. Brachvogel,
Manteuffelstr. 75. 82
Durch meine Verbindungen mit den renommirtesten Pester Mühlen, sowie der Oels'er Mühle, bin ich in den Stand gesetzt, nur allerfeinste Mehle meinen Kunden zu geben und offerire:

Vorzüglichstes Weizenmehl à Pfd.	23	Pf.
Kaiserauszug ..... „	20	„
Bestes Weizenmehl .... „	18	„
II. Sorte Weizenmehl .. „	15	„
I. Sorte Roggenmehl ... „	15	„

Bei Posten von 5 Pfund an tritt entsprechende Preisermäßigung ein.

Meyer's, Brockhaus'
Lexica, Bücher, Bibliotheken kauft
A. Hannemann, Kochstr. 56, I. [556

Die Beleidigung gegen Frau **Ludwig** nehme ich zurück. **E. Rönmann.** 625

636
Berliner Arbeiter-Buchhandlung
von **R. Baginski**
Dresdenerstrasse 52-53
(City-Passage).
Soeben angekommen:
Sozialdemokratische Bibliothek.
Heft 1—34.
Sozialistische Theaterstücke 15—40 Pf.
Antisyllabus u. Ceterum censeo à 5 „
Sämmtliche verboten gewesene Schriften aus dem Verlage von Schabelitz in Zürich. Ferner:
Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen . . 2 M.
Engels, Umwälzung d. Wissenschaft . . . . . 2 „
Kennan, Sibirien. Schilderungen der Leiden der russischen Gefangenen in Sibirien . . . . . 40 Pf.
Kolporteure erhalten hohen Rabatt.

Zu verkaufen:
Weihnachtsbäume
6000 Stück gute Bäume habe ich abzugeben. 611
Fr. Steinecke,
Hannover, Langestr. 34.

Im Tuchgeschäft
jetzt Oranienstr. 126, I.
Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots,
sowie **Damenkleider etc.**
Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 455

Kalbfleisch. Brust 35 bis 40 Pf. Keule 40 bis 50 Pf. **Gänse** 55—60 Pf. täglich **Auguststrasse 50a,** im Keller. 624

Evorabräu.
vom Faß à Glas 10 Pf.
sowie vorzügliches Weißbier empfiehlt
Bruno Feige, Vertr.
Markusstraße 31,
an der Frankfurterstraße.
Vereinszimmer mit Klavier. „Volksblatt" und „Tribüne" liegen aus.

Durch den Druck wirthschaftlicher Verhältnisse veranlaßt, appellire ich an das Solidaritätsgefühl derjenigen Arbeiter, welche einen Bierkonsum in der Werkstelle eingerichtet haben und solches **nicht von Parteigenossen beziehen,** dasselbe von mir zu entnehmen. Ich verkaufe das beste Weißbier ohne Wasserzusatz zu denselben Preisen, wie andere ihr Verdünntes. 408
Emil Böhl,
Frankfurter Allee 74.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein neu eröffnetes 391
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Emil Berndt, Elisabeth-Ufer 51.

Den Parteigenossen empfehle mein gut sortirtes Lager von Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln zu zeitgemäßen Preisen. Bestellungen nach Maaß werden gut ausgeführt. [192
A. Woyack, Müllerstr. 12c.

Vereinszimmer z. vergeb. Weberstr. 15.

Es werde Licht!*)
Poesien von Leopold Jacoby.
Stuttgart bei J. H. W. Dietz.
Preis 50 Pf.
*) Vorher durch das Sozialisten-Gesetz verboten. 612

Herren, welche gewillt sind, dem seit 11 Jahren bestehenden MännerGesang-Verein **„Harmonia"** (beim Arbeiter-Sängerbund) beizutreten, können sich jeden Dienstag, Abends von 9—11 Uhr, im Restaurant Lemm, Steinmetzstr. 76, melden.

Sämmtliche **Tapezier- und Polsterarbeit** wird sauber angefertigt von **A. Krätzer,** Tapezirer, Boppstr. 6, H. I.

Ehrenerklärung. Die gegen Herrn **Kobs** gebrauchte Beleidigung nehme ich zurück. Frau **Blum.** [619

Soeben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 113.
Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

Sattler, selbstständige Arbeiter auf engl. Kummete, gegen hohen Lohn für dauernde Stellung **gesucht.** 623] **August Hoffschmidt,** Halle a./S.

Schwarz-Polirer auf Papprahmen gesucht 606
Rahmenfabrik **Heinr. Heise,** Hannover.

Töpfer werden verlangt Wilhelmshavenerstraße 27 (dauernde Winterarb.)

E. j. Mädchen a. Ladenmamsell für eine Bäckerei verl. Genossinnen haben Vorzug. **W. Jacobs,** Gräfestr. 89. [632

Redakteur
für ein täglich erscheinendes Parteiblatt in Süddeutschland **gesucht.** Prakt. Buchdrucker erhält den Vorzug. Rednergabe erwünscht. Näh. in der Exped. d. Blattes. 594

Gesanglehrer sucht noch einige Vereine. Gehalt mäßig. Gefl. Adressen unter **G. V.** an die Exped. d. Bl. [614

Theater.

Freitag, den 21. Novbr.

Opernhaus. Oberon.
Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
Lessing-Theater. Sodoms Ende.
Berliner Theater. Kabale u. Liebe.
Deutsches Theater. Das Wintermärchen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Königsgardist. Sonne und Erde.
Wallner-Theater. Pension Schöller. Der dritte Kopf.
Residenz-Theater. Familie Moulinard.
Viktoria-Theater. Die Million.
Bellealliance-Theater. Mamsell' Nitouche.
Ostend-Theater. Die Grille.
Thomas-Theater. Der Wetterfrosch.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Franka Scholz, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Wildenfels, Gesangs-Duettisten.
Richard Gersdorf, Sächsischer Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Truppe Blumenfeld, Parterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzseilkünstler.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Concert.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Entrée Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
mit **Quartett-Sängern,** ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags **Entrée 20 Pf.**
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. [742

Lebensgroße Wachsfiguren.
Panoramen.
Dioramen.
Ethnographische Sammlungen.
Italienische Volkssänger.
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.
V. 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Amazonen-Corps 28 Amazonen, 10 Krieger aus Dahomey.
Vorstellung Vorm. 11½ u. 12½ Uhr.
Nachm. v. 4½-9½ Uhr stündl. eine Vorstellung.
Extra-Entrée 30 Pfg.
Kinder frei.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt. [746

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 580
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II.

Circus Renz.

Karlstraße.
Freitag, den **21. November,**
Abends 7 Uhr:

Große Vorstellung.

Aus dem gewählten Programm wird besonders hervorgehoben:

Deutsche Turner.

Große nationale Original-Pantomime vom Hofballetmeister **A. Siems,** inszenirt vom Direktor **E. Renz.** Musik v. **A. Cahnbley.** Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen auf das Prachtvollste.

Hippologisches Potpourri (Non plus ultra der Pferdedressur) mit 40 der bestdressirten Freiheitspferde ausgeführt, dressirt u. vorgef. von Herrn Franz Renz. Außerordentliche Tremplinsprünge über 4, 6, 8 und 10 Pferde mit Doppel-Saltomortales. — Beautiful, hierauf Sophus, geritten von Frl. Clotilde Hager. Auftreten der Künstler-Spezialitäten. Mrs. J. F. Clarke, Rodgers u. B. Fillis, sowie der Reitkünstlerinnen Frls. Gierach und Zephora. Komische Entrees und Intermezzos von sämmtlichen Clowns.

Morgen: Vorstellung. Sonntag (Todtenfest) nur **1** Vorstellung Abends 7½ Uhr.

E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.

Indem zu der am Dienstag stattgehabten Benefiz-Vorstellung viele Hundert Personen keine Billets, des kolossalen Andranges wegen, mehr erhalten konnten, findet heute,
Freitag, den **21. November,**
Abends 7½ Uhr,
eine **Wiederholung** der mit so außerordentlichem Beifall aufgenommenen

Benefiz-Vorstellung

für den weltberühmten **russischen Original-Clown**

Anatole Duroff

statt. — Ferner 2. Gastspiel der unübertrefflichen Drahtseilkünstler
Mr. Langslow und Miss Clemens
in ihren sensationellen Leistungen auf dem doppelten Telegraphendraht. — Außerdem Auftreten sämmtl. Spezialitäten, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- u. Freiheitspferde.
Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14.
Die schönsten
Kinderkleider und -Jacken
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen,
auch im Einzelverkauf sehr billig! Maaßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Normal-Unterkleider und Trikotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe 2c.
Geschäftshaus S. Heine.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 400
167. Reichenbergerstr. 167.

Achtung! Achtung!
Gelegenheitskauf.
67. Jägerstraße 67
Eingang im Hof (kein Laden) **Eingang im Hof**
sollen plötzlich eingetretener Verhältnisse wegen eine große Parthie getragener und neue
Winterüberzieher
sowie **Herren- und Knaben-Anzüge,** spottbillig, gegen baar verkauft werden.
Eingang im Hof 67. Jägerstr. 67.
Bitte genau a. d. Hausnummer zu achten.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener **Fabrik.** Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein
Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft. 54
Wilh. Pahr, Elisabethkirchstr. Nr. 8 am Pappelpl.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H. pt.

Unserm Genossen **Max Peters** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganzen Fraiselkarren wackeln. 620
Die Genossen vom Brunnen.

Unserm Kollegen **Karl Hesse** genannt H.... Bau hu Au au, zu seinem heutigen Geburtstage ein donnerndes Hoch, daß die Regenwürmer vom Kreuzberge trudeln und die Kaulbarse im Havelsee schwitzen.
Hast verstanden? 634
Deine Freunde.

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Mann, der Restaurateur **August Schugk,** im 35. Lebensjahre am 19. d. Mts., früh 4½ Uhr, am Herzschlage verschieden ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., Nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle der St. Thomas-Gemeinde aus statt.
Die tieftrauernde Wwe. Bertha Schugk.

Rohrleger! Helfer!

Sonntag, den 23. November, Vormittags 11 Uhr:

Versammlung

bei **Feuerstein,** Alte Jakobstraße 75.
Tagesordnung:
1. Vorgänge in Hausröhren bei Wolkenbrüchen. Referent: Herr Baumeister **M. Knauff.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes und Fragen.
NB. Zu dieser Versammlung sind sämmtliche Rohrleger und Helfer, auch Nichtvereinsmitglieder herzlich eingeladen. [627] **Der Vorstand.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(E. H. 29 u. 89 in Hamburg.)
Filiale Berlin VI.
Montag, 24. d. Mts., Abends 8½ Uhr:
Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

bei **Krüger, Gartenstraße 123,** (Gartensaal).
Tagesordnung: Die Novelle zum Kranken-Versicherungsgesetz. Ref.: Herr **Schwittau.** — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
629 **Der Einberufer.**

Central-Kranken- u. Begräbniß-kasse der Sattler 2c.

Sonntag, den 23. November, Vormittags 10½ Uhr:
Große außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

in **Reyer's Salon,** Alte Jakobstr. 83.
Tagesordnung:
1. Wie stellen sich die Mitglieder zu dem am 8. Dezember in Berlin stattfindenden Kongreß. Referent: **Otto Barth.**
2. Wahl des Delegirten.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
621 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Tabakspinner u. Cigarrensortirer.

Die Herren Vertreter werden zu einer

General-Versammlung

am **28. November,** Abends 8 Uhr, im **Restaurant Fleege, Linienstr. 44,** hiermit eingeladen.
Tagesordnung: Neuwahl für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung. Während der Versammlung eingegangene Anträge.
583 **Der Vorstand.**

Neue Welt. (Hasenhaide.)

Sonntag, den 23. November, (Todtenfeier):
Gr. Vocal- u. Instrumental-Concert.
Arrangirt vom Gesangverein **„Hoffnung."** 615
Freunde und Genossen ladet hierzu ergebenst ein **Das Comité.**

Winter-Paletots und Anzüge

bei billigsten Preisen empfiehlt das bekannte
Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft
von 425
Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maaß und Arbeitssachen.
(Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Zum Todtensonntag!

Empfehle den Genossen mein Geschäft in guten und billigen **Kränzen.** 495
C. Wetzel, Weißensee, Gustav-Adolfstr. 106, a. Zions-Kirchhof.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Allgem. Metallarbeiter-Verein

Berlins und Umgegend.

Außerordentl. Generalversammlung

am Sonntag, den 23. November 1890, Vormittags 10½ Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstraße 39.
Tagesordnung: 1. Wahl dreier Rechtsschutz-Kommissions-Mitglieder für den Süden. 2. Bericht der zur Revision des Statuts niedergesetzten Kommission. 3. Berathung über eventuelle Aenderungen des Statuts. 4. Abrechnung vom Sommerfest. 5. Verschiedenes und Fragen.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen nothwendig.
626 **Der Vorstand.**

Versammlung in Rixdorf

am **Sonnabend,** d. 22. November 1890, Abends 8½ Uhr, in **Barta's Salon,** Bergstraße 120 (kleiner Saal).
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Unternehmerverbände und Arbeiterorganisation. Referent: Herr Wilhelm Werner. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen.
Um recht regen Besuch wird gebeten.
Der Vorstand.

Große öffentliche

General-Versammlung

der

Maurer Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 23. November 1890, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain.
Tagesordnung: 1. Welche Organisationsform soll in Zukunft für die Berliner Maurer die maßgebende sein, die „Lokal- oder Zentral-Organisation? Referent: Herr Regierungsbaumeister a. D. Keßler. 622
2. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellersammlung statt.
Kollegen! Von weittragender Bedeutung wird der Beschluß sein, welcher in dieser Versammlung gefaßt werden wird, gleichviel wie Ihr entscheiden möget; aber um Ruhe und Frieden hier in Berlin zu haben, um zu zeigen, daß Euch die Bewegung höher steht, als Personen, werdet Ihr allesammt in der Versammlung erscheinen. Wir setzen voraus, daß die Wichtigkeit der Tagesordnung auch denen wieder einleuchten wird und daß auch die in die Versammlung kommen werden, welche sich in den letzten Jahren in den Schmollwinkel zurückgezogen haben.
Der Einberufer.

Freie Volksbühne.

Heute, Abends 8½ Uhr:

2 große öffentliche Versammlungen

für Frauen und Männer.

1. Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee No. 100.
Vortrag des Herrn Julius Türk über die Arbeiterschaft Berlins und die Freie Volksbühne. Diskussion und Verschiedenes.

2. Im grossen Saale des Etablissements Königshof, Bülowstraasse 87.
Vorlesung des Herrn Dr. Richard Dehmel:
1. „Die Revolution" von Freiligrath. 2. „Die Kiefer" und 3. „Die Luft war roth" von Julius Hart. 4. „Die kommende Sonne" und 5. „Die Vorstadtlerche" von Dr. Bruno Wille. 6. „Das Urtheil des Schemjaka" von Chamisso. (Pause.) 7. „Bergpsalm" und 8. „Die Magd" von Dr. Richard Dehmel. 9. „Die kranke Liese" von Herwegh. 10. „Lied auf der Haide" und 11. „Statistik" von Carl Henkell. 12. „Der Kongreß der Sbirren" von Giusti.
Mitglieder zur II. Abtheilung werden in beiden Versammlungen aufgenommen.
Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter u. verw. Berufsgen.

Am **Sonnabend,** den 22. November, Abends 8½ Uhr, in **Minner's Lokal,** Rosenthalerstraße 11/12:

Mitglieder-Versammlung

für den Norden.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten.
Um recht pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** 635

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher in der Musikinstrumenten-Branche beschäft. Arbeiter
am Montag, den 24. Nov., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Nürnberg, Schönhauser Allee Nr. 28.
Tages-Ordnung.
Die Gewerkschaftsorganisation und ihre Bedeutung für unsere Branche.
Referent: Stadtverordneter F. Zubeil.
NB. Die Kollegen der mechanischen Musikinstrumenten-Branche sind ganz besonders dazu eingeladen, um Stellung zur Organisation zu nehmen.
630 **Der Einberufer.**

Morgen, Sonnabend, veranstaltet die **Freie Vereinigung der Graveure und Ciseleure** zur Feier des 7. Stiftungsfestes einen **Commers** (Herrenabend) in „Sanssouci", Kottbuserstraße Nr. 44. Anfang 8½ Uhr. Entree 50 Pf.
Billets sind bis heute Abend im Arbeitsnachweis, Dresdenerstraße 45, von 8½—10 Uhr zu haben. 614
Kollegen und Berufsgenossen sind willkommen.

Verlag des „Berliner Volksblatt".

Partei-Programm
und
Organisations-Entwurf
ist vergriffen. Neudruck wird in einigen Tagen vollendet, und erfolgt dann die Expedition der rückständigen Bestellungen.
Berlin, den 20. November 1890.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 272. Freitag, den 21. November 1890. 7. Jahrg.

Soziale Uebersicht.

An alle Arbeiter und Genossen Deutschlands. Da große Massen Fach- und Arbeiter-Zeitungen (für den badischen Schwarzwald) aus allen Theilen Deutschlands bei Unterzeichnetem eingetroffen sind und deren Bewältigung gewaltige Zeit und Arbeit in Anspruch nimmt, ersucht derselbe alle Arbeiter und Genossen, sowie Expeditionen, die Zusendungen bis auf Weiteres zu unterlassen.

Freiburg i. B., 19. November 1890.

Carl Rauser, Zähringerstr. 31.

Alle Arbeiterblätter werden höflichst um Abdruck gebeten.

Aufruf an die Schuhmacher und Arbeiter Berlins! Wie den Lesern des „Berliner Volksblattes" bekannt ist, sind in Erfurt von den dortigen Schuhfabrikanten tausend Arbeiter ausgesperrt, und tausend weitere sind vorhanden, deren Kündigungsfrist am Freitag abläuft. Kollegen! Arbeiter! Die Fabrikanten beabsichtigen, die Organisation der Schuhmacher zu vernichten, um die Arbeiter dann widerstandslos ausbeuten zu können. Das darf nicht geschehen, die Schuhmacher in Erfurt müssen als Sieger aus dem ihnen aufgezwungenen Kampfe hervorgehen. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn den Schuhmachern in Erfurt ausreichende Unterstützung zu Theil wird. Die Lohnkommission der Arbeiter hiesiger Schuhfabriken. Freiwillige Beiträge nimmt entgegen Joseph Dörr, Barnimstraße 47, vorn 3 Treppen bei Scheffler, und H. Hoffmann, Kaiserstraße 4, im Keller.

* * *

Ein weiterer Aufruf zu Gunsten der ausgesperrten Erfurter Schuhmacher geht uns von der Agitationskommission der Schuhmacher Berlins zu. Diese Kommission hat Sammellisten anfertigen lassen, die von der Berliner Streik-Kontrolkommission genehmigt sind. Jeder Arbeiter, jeder Kollege wird aufgefordert, sich an den Sammlungen eifrig zu betheiligen und überall, in Versammlung und Werkstatt, bei Kollegen und Genossen, gleichviel bei welcher Gelegenheit, zu sammeln. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Listen sind bei Jos. Süßmayer, Kleine Mauerstr. 2, sowie bei folgenden Kollegen zu haben: im Norden bei Fischer, Lottumstr. 4; im Osten bei Germer, Wrangelstr. 108, vorn 4 Tr. bei Eichhorn; im Süden bei Mühlberg, Friedrichstraße 248; im Westen bei Kuchendecker, Steinmetzstr. 24, Abends von 8—9 Uhr und in den Versammlungen am Montag in Habel's Brauerei und in Moabit.

Eschwege, den 18. November. Nachdem die Eschweger Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen 7 Wochen ausgesperrt sind, haben sie bei den Fabrikanten nachgefragt, ob sie noch an dem Beschluß des Fabrikantenbundes, daß sie keine Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter beschäftigen wollen, festhalten. Den Arbeitern wurde die Antwort zu Theil, daß sie nicht von diesem Entschluß abgehen. Da nun die gemaßregelten Zigarrenarbeiter sich den Fabrikanten nicht unterwerfen wollen, sondern im Gegentheil fest entschlossen sind, ihre Organisation hochzuhalten, so ist anzunehmen, daß die Sache sobald ihren Abschluß noch nicht findet. Die Haltung der Gemaßregelten ist eine musterhafte und man kann mit Sicherheit darauf rechnen, wenn die Arbeiter Deutschlands ihre Unterstützung nicht versagen, daß der Sieg von den Arbeitern errungen wird. Zu unterstützen sind, Frauen und Kinder mit eingeschlossen, 516 Personen. Im Ausschluß befinden sich die Arbeiter der Fabriken Ackermann u. Schönith, Katzenstein u. Schönemann, Eduard Knabe Nachfolger Hans Schlomberger, Eduard König, Gebr. König Nachfolger Holzapfel, Eichenberg u. Sohn, Gebr. Heinemann, Filiale Hoffmann u. Triebel aus Erfurt.

Für die gemaßregelten Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen
W. Hugo, Zigarrenarbeiter.

Chemnitz, den 18. November 1890. Arbeiter und Arbeiterinnen! Durch die geringen Löhne, welche jetzt, nach einer Lohnreduktion von 10—30 pCt., in 14 Tagen 6—9 M. betrugen, sahen sich die Arbeiterinnen der Firma Hermann Stärker veranlaßt, am 15. November die Arbeit niederzulegen. Die darauf angeknüpften Verhandlungen mit der Firma blieben resultatlos. Montag, den 17. November, Mittags, wurde die Fabrik geschlossen, so daß zirka 200 Arbeiter und Arbeiterinnen ohne ihren Willen ausgesperrt wurden. Mit den 125 Arbeiterinnen, welche wirklich streiken, befinden sich jetzt zirka 325 Personen außer Arbeit. Wir appelliren an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter und Arbeiterinnen des In- und Auslandes, uns in dem von den Fabrikanten aufgedrungenen Kampfe moralisch sowie materiell zu unterstützen. Im Auftrage der streikenden und ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Herm. Starker: Albin Reichelt, Vertrauensmann der Textilarbeiter Sachsens, Kasernenstraße Nr. 8, 3 Treppen. Alle Sendungen sind an denselben zu richten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um schleunigsten Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Die Metallarbeiter

hielten am 19. d. M. in den Armin-Hallen eine öffentliche Versammlung ab. Als erster Punkt stand zur Tagesordnung die Wahl eines Vertrauensmannes nebst Stellvertreters für die Metallarbeiter Berlins. In zwei vorhergegangenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen war eine Neuner-Kommission gewählt worden, welche beauftragt worden war, Personen für obengenannte Posten ausfindig zu machen und dementsprechende Vorschläge zu machen. Namens der Kommission brachte Kollege Litfin als Kommissionsmitglied die Kollegen Fritz Günther für den Süden und den Kollegen Lenzner für den Norden in Vorschlag, über welche die Kommission sich einig geworden sei. Kollege Zedler protestirte gegen diesen Modus, da seiner Meinung nach keine Kommissionssitzung stattgefunden habe. Von anderen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen konstatirt, daß zwei Kommissionssitzungen stattgefunden haben und es wurde der Versammlung anheimgestellt, event. andere Vorschläge zu machen. Derartige Vorschläge wurden indessen nicht gemacht, und da die beiden in Vorschlag gebrachten Kollegen eine event. Wahl anzunehmen gewillt waren, so wurden dieselben einstimmig gewählt und wurde den Metallarbeitern Berlins dringend ans Herz gelegt, mit allen Kräften hinter den Vertrauensmännern zu stehen. Besonders beleuchtete Kollege Gerisch die Neuerung des Markenvertriebes gegenüber dem bisher gebräuchlichen Sammeln auf Listen, welches zwar unschätzbare Vortheile hatte, mit dem aber wegen der zu Tage getretenen Unzuträglichkeiten gebrochen werden mußte. Redner empfahl das Prinzip der Selbsteinschätzung auch in Bezug auf die Markensammlungen zur vollen Geltung gelangen zu lassen und die umfassendste Betheiligung an denselben. — Zum Punkt 2 der Tagesordnung erstattete Kollege Gerisch Bericht über die Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrolkommission, so lange er Mitglied derselben war. (Er und Kollege Kurgas ist in den Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins gewählt worden, und um allen Eventualitäten zu entgehen, haben dieselben ihr Mandat als Delegirte zur Berliner Streik-Kontrolkommission niedergelegt und sind an ihrer Stelle bereits Neuwahlen vollzogen worden. Ueber die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrolkommission ist an anderen Stellen regelmäßig berichtet worden. Redner erkannte zwar an, daß die Streik-Kontrolkommission noch nicht auf der Höhe der Vollkommenheit stehe. Die überaus zahlreiche Vertretung aller Branchen in derselben sei ein Hinderniß für die richtige Entfaltung der Thätigkeit der Kommission. Werde es erst dahin gebracht sein, daß nur die Gewerkschaften, nicht auch die einzelnen Branchen derselben in der Kommission vertreten sind, so würde dieselbe das augenblicklich Vollkommenste darstellen, was sich schaffen lasse und Redner machte es allen Kollegen zur Pflicht, die Beschlüsse der Kommission zu respektiren und die Kommission ausbauen zu helfen. Auch sprach er den Wunsch aus, daß die Berliner Streik-Kontrolkommission in Zukunft etwas vorsichtiger verfahre in Bezug auf die Bewilligung von Streiks an kleinere Gewerkschaften beziehungsweise Branchen, die jederzeit auf dem Plane erscheinen und dadurch andere verhindern, auch einmal etwas für sich zu schaffen. Ebenso konnte er sich nicht befreunden mit dem Beschlusse in Bezug auf die Kellner. Es sei erklärlich, daß die jungen Gewerkschaften, die hinter anderen zurück seien, mit Feuereifer danach strebten, das Versäumte nachzuholen. Doch sei dies nicht immer angebracht und überdies könne die Kellnerfrage sehr leicht einen Konflikt mit den Lokalbesitzern hervorrufen. Kollege Stabernack befürwortete seinerseits die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrolkommission, während Kollege Hartmann in Bezug auf die Kellner der Ansicht des Kollegen Gerisch war und die Ansicht vertrat, daß durch derlei Zwangsmittel keine überzeugungstreue Genossen, vielmehr nur Ballast für die Organisationen geschaffen werden würden. Dennoch beantragte er, sich mit den gefaßten Beschlüssen der Berliner Streik-Kontrolkommission einverstanden zu erklären und denselben nach Kräften Geltung zu verschaffen. Der Antrag Hartmann gelangte einstimmig zur Annahme. Des Weiteren vollzog die Versammlung die Wahl von Delegirten zu dem am Sonntag, den 28. Dezember dieses Jahres, in Berlin stattfindenden Delegirtentage der Metallarbeiter Brandenburgs. Die nothwendigen Erläuterungen hierzu gab Kollege Gerisch. Hauptzweck des Delegirtentages soll es sein, die Kollegen der Provinz zur Mitthätigkeit heranzuziehen; auch sollen auf demselben hochwichtige Fragen, wie Arbeitsnachweis, Herbergswesen, Reiseunterstützung und dergleichen mehr geregelt werden, zu welchen Stellung zu nehmen auch den Berliner Delegirten eine unumstößliche Pflicht sei. Redner empfahl eine rege Agitation für diesen Provinzialtag namentlich in der Provinz Brandenburg. Kollege Hartmann beantragte die Wahl von sechs Delegirten. Die Versammlung beschloß demgemäß und wählte die Kollegen Lenzner, Günther, Gerisch, Klein, Litfin und Hartmann. Nachdem gelangte auch die Arbeitseinstellung in der Lippmann'schen Fabrik zur Besprechung, die wegen der Handlungsweise des Fabrikanten den Arbeitern gegenüber erfolgt ist. Die Versammlung war der Meinung, daß in dieser Angelegenheit nichts zu machen sei, daß die Sperre nicht aufrecht erhalten werden könne, und daß die dortigen Kollegen nicht korrekt gehandelt haben, indem sie eigenmächtig die Sperre beschlossen, ein Beschluß, der gänzlich hinfällig sei.

*

Eine gut besuchte, allgemeine Arbeiter-Versammlung

fand Dienstag Abend unter dem Vorsitz des Herrn Plasse statt. Es sprach daselbst Karl Kloß aus Stuttgart über die wirthschaftliche Lage und die fachgewerbliche Organisation und führte ungefähr folgendes aus:

Während noch vor zehn Jahren die Bourgeoisie die schlechte Lage der Arbeiter im Allgemeinen bestritt, wagt man es öffentlich wenigstens jetzt nicht mehr zu thun. Trotzdem hält man uns stets wieder vor, daß die Arbeiter heute kürzere Arbeitszeit haben und daß sie besser gekleidet gehen, wie früher und glaubt daraus den Schluß ziehen zu können, daß der Arbeiter sich jetzt besser stehe. Diesen Standpunkt hat der Exkanzler erst unlängst gegenüber einem Interviewer vertreten. Es wird von diesen Leuten jedoch vergessen, bei Betrachtung der Verhältnisse von heute und von früher die Lage der sich gegenüberstehenden Klassen, die der Besitzenden und die der Arbeiter, zu vergleichen. Thut man dieses, so wird man zu einer ganz anderen Ansicht gelangen. Man darf nicht allein auf die kürzere Arbeitszeit sehen, man darf auch unter keinen Umständen mit einem scheinbar größeren Luxus des Arbeiters rechnen — wenn er nämlich etwas mehr Möbel in seiner Wohnung oder bessere Kleidung hat — man muß vor allen Dingen auch die Sorgen mit in Betracht ziehen, unter denen der Arbeiter lebt. Ferner ist nicht zu vergessen, daß der Arbeiterstand in früheren Zeiten ein Uebergangsstadium zum Meisterstand war, was doch heute in den seltensten Fällen noch eintritt. Da der Arbeiter also heute fast keine Aussicht hat, selbstständig zu werden, da sein ganzes Kapital die Arbeitskraft ist, mit welcher er sich und seine Familie ernähren soll, so hat er auch die Pflicht, dieses Kapital zu schützen und es sich möglichst lange zu erhalten. Redner legt dann die mangelhaften Löhne dar, welche es dem Arbeiter kaum ermöglichen, sich selbst zu ernähren, geschweige denn seine ganze Familie. Als Beispiel führt er an, daß nach den Berichten des einen Fabrikinspektors in den Industriebezirken Potsdam und Frankfurt im Jahre 1885 40 pCt., im Jahre 1887 37½ pCt., und im Jahre 1890 dürfte der Prozentsatz noch höher sein, der zum Lebensunterhalt nothwendigsten Bedürfnisse aus dem Haushaltungsbudget des Arbeiters gestrichen werden mußte. Leider steht der größte Theil der Arbeiter dieser Nothlage indifferent gegenüber, sie erkennen nicht die Gründe, welche ihr Elend veranlassen. Der Arbeiter sucht dann durch besonderen Kraftaufwand, indem er Sonntag arbeitet und Ueberstunden macht, das Defizit auszugleichen, schließlich auch dadurch noch, daß er seinen Kindern die Erzieherin, die Mutter, entreißt und sie auch in die Fabrik schickt. Reicht das alles aber immer noch nicht zum Unterhalt der Familie aus, dann müssen selbst die Kinder in die Fabrik wandern. (Sehr richtig, Beifall.) Aber nicht allein der Arbeiter, sondern auch die Kleinmeister leiden unter dem Druck der Verhältnisse. Durch das Großkapital werden sie immer mehr zu Proletariern herabgedrückt, daher sollten gerade sie nicht so unverständiger Weise den Arbeitern, zu denen sie auch bald gehören werden, den Kampf ums Dasein, wie sie es in ihren Innungen und bei jeder sich ihnen darbietenden Gelegenheit thun, erschweren.

Für seine Maschine und seine Arbeitsthiere sorgt der Unternehmer, daß ihre Leistungsfähigkeit möglichst lange erhalten bleibe, denn sie stellen einen Kapitalwerth dar. Das thut er aber bei dem Arbeiter nicht, er hat es auch gar nicht nöthig, denn der Arbeiter ist für ihn kein Werth; wenn ein Arbeiter seine Arbeitskraft abgenutzt hat, dann wird er auf die Straße gesetzt. (Beifall.) Für den Schutz der Arbeitskraft des Arbeiters sind keine Gesetze vorhanden, es giebt keine Strafgesetze gegen zu große Ausbeutung. (Sehr richtig.) Das Einzige, was dem Arbeiter gewährt ist, das ist, daß er durch das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz in einem Alter von 70 Jahren pro Tag 33⅓ Pfg. Pension erhält. Statistisch ist nun nachgewiesen, daß von 1000 Tischlern höchstens zwei die Aussicht haben, Reichsrentner zu werden. (Hört! Hört!) Wir mußten nun auf Mittel sinnen, wie wir die Lage des Arbeiters besser gestalten können, und hierfür war das Nächstliegenste die Organisation. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob wir die Befreiung der Arbeit vom Kapital durch gewerkschaftliche oder durch politische Organisation erreichen können. Die Antwort wird dahin gehen, daß wir weder durch die eine noch durch die andere Form allein zum Ziele gelangen werden, sie müssen beide neben einander ausgebaut werden. Doch es steht fest, daß wir durch die gewerkschaftliche Organisation ein gutes Stück unserem Ziele entgegenkommen werden. Es gehen aber die Meinungen auseinander, ob wir Lokal- oder Zentralorganisationen einrichten sollen, die Differenzen sind jedoch nicht aus prinzipiellen, sondern aus taktischen Gründen vorhanden. Die Gewerkschaftskonferenz und der Parteitag haben sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für Zentralisationen entschieden. Wir werden gegenüber dem festorganisirten Kapital auch mit den Branchenorganisationen nicht weit genug kommen, es werden sich die einzelnen Fachverbände zu großen Unionen zusammenschließen müssen. Nach der Gewerkschaftskonferenz werden wir aus den Fachvereinen die Politik ganz auszuschließen haben; diese wird in den politischen Vereinen gepflegt werden müssen. Redner bespricht dann eingehend die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und die von derselben gefaßte Resolution. Zum Schluß fordert er die Anwesenden auf, an den Organisationen festzuhalten und die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen denselben zuzuführen, denn je stärker die Vereinigungen sind, je schneller werden wir zu unserem Ziele gelangen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion spricht Herr Hampel im Sinne des Referenten.

Wiedemann hat Bedenken gegen einzelne Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz. Bisher haben wir in unseren Fachvereinen uns mit den sozialen Verhältnissen beschäftigt, durch fortwährende Vorträge über Streiks und Lohnverhältnisse sei eine Verwässerung sehr zu befürchten. (Sehr richtig.) Ferner fürchtet Redner, daß die Kapitalisten gemeinsam mit den Behörden den Zentralisationen große Hindernisse in den Weg legen dürften. Das Sozialistengesetz sei zwar gefallen, das System sei aber dasselbe geblieben. Man werde bald auf Mittel und Wege sinnen, wie man den Zentralverbänden beikommen könnte, wie man die einzelnen Fachorganisationen zu schließen vermöchte. Ihm scheine eine lokale Zentralorganisation daher weit zweckmäßiger. (Sehr richtig.) Vor allem mußten die Gewerkschaften für Aufklärung der Arbeiter sorgen, und durch eine zielbewußte aufgeklärte Anhängerschaft können sie dem Unternehmerthum wirksam Widerstand leisten. Für Berlin sei die beste Organisation die lokale und zwar der Art, daß sich die ganzen Berufszweige, wie im Allgemeinen Metallarbeiterverein, zu einer großen Vereinigung zusammenschließen (Beifall.)

An der weiteren Diskussion betheiligen sich Goriaß, Becher und Hampel, welche sich sämmtlich im Sinne des Referenten für Zentralisation aussprechen.

In seinem Schlußwort tritt der Referent nochmals für Zentralorganisationen ein und widerspricht den Ausführungen Wiedemanns. Nach der Resolution der Gewerkschaftskonferenz können überall da, wo es nicht angeht, Zentralorganisationen einzuführen, Lokalverbände bestehen bleiben. Er glaubt, daß nach dem preußischen Vereinsgesetz beide Arten von Verbänden den gleichen Gefahren ausgesetzt seien. (Lebhafter Beifall.) Zur einstimmigen Annahme gelangt sodann nachfolgende Resolution:

> „Die heute im Neustädter Volksgarten tagende öffentliche Arbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, verspricht für die Zentralisation der Gewerkschaften einzutreten und ersucht das Büreau der heutigen Versammlung, diese Resolution der Kommission der Gewerkschaftskonferenz zu unterbreiten."

Es wurde weiter beschlossen, den Ueberschuß der Tellersammlung den Eschweger Tabakarbeitern zu übermitteln.

Die Schlosser und Maschinenbauer

Berlins und Umgegend hielten am 17. d. M. im Joël'schen Saale eine öffentliche Versammlung ab behufs Besprechung der Organisationsfrage. Den einleitenden Vortrag hielt Kollege Karl Breder aus Nürnberg. Derselbe hatte sich die Aufgabe gestellt, zu zeigen, daß die bisherigen Gewerkschaftsorganisationen den heutigen Verhältnissen nicht mehr genügen und demzufolge einer Umgestaltung bedürfen, wenngleich auch nicht zu verkennen sei, daß speziell die deutschen Metallarbeiter gerade durch ihre lokalen Organisationen Ersprießliches geleistet hätten, und klarzulegen, wie die gewerkschaftlichen Organisationen fernerhin zu gestalten seien. Redner vertrat zunächst den Standpunkt, daß die Politik gänzlich aus der Gewerkschaftsbewegung, aus den fachgewerblichen Organisationen zu verbannen sei und diesen nur die rein gewerkschaftlichen Fragen zu behandeln vorbehalten bleiben solle. Bezüglich der zu wählenden Organisationsform der Metallarbeiter vertrat Redner die Bildung von Unionen, d. h. Verbänden auf zentralistischer Basis, welche alle Fächer der Metallarbeiter-Branche in sich schließen, unter Vermeidung aller sogenannten „Branchenorganisationen" als „Geldverpulverungs-Instituten" und befürwortete die Gründung einer „allgemeinen Metallarbeiter-Vereinigung", welche über kurz oder lang vollzogen werden würde. Auch hielt Referent eine Erhöhung der Beiträge für unbedingt nöthig, um die Organisation leistungsfähig zu gestalten. Die Frage der Reiseunterstützung hielt Redner allein für lösbar durch eine allgemeine Metallarbeiter-Vereinigung auf zentralistischer Grundlage und empfahl derselbe weiter den Anschluß an eine derartige Vereinigung, sobald eine solche geschaffen sein würde, welche nicht absolut die Auflösung der bestehenden Fach- und Lokalorganisationen bedinge. Dieselben könnten in „Filialen" oder „Sektionen" 2c. verwandelt werden, hätten aber einer Zentralverwaltung zu unterstehen. Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall gezollt. Hierauf nahm Kollege Dietrich aus Hamburg das Wort, um darzulegen, daß, um zur allgemeinen Metallarbeiter-Union zu gelangen, vorerst die Fachzentralisation erforderlich, zu empfehlen und zu pflegen sei. — Kollege Gerisch entwickelte seinerseits gewichtige Bedenken gegen die beiden vorher empfohlenen und befürworteten Organisationsformen und hielt die lokalen allgemeinen Metallarbeiter-Vereine für das vorläufig Erreichbare und besonders für Berlin zu Empfehlende, wenngleich er prinzipiell vollständig auf dem Boden der Zentralisation stand. Doch hielt er dafür, daß unter den heute maßgebenden Verhältnissen die Zentralorganisation nur Angstprodukte sein würden. Allerdings hielt Redner örtliche oder Lokalorganisationen für unbedingt nothwendig und bezeichnete diese als die Bausteine für die zu erstrebenden echten und rechten Zentralorganisationen. Kollege Hartmann stand wesentlich auf dem Boden des Vorredners, ebenso andere Redner in der Diskussion, in welcher die verschiedenen geltend gemachten Standpunkte von den resp. Vertretern noch weiter lebhaft verfochten wurden. — Zum Dritten stand die Wahl der Delegirten zu dem am 28. Dezember d. J. stattfinden-

den Provinzial-Delegirtentag auf der Tagesordnung. Die Versammlung beschloß, zwei Delegirte zu entsenden und wählte als solche die Kollegen Pätzold und Bethge.

Eine öffentliche Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften Charlottenburgs fand in Bismarckshöhe, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße, statt. Herr Kloß-Stuttgart sprach über das Thema: „Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter und die gewerkschaftliche Organisation". Referent legte die Verschlechterung der Lage der Arbeiter, namentlich seit den letzten 50 Jahren, dar und betonte die Nothwendigkeit einer starken Organisation, um das schwer gefährdete Koalitionsrecht der Arbeiter schützen und den Unternehmerverbänden wirksam entgegentreten zu können. Die lokale Organisation habe sich, wie die Streiks der letzten Zeit zeigten, nicht bewährt. Redner ist für Zentralorganisation. — In der Debatte giebt Herr Pirch die Vortheile der Zentralorganisation zu, meint aber, unter unseren heutigen strengen Vereinsgesetzen sei eine vernünftige Zentralorganisation nicht möglich. — Die Versammlung nahm endlich folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erblickt in der Zentralorganisation ein Mittel, gegen das Unternehmerthum erfolgreich anzukämpfen und verpflichtet sich, der Zentral-Organisation sich anzuschließen."

Im Allgemeinen Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend sprach am 18. November im Vereinshaus „Süd-Ost" Herr Brey (Hannover) über „die Stellung der Arbeiter in Industrie und Gesellschaft." Er führte ungefähr Folgendes aus: Die kapitalistische Produktionsweise ist als Resultat aus einer langen wirthschaftlichen Entwickelung hervorgegangen. Im Gegensatz zu der von der kapitalistischen Produktionsweise unzertrennlichen Anarchie im wirthschaftlichen Leben versuchte man zur Feudalzeit, die Produktionsweise zu einer geregelten zu gestalten. Mag man an den alten Zünften auszusetzen haben, was man will, ein großes Wirken nach dieser Richtung hin muß man ihnen zuerkennen. Die Feudalwirthschaft wurde auf Grund ihrer eigenen Fortentwicklung über den Haufen geworfen; an ihre Stelle trat die manufakturelle. Der Produktionsprozeß wurde bedeutend vereinfacht, erleichtert. War früher eine universelle (sich über ein möglichst großes Gebiet sich erstreckende) Fertigkeit jedes Einzelnen bei der Produktion nothwendig, so war es dies jetzt nicht mehr. Die Theilarbeit trat in ihre Rechte, Jedem ein beschränktes Gebiet bei der Produktion zuweisend. Diese Manufakturwirthschaft stellte einen großen Schritt nach vorwärts, der heutigen modernen kapitalistischen Wirthschaftsweise entgegen, dar. Letztere entstand nothwendig aus der vorher genannten. Wenn nun die Arbeiter, gezwungen durch die für sie so schlechten Wirkungen der heutigen Wirthschaftsweise, Forderungen stellen, so wird ihnen entgegen gehalten: „Ja, was wollt Ihr denn; Eure jetzige Lage ist ja Gold gegen die Lage der Arbeiter der Feudalzeit." Dies ist nicht wahr; betrachtet man sich die Verhältnisse, welche unter letzterer herrschten, so sieht man, daß das Meisterthum viel mehr Pflichten seinen Arbeitern gegenüber zu erfüllen hatte, wie heutzutage. Bei Gründung unserer Organisationen wird uns die Zwecklosigkeit derselben mit Hinweis auf den „freien" Arbeitsvertrag vorgestellt; der Arbeiter brauche ja da nicht zu arbeiten, wo es ihm nicht gefällt, er habe ja darin volle Freiheit. — Ja, frei ist der Arbeitsvertrag allerdings; aber nur für den Unternehmer, nicht für den Arbeiter. Es liegt nicht an unserem Willen, wenn wir alle möglichen uns gestellten Arbeitsbedingungen akzeptiren. Es sind eherne ökonomische Gesetze, die uns zwingen, anzunehmen, was uns geboten wird. Wenn uns bestimmte Arbeitsverhältnisse nicht passen, so haben wir ja allerdings die Freiheit, weitergehen zu können; und wenn wir uns Passendes nicht finden, zu verhungern. Es sind ja so viel da, die noch zu weit schlechteren Bedingungen arbeiten. Eine Einwirkung auf den Arbeitsvertrag ist uns nur möglich durch eine straffe Organisation. Dem Arbeiter wird das Recht der Organisation streitig gemacht, der Unternehmer aber verlangt es für sich. Die Arbeiter müssen sich vorsehen, damit ihnen nicht ein Inverbindungtreten politischer Vereine nachgewiesen werden kann; die Arbeitgeber brauchen dies nicht. Ihnen steht, obgleich sie in Verbänden Politik treiben, noch die Staatsmacht zur Seite. Es wird so viel Aufhebens von den Leistungen der Gesetzgebung für die Arbeiter gemacht. Was ist denn für uns geschehen? Keines Gesetzes Maschen sind so geflochten, daß man nicht hindurch schlüpfen kann. Die Unternehmer haben die Thür, durch welche sie sich den ihnen vom Gesetz auferlegten Verpflichtungen entziehen können, entdeckt. Von ihrer Seite wird für Unternehmerschutz eingetreten und solcher ist ihnen, als der ökonomischen Macht in der Gesellschaft, selbstverständlich geworden; man sehe sich blos die Zölle auf landwirthschaftliche und Industrieprodukte an, sowie die Tarifermäßigungen und anderes mehr. Wir sind uns über die Nichtigkeit der jetzt bestehenden sogenannten Sozialreform klar; wir verlangen als Grundlage einer solchen ein wirksames, durchgreifendes Arbeiterschutz-Gesetz. Weil wir die achtstündige Arbeitszeit fordern, wird uns der Vorwurf der Faulheit gemacht, und doch sehen wir, daß das angestrengte lange Arbeiten die Kraft des Arbeiters schon oft in der Jugend vernichtet. Großes Aufheben wird auch von den Kulturfortschritten gemacht. Wem kommen denn diese heute zu gute?" Doch nur den Besitzenden! Wir müssen danach trachten, Etwas zu schaffen, das den Arbeitern die Theilnahme an diesem Allen gestattet. Um einem derartigen Gesellschaftszustand vorzuarbeiten, müssen wir uns fest in Gewerkschaften vereinigen. Wir müssen das schwere Werk des Heranziehens der Indifferenten in der Weise betreiben, daß wir sie bei der Brot- und Magenfrage anpacken. Den besten Beweis von der Nützlichkeit der Arbeiterorganisationen können wir ihnen dadurch beibringen, daß wir auf unsere Gegner hinweisen und ihnen die Anstrengungen derselben unsere Organisationen zu zerstören, vor Augen führen. (Großer Beifall.) An der Debatte betheiligten sich die Genossen Klein, Fahrenwald, Gerisch und Hartmann. Hauptsächlich wurde das Wirken und die bureaukratische Organisation der Berufsgenossenschaften einer mißbilligenden Kritik unterzogen. Der Referent forderte im Schlußwort die Anwesenden dazu auf, für die Organisirung der ungelernten Arbeiter einzutreten. Genosse Gerisch weist darauf hin, daß man bei Beurtheilung dieser Sache immer die bestimmten Verhältnisse eines Landes in Betracht ziehen müsse. In England seien dieselben infolge der dort herrschenden politischen Freiheit ganz andere und darum mit den deutschen gar nicht zu vergleichen. Nachdem noch hierzu die Herren Fahrenwald, Hartmann u. A. gesprochen, die vollständige Gleichstellung der ungelernten den gelernten Arbeitern gegenüber anerkennend, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, so weit wie möglich, für die Organisation einzutreten." Nachdem Herr Pawlowitsch dazu aufgefordert, daß Diejenigen, welche Billets zum Stiftungsfest entnommen haben, mit ihm abrechnen sollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine äußerst stark besuchte öffentliche Versammlung von Schneidern und Schneiderinnen fand Montag Abend unter dem Vorsitz des Herrn R. Schulz in den Armin-Hallen statt. Es sprach in derselben Reißhaus-Erfurt über: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Bedeutung" und führte hierüber folgendes aus: Es ist in neuerer Zeit die Frage aufgeworfen worden, ob die Gewerkschafts-Organisation nach Fall des gemeingefährlichen Gesetzes vom Jahre 1878 noch weiter ausgebaut oder fallen gelassen werden solle. Diese Frage ist auf dem Parteitag beantwortet worden, sie muß selbstverständlich weiter bestehen bleiben und ausgebaut werden. Aufgabe der Gewerkschaften ist es nicht, große politische Tagesfragen zu erörtern, sondern die Berufsgenossen zusammenzuschließen und sie über ihre Klassenlage aufzuklären. Der seiner Lage bewußte Arbeiter wird dann im geeigneten Augenblick auch seine politischen Rechte richtig auszuüben wissen. Es besteht nun eine größere Meinungsverschiedenheit, ob wir Lokal- oder Zentralorganisationen schaffen sollen. Besonders sind es die größeren Städte, in welchen man zur Ersteren hinneigt, weil sie glauben, daß sie dort besser die politische Agitation betreiben können. Neben verschiedenen anderen Nachtheilen hat die Lokalorganisation auch noch den Nachtheil, daß sie nur auf ein begrenztes Gebiet beschränkt ist, sie hat keine Fühlung mit den Berufsgenossen im Lande; bei den Zentralverbänden ist aber gerade das Gegentheil der Fall. Andererseits ist es eine feststehende Thatsache, daß je größer die Organisation ist, desto größer auch ihr Einfluß. Die Gewerkschaftskonferenz hat sich so entschieden für Zentralisation ausgesprochen, daß den Lokalvereinigungen, wo ihnen nicht etwa gesetzliche Hindernisse im Wege stehen, nichts übrig bleiben wird, als sich in den Zentralverbänden anzuschließen. Wir müssen unsere Macht und mit ihr unseren Einfluß auf jede Weise stärken. Die Sozialreform der Regierung ist keineswegs aus Liebe zu den Arbeitern in Szene gesetzt worden, sondern unter dem Druck der starken Arbeiterbewegung. Es zeigt uns das schon ganz deutlich die mangelhafte Form derselben, als auch Der Umstand, daß man zu gleicher Zeit mit den sogenannten Sozialreformen sich nicht entblödet hat, dem Arbeiter sein ohnehin schon geringes Einkommen durch die hohen Zölle und indirekten Steuern zu schmälern. Für die schlechte Form der Schutzgesetze ist der schlagendste Beweis die Krone des Gebäudes, das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz mit seinen 83⅓ Pf. Pension. Es wäre wirklich wünschenswerth, wenn die Herren, welche stets die Phrase von der Bruderliebe und der Fürsorge für den Arbeiter im Munde führen, genöthigt wären, einmal selbst die segensreiche Reform kennen zu lernen, wenn sie selbst ein halbes Jahr von der großartigen Pension leben müßten. der ganzen Sozialreform liegt überhaupt nur die Absicht zu Grunde, die Arbeiter von der Befolgung ihrer Klasseninteressen abzuhalten. Das einzige Gute an ihr ist, daß der Staat anerkannt hat, es bestehe für ihn die Verpflichtung, für den Arbeiter, sobald er altersschwach geworden ist, zu sorgen. Alle Gesellschaftsklassen sind durch die Arbeiter gezwungen worden, sich mit der sozialen Frage und ihrer Lösung zu befassen. Wenn sie auch die soziale Frage als ein drohendes Gespenst ansehen, so können die Arbeiter sich doch mit Befriedigung sagen, daß der Tag da ist, von dem Lassalle gesagt hat, an ihm werde die soziale Frage die brennende, die Tagesfrage sein. Wenn ihre Anhängerschaft auch nur aus den indifferenten Arbeitern besteht, so müssen sie auch diesen trotz alledem immer wieder von der sozialen Frage sprechen und hierbei verspreche ich mir sehr viel; die Herren arbeiten so unfreiwillig für uns, sie lenken die Aufmerksamkeit auch der Indifferentesten auf diese brennende Frage hin.

Mit ganz besonderer Freude begrüße ich es, daß die Frauen nach jahrelanger Ruhe wieder in unsere Reihen eintreten. Ein Theil der Arbeiter hat dieselben bereits in seine Organisationen aufgenommen, der andere Theil wird das nach den Beschlüssen des Parteitages und der Gewerkschaftskonferenz baldigst thun müssen. Die Frau ist, wohl infolge der Jahrhunderte langen Unterdrückung, ein besonderes Ausbeutungsobjekt geworden. Es darf nicht weiter geduldet werden, daß die Frau unter dem Manne stehe, sie muß neben und mit dem Arbeiter für Befreiung der Arbeit vom Kapital eintreten. An die Frauen wendet sich auch hauptsächlich die himmlische Gendarmerie. Die Gegner, besonders die Pfaffen, sie wissen, daß der Frau in der heutigen Gesellschaft die Kindererziehung obliegt, sie wissen den Einfluß, welchen sie durch die Frau auch auf die Männer auszuüben vermögen gut zu würdigen. — Diese Zustände machen sich weniger in den großen Städten, desto mehr aber auf dem Lande und in den kleinen Städten geltend. Nur dadurch, daß wir den Frauen begreiflich machen, daß ihre Interessen die gleichen sind, wie die der Männer, können wir sie dem Einfluß der Pfaffen und jeder anderen Beeinflussung entreißen. Den Männern allein wird es nie gelingen, ihre Forderungen durchzubringen, nur Hand in Hand mit den Frauen werden sie ihre Befreiung erkämpfen können. Wir müssen sehen, ohne uns provoziren zu lassen, durch Aufklärung der Indifferenten und durch festen Zusammenschluß die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Wir sind durch unsere Organisation schon soweit vorgeschritten, daß wir uns bald nicht mehr nach Berufen, sondern nach ganzen Berufszweigen werden zusammenschließen müssen. Jeder Einzelne ist berufen und verpflichtet, an der Arbeit der Aufklärung thätigen Antheil zu nehmen. (Lange anhaltender, lebhafter Beifall.) Holzhäuser-Hannover bedauert, daß die Arbeiter sich noch immer nicht genügend an den Organisationen betheiligen, sie sollten sich ein Beispiel an dem Unternehmerthum nehmen, welches für ihre ganze Klasse Koalitionen schließt. Diesen mächtigen Ringen können die Arbeiter nur dann entgegentreten, wenn sie sich auch zu großen Verbänden zusammenschließen. Betreffs der Heranziehung der Frauen schließt Redner sich den Ausführungen des Genossen Reißhaus an. (Lebhafter Beifall.) — An der weiteren Diskussion betheiligten sich Wiesemann, Kroll, Roge, Täterow, Jeschonneck, Schulz und Fräulein Wabnitz. Dieselben sprechen sämmtlich im Sinne der Vorredner. Hervorzuheben ist aus den Ausführungen Roges die Mittheilung, daß die Freie Vereinigung der Schneider beschlossen habe, in der nächsten Vereinsversammlung den Mitgliedern die Frage vorzulegen, ob nicht ein Anschluß an den Schneiderverband zweckmäßig sei. In seinem Schlußwort begrüßt der Referent diesen Beschluß, im Interesse der Einigkeit, mit Freuden. Unter Verschiedenem schließt sich die Versammlung dem über die Schlächtermeister Kehrberg, Oderbergerstr. 13 und Saagert, Zentral-Markthalle, Stand 10, verhängten Boykott an. Es wird dann noch mitgetheilt, daß die Firma Nesselroth, Taubenstraße, den Kontrakt mit ihren Arbeitern gebrochen und die Werkstätte geschlossen habe. Die Arbeiter der Hausindustrie werden daher ersucht, für diese Firma nicht zu arbeiten.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Zahlstelle Berlin) hielt am 11. d. M. eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Strobel aus Marburg einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwickelung der Familie hielt. Unter „Verschiedenes" berichtet Kollege Faber über die Listensammlung für die Hamburger ausgesperrten Kollegen. Es sind eingegangen: 1071,45 M. Nach Hamburg geschickt: 1050 M., es bleiben 21,45 M., hiervon gehen als Porto 2,40 M. ab und es bleiben zu Händen der Revisoren 19,05 M. Auf Antrag der Revisoren wird Kollege Faber entlastet. Im Weiteren wird dem Kassirer ein Markenmanko von 1 pCt. bewilligt. Kollege Lindemann berichtet sodann über das am 31. August stattgefundene Sommervergnügen. Es ist ein Ueberschuß von 210,20 M. erzielt worden. Sodann wird auf Antrag des Kollegen Christoph beschlossen, den Bibliothekfonds in einen Unterstützungsfonds umzuwandeln und es werden aus demselben die Barockvergolder mit 30 M. unterstützt. Zum Schluß macht der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung Dienstag, den 9. Dezember in Feuersteins Restaurant stattfindet.

NB. Montag, den 24. November findet in Gratweils Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79, eine öffentliche Versammlung aller in der Gold- und Silberwaarenbranche beschäftigten Arbeiter statt.

Eine Mitgliederversammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer u. s. w. Grundstein zur Einigkeit, tagte am 11. d. M. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Untersuchungskommission in Angelegenheit C. Schmidt. Kollege Klingenberg verlas das Protokoll der Verhandlungen zweier Sitzungen, welche in der Sache abgehalten worden sind. Das Resultat derselben war die Beantwortung dreier Fragen in folgender Weise: 1. Ist der direkte Beweis erbracht, daß Schmidt sich die in Frage stehenden 100 M. rechtswidrig angeeignet hat? Nein. 2. Sind Verdachtsmomente vorhanden, daß Schmidt sich die 100 Mark rechtswidrig angeeignet hat? Ja. 3. Welches ist das Resultat des in der Versammlung angenommenen Antrages: Einziehung des Materiels? Schmidt mußte laut Markenbestand 821,10 M. abliefern konnte aber nur 704,10 M. aufzählen, folglich blieb hier ein Defizit. Kommen hiervon die für seine Mühewaltung ihm zustehenden Prozentgelder in Abzug, so verbleibt eine ungedeckte Summe von 82,25 M. — Die Kommission nahm folgenden Antrag an: „Die Kommission stellt der heutigen Versammlung den Antrag, dem Schmidt kein Amt in der Verwaltung übertragen zu wollen." Hieranf entspann sich eine lebhafte Debatte, welche damit endete, daß beantragt wurde, den Schmidt aus der Kasse auszuschließen und die Sache dem Staatsanwalt zu übergeben. Der Bevollmächtigte giebt noch bekannt, daß diese Angelegenheit dem Zentralvorstand überwiesen sei. Zur Wahl der Hilfskassirer wurde der Antrag gestellt, diesen Posten gänzlich abzuschaffen, er wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf schritt man zur Wahl. Da der Hilfskassirer für den Norden nicht anwesend sein konnte, so wird seine Wahl bis zur nächsten Versammlung vertagt. Für den Osten wurde der bisherige Kassirer Moritz wiedergewählt, für Süd-Osten wurde Herr F. Herdt Wienerstr. 13 v. 3 Tr. gewählt, für den Süden Herr Hugo Zöllner. Derselbe kassirt Sonnabend Abends von 8—10 Uhr im Restaurant Zechlin, Hornstr. 11, Montags im Restaurant von W. Haugk, Boeckhstr. 12. Für den Westen wurde der bisherige Kassirer Pardemann und für den Nord-Westen der bisherige Kassirer Herr Pfarr wiedergewählt.

Im Unterstützungsbund der Hausdiener sprach am 12. d. M. Herr Dr. Lütgenau über das eherne Lohngesetz. Von einer Diskussion wurde abgesehen. 20 Kollegen ließen sich in den Verein aufnehmen. Auf den geselligen Abend am 18. d. bei Feuerstein und auf den Herren-Kommers zum Besten der „Einigkeit" am 6. Dezember bei Feuerstein, sowie auf das Weihnachtsfest des Bundes am 28. Dezember bei Lips wurde gebührend aufmerksam gemacht. Kollege Grauer mahnte zur regen Agitation für den Verein. Die Kollegen Dopatka und Wiemer schlossen sich ihm an, und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung des Unterstützungsbundes der Hausdiener Berlins fordert die Kollegen auf, sich einer Vereinigung anzuschließen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und dahin zu arbeiten, daß eine Verschmelzung der bestehenden Hausdiener-Vereinigungen herbeigeführt wird."

Vor Kurzem tagte eine öffentliche Versammlung der Modelltischler Berlins im Weddingpark; Herr Wiedemann hielt das einleitende Referat über: „Welche Bedeutung hat der Fachverein der Tischler für die Modelltischler? Die Betheiligung an der Diskussion war eine sehr starke, und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, im Weddingpark tagende öffentliche Versammlung der Modelltischler erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, da die Ziele und Bestrebungen des Fachvereins der Tischler nur zum Wohle der gesammten Kollegenschaft führen, die Modelltischler allein aber nicht im Stande sind, gegen die Arbeitgeber Front zu machen, sich dem Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend anzuschließen.

Akkordlohn und Stundenlohn. Ueber „Arbeiterfrage" sprach der bekannte Bodenreformer Fabrikbesitzer Freese am Montag in der studentischen „Freien wissenschaftlichen Vereinigung". Er verbreitete sich dabei auch eingehend über die Zustände in seiner eigenen Fabrik. Wenn man seinen Ausführungen glauben darf, so ist er im Vergleich zu vielen anderen Fabrikbesitzern human zu nennen, so weit bei dem Festhalten an der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt von Humanität des Arbeitgebers gegen den Arbeiter die Rede sein kann. Bedenklich ist, daß er wiederholt betonte, die Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterausschüsse, Sparkassen und so weiter, wie sie bei ihm beständen, gereichten nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Fabrikbesitzer zum Vortheil, weil er sich auf diese Weise willigere Arbeiter schaffe. An einer Stelle kam der Pferdefuß recht deutlich zum Vorschein. Herr Freese erklärte, dem Akkordlohn den Vorzug vor dem Stundenlohn geben zu müssen, weil der Akkordarbeiter sich mehr anstrenge, um mehr zu verdienen. Er gestand also, obwohl ungewollt, ein, daß der Akkordlohn ein prächtiges Mittel ist, um den Arbeiter zur äußersten Anspannung seiner Kräfte anzutreiben und recht gründlich auszubeuten. Von dem Lohnarbeiter sagte er, er sei der reine Sklave, denn er dürfe nie müßig sein und werde immer vom Aufseher angetrieben. Es fragt sich nur, wer unerbittlicher im Antreiben ist, ob die Noth oder der Aufseher. Eine Probe davon, wie gerade der Akkordlohn dazu benutzt werden kann, um die Arbeitskraft auszubeuten, liefert der Besitzer einer Strumpfgarn- und Wirkerwaarenfabrik. Er zahlt den Wollegerinnen einen Tagelohn von einer Mark, jetzt aber für eine jüngere Arbeiterin, welche vorläufig noch weniger leistet, einen Akkordlohn fest, „damit sie flinker wird." Wenn die Arbeiterin, die in den ersten Wochen bei der geringen Höhe des Akkordlohnes 30—40 Pfennig pro Tag verdient hat, endlich so „flink" geworden ist, daß sie mehr als eine Mark pro Tag verdient, dann stellt er sie wieder in Tagelohn. Das Beispiel lehrt, daß ein scharfsinniger Kapitalist beides, bald den Tagelohn und bald den Akkordlohn, mit Erfolg in Anwendung zu bringen versteht.

Aufruf! Arbeiter, Arbeiterinnen! Von hohem Werth ist es, wenn bei Unglücksfällen sofort Hilfe geleistet werden kann. Manches Leben würde erhalten, Mancher vor dem Verkrüppeln bewahrt werden. Die Familie, Werkstätte, der ganze Verkehr erfordern diese erste Hilfe; doch wie dieselbe darbringen?

Seit dem Jahre 1888 besteht hier in Berlin der Verein Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen, welcher von praktischen Aerzten geleitet wird und es sich zur Aufgabe macht, seinen Mitgliedern die Vorkenntnisse zur ersten Hilfe anzuzeigen.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Den hohen Werth dieses Strebens wird ein Jeder zugeben müssen bei Erwägung der zahlreichen Unglücksfälle, wo dem Betroffenen durch Nichtgewährung der sofortigen Hilfe schlimmen Folge erwuchsen, doch wird der Arbeiter durch diesen Verein auch tiefer in sanitäre Angelegenheiten eingeführt. Der Verein bietet demselben durch eine gute Bibliothek Gelegenheit, sich Kenntnisse zu verschaffen, was wiederum zur Folge hat, daß der Arbeiter die sanitären Einrichtungen in Wohnung, Fabrik u. s. w. strenger beobachtet, in diesen Fragen ein sicheres Urtheil gewinnt, und daher auch bestimmte Forderungen nach dieser Richtung hin zu stellen in der Lage ist. Obiger Verein tagt bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75; ertheilt den Unterricht für Männer und Frauen getrennt, und zwar für Männer jeden zweiten und vierten Montag, für Frauen und Mädchen jeden ersten und dritten Montag im Monat von Abends 8½ Uhr ab. Mithin findet der nächste Unterricht für Männer am Montag, den 24. November, und für Frauen am Montag, den 1. Dezember, Abends 8½ Uhr, statt. Am Sonntag, den 14. Dezember, Abends 5 Uhr, findet eine allgemeine Versammlung für Männer und Frauen ebendaselbst statt, wo der praktische Arzt Dr. Bernstein einen Vortrag hält. Hierauf gemüthliches Zusammensein. Näheres durch Inserat.

In Wilmersdorf fand am 11. November d. J. eine von Männern und Frauen zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zum Austritt aus der Landeskirche?". Referent hierzu war Herr Pastor, welcher in eingehender Weise seine Anschauungen darüber darlegte. Die Diskussion war eine sehr lebhafte, an derselben betheiligten sich Herr Thiellkampf, Herr Jacobsen, Fr. Habich und Fr. Behrendt im Sinne des Referenten. Einer der Anwesenden, jedenfalls ein Anhänger des „Kampfes mit geistigen Waffen", welcher die Ausführungen des Referenten als „Quatsch" bezeichnete, wurde aufgefordert, dies zu begründen, wozu er nicht im Stande war und dadurch dokumentirte, „weß Geistes Kind" er gewesen. Nach einstimmiger Annahme des folgenden Antrages: „Die Versammlung beschließt die Gründung eines Vereins zur Pflege und Verbreitung freier wissenschaftlicher Weltanschauung", schloß die Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.